

Roboter	Hotspot	Halbleiter	Kulturfeind	Kopenhagen
als Sündenbock: Philipp Staab und Florian Butollo über Hype und Hysterie um die Digitalisierung der Arbeitswelt ► S. 3	des Versagens: Jiannis Papadopoulos über das Lager Moria und die gescheiterte Flüchtlingspolitik der EU ► S. 10/11	made in Taiwan: Alice Hérailt über den lachenden Dritten im Handelskrieg zwischen Peking und Washington ► S. 14	an der Macht: Rafael Cardoso über Bolsonaros Kreuzzug gegen Künstlerinnen und Intellektuelle in Brasilien ► S. 16/17	radelt: Philippe Descamps über Fahrradbrücken, immergrüne Ampeln und andere Ideen für eine neue urbane Verkehrspolitik ► S. 20/21

Vibeke Slyngstad



Such a Headspace, 2003, Öl auf Leinwand, 75 x 100 cm
(zur Künstlerin siehe Seite 3)

Der Preis der Rose

Eine giftige Bilanz zum Valentinstag

von Zulma Ramirez und Geoffroy Valadon

Was ist eine Rose? Eine List der Natur, um Insekten anzulocken? Eine duftende Augenweide in der urbanen Betonlandschaft? Vor allem ist sie ein Produkt, das gekauft wird, um es zu verschenken, gilt die Rose doch wie keine andere Blume als Symbol der Liebe und Wertschätzung, wie die Werbeindustrie vor jedem Valentins- und Muttertag niemals müde wird zu betonen. Und wenn die Rose verblüht ist, landet sie im Müll – beziehungsweise im Restmüll, denn wegen ihrer chemischen Belastung gehört sie nicht auf den Kompost.

Der Lebenszyklus einer Rose dauert acht Jahre, bis ihre Überreste in einem Container zur Müllverbrennungsanlage gekarrt werden. In deutschen, niederländischen oder französischen Rosengärten kreuzen Züchter die Pollen und Stempel unterschiedlicher Pflanzen, um deren verschieden ausgeprägte Eigenschaften wie Widerstandskraft, Form oder Blühfreudigkeit zu kombinieren.

Die Produktivität der Blumen wird an der Zahl der Stiele pro Quadratmeter gemessen – bei Supermarkt-Blumen, die in niedrigen Lagen gezüchtet werden, kommt man auf 240 Stiele. Auch Form und Farbe werden nicht dem Zufall überlassen und richten sich in jeder Saison nach dem, was gerade in der Kleidermode en vogue ist. Und so wie bei den industriell angebauten Tomaten¹ nur das Aussehen zählt und nicht der Geschmack, so steht bei der Supermarkt-Rose der Duft an letzter Stelle.

Einen US-Dollar zahlt ein Blumenbauer pro Pflanze, plus jährlich 0,15 Dollar Lizenzgebühren. Innerhalb weniger Wochen kann er damit ein Treibhaus füllen: Er schneidet einen Spross von der Modellpflanze ab, und der Steckling vermehrt sich auf vegetative Weise. Das Verfahren wird wiederholt, bis man tausende Ableger erhält. Jeder davon wird auf Wurzeln gepfropft, um die Pflanze resistenter gegen Krankheitskeime zu machen.

Rosenkulturen gab es bereits in der Antike, auf alexandrinischen Münzen von der Insel Rhodos sind Rosen abgebildet, Konfuzius schrieb über Pekings Rosengärten, und die Römer dekorierten ihre Festtafeln, Feldherren und Gräber mit Rosen. Die moderne Rose mit geradem Stiel und großer Blüte ist allerdings eine amerikanische Erfindung vom Ende des 19. Jahrhunderts.

Nach dem Zweiten Weltkrieg profitierte dann auch die Blumenbranche von der Industrialisierung der Landwirtschaft und der Entwicklung neuer Pflanzenschutzmittel. Und in den beheizten Gewächshäusern züchtete man Sorten, die im europäischen Klima sonst schlecht gedeihen würden.

Nach der Ölkrise von 1973 rentierte sich diese Strategie allerdings nicht mehr – zumal inzwischen Konkurrenz von anderen Kontinenten auf den Markt drängte. So setzten die US-amerikanischen Branchenriesen seit den 1980er Jahren auf das äquatoriale Klima in Ländern, wo die Arbeitskräfte nicht viel kosten und das Land billig

► Fortsetzung auf Seite 8

USA und Iran – eine nützliche Feindschaft

von Gilbert Achcar

Die Eskalationsspirale am Golf scheint vorerst gestoppt. Doch am 21. Februar stehen in Iran Parlamentswahlen an. Falls die Hardliner gestärkt daraus hervorgehen, könnte sich die Lage wieder zuspitzen. Donald Trump ist ohnehin jedes Mittel recht, um von seinen zahlreichen Skandalen abzulenken.

Es gal ob in seiner modernen Form mit dem Lichtschwert oder in der am Golf üblichen Version mit dem Krummsäbel – der Säbeltanz drückt stets einen offenbaren Widerspruch aus: Einerseits ist der choreografierte Kampf eine Konfrontation zwischen vermeintlichen Feinden, andererseits erfordert er ein perfektes Zusammenspiel der Protagonisten.

Der Konflikt zwischen den Vereinigten Staaten und Iran auf irakischem Boden trägt nach Auffassung vieler Menschen in der arabischen Welt ähnlich paradoxe Züge. Verschwörungstheoretiker behaupten sogar eine geheime Übereinkunft zwischen den beiden Parteien. Andere sind realistischer: Sie sehen eine Konfrontation, von der beide Seiten profitieren und an deren Fortsetzung beide ein Interesse haben.

Die US-Regierung kann sich auf diese Weise die Loyalität ihrer „Schutzbefohlenen“ in der Region sichern und ihnen weiterhin im großen Stil Waffen verkaufen. Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate waren zwischen 2013 und 2017 die zweit-

ziehungsweise viertgrößten Rüstungsimporteure der Welt. Auf der Rangliste der Importeure von US-Waffen standen sie 2018 auf Platz eins und drei.

Im selben Jahr hat Saudi-Arabien laut dem Stockholmer Internationalen Friedensforschungsinstitut (Sipri) nach den USA und China die dritthöchsten Verteidigungsausgaben der Welt getätigt. In Teheran wiederum sorgen die anhaltenden Spannungen dafür, dass der harte ideologische Flügel des Regimes seine Vorherrschaft aufrechterhalten kann, die sich vor allem auf den militärisch-ökonomischen Komplex der iranischen Revolutionsgarden (Pasdaran) stützt.

Ein stabiler Absatzmarkt für US-Waffen

Der in den arabischen Ländern verbreitete Verdacht ist nicht ganz unbegründet. Die Geschichte der Beziehungen zwischen den USA – insbesondere unter republikanischen Präsidenten – und der Islamischen Republik seit ihrer Gründung vor vierzig Jahren liefert durchaus Anlass für Irritationen. So begrüßte Teheran etwa den Amtsantritt von Präsident Ronald Reagan am 20. Januar 1981 mit der Freilassung der Geiseln in der US-Botschaft. Der Journalist Seymour Hersh enthüllte zehn Jahre später, dass das Reagan-Team in Teheran bereits 1980 Waffenlieferungen zugesagt hatte, die dann kurz nach dem Amtsantritt des neuen Präsidenten mit Hilfe Israels durchgeführt wurden.¹

Das war allerdings nur ein Vorgeschmack auf die Lieferungen in den Jahren 1985/86, die als Iran-Contra-Affäre in die Geschichte eingingen: Die Reagan-Regierung lieferte – wiederum

via Israel – Waffensysteme an Iran und finanzierte mit dem Erlös heimlich die konterrevolutionäre Guerilla in Nicaragua.

Es lag im Interesse der USA und Israels, das Ende des 1980 von der irakischen Regierung begonnenen Kriegs gegen Iran hinauszuzögern. Denn bis zum Einmarsch der USA 1991 war der Irak der Hauptfeind Israels. 1981 hatte die israelische Luftwaffe im Zuge des Ersten Golfkriegs den Atomreaktor bombardiert, den Frankreich für Saddam Hussein baute. Als sich 1982 das Kriegsglück wendete und der Irak in Schwierigkeiten geriet, begrüßten die USA die französische Unterstützung des Hussein-Regimes, dem Paris Dutzende Mirage-Kampfflugzeuge geliefert hatte. Dass Iran dann wieder die Oberhand gewann, lag nicht zuletzt an den Rüstungslieferungen von 1985 und 1986, die das militärische Gleichgewicht wiederherstellen halfen. 1988 endete die Konfrontation mit einem Patt zwischen den zwei völlig ausgebluteten Ländern.

Die Regierung von George Bush senior hatte 1991 zwar darauf verzichtet, Hussein zu stürzen – aus Angst, dass Iran das entstehende politische Vakuum füllen könnte. Doch die Strategie der Strangulation beider Länder wurde auch in den 1990er Jahren fortgesetzt, vor allem in Form der „doppelten Eindämmung“ durch Embargos und Sanktionen.

Diese Politik des negativen Gleichgewichts endete unter der Präsidentschaft von George W. Bush. Mit der Invasion in den Irak 2003 führte die US-Regierung gewissermaßen den Wolf in

► Fortsetzung auf Seite 4

ANZEIGE

LE MONDE *diplomatie*

ATLAS der GLOBALISIERUNG

Welt in Bewegung

über 300 Karten und Grafiken

21 Franken, inklusive eBook, broschiert, 184 Seiten.

Le Monde diplomatique • Hardturmstrasse 66 • 8031 Zürich
Telefon 044 448 14 14 • Fax 044 448 14 15
shop@woz.ch • www.woz.ch/shop

LE MONDE

diplomatie

Freispruch für Trump

Wie zu erwarten, hat der US-Senat am 5. Februar Donald Trump im Impeachment-Prozess freigesprochen. Trump ließ sich von seinen Getreuen für diesen „Sieg“ feiern, dagegen scheinen sich die Demokraten verspekuliert zu haben. Die neuesten Umfragen zeigen, dass der Präsident mit dem Verfahren seinen Wählerrückhalt stabilisieren konnte. Dass sich die Demokraten mit dem Impeachment-Verfahren keinen Gefallen tun würden, hat Aaron Maté bereits vor Monaten vorausgesagt. Zuletzt in *LMD* vom November 2019 unter dem Titel „Schlammeschlacht in Washington“.

Der Reykjavík-Skandal

Am 20. Februar erscheint das Buch eines einzigartigen Zeitzeugen. „In the Combat Zone of Finance“ stammt von Svein Harald Øygard, der die isländische Spekulations- und Bankenkrise als Insider erlebt hat. Der Norweger war im Februar 2009 an die Spitze der isländischen Notenbank berufen worden, um die Verstrickungen seiner Vorgänger in die Lockvogel-Strategie der drei größten isländischen Geschäftsbanken aufzuklären. Jetzt benennt er auch deren ausländische Partner, zu denen vor allem deutsche Geldinstitute gehörten.

gestern in **LMD**
heute in den **Nachrichten**

Die Deutsche Bank hatte jahrelang mit den hochverzinslichen isländischen Betrugsanleihen gehandelt; am Ende mussten deutsche Institute 2,765 Milliarden Euro abschreiben. Die Machenschaften der „Reykjavík-Gang“ haben Robert Wade und Silla Sigurgeirsdóttir in *LMD* vom Mai 2011 beschrieben. Philippe Descamps schilderte im Oktober 2016 unter dem Titel „Von Island lernen“ ein Nachbeben der Krise, ausgelöst durch die Panama Papers.

Proteste in Äthiopien

Anfang Dezember wurden 33 Studierende, die mehrheitlich der Volksgruppe der Amharen angehören, vom Campus der Dembi Dollo University in Oromia entführt; 21 von ihnen konnten inzwischen befreit werden, 12 werden weiter vermisst. Wegen der offensichtlich ethnisch motivierten Gewalt haben mittlerweile 35 000 junge Äthiopierinnen und Äthiopier ihr Studium aufgegeben. Mehrere tausend Menschen demonstrieren seit Wochen gegen die Regierung. Dabei galt Premierminister Abiy Ahmed, der seit 2018 als erster Oromo regiert, bislang als die große „Hoffnung am Horn“, wie Gérard Prunier im November 2018 in *LMD* schrieb: Ahmed schloss Frieden mit Eritrea und unterzeichnete ein Abkommen mit der Oromo-Befreiungsfront, die für die Unabhängigkeit von Äthiopien kämpft.

Diese und alle anderen Beiträge seit 2003 im *LMD*-Archiv unter: **monde-diplomatique.de**

Brief aus Jakarta

von Krithika Varagur

Am Neujahrsmorgen weckte mich eine Flut von Nachrichten. Bist du okay? Bist du von den Überschwemmungen betroffen? Alle hatten die Nachrichten verfolgt, in Amerika, London, Indien. Ich antwortete floskelhaft und fühlte mich schlecht dabei: Danke, es geht mir gut, ich lebe in einem stabilen, wenn auch etwas heruntergekommenen Hochhaus. Überschwemmungen gibt es hier leider jedes Jahr. In der Regenzeit steht die größte Stadt Südostasiens regelmäßig unter Wasser. Das Erstaunlichste war deshalb nicht der Regen selbst, sondern dass es sich dabei um eine Nachricht handelte.

Erst in den kommenden Tagen, als die Zahl der Todesopfer und der Menschen, die ihr Zuhause verloren hatten, in – zugegebenermaßen – ungewöhnliche Höhen stieg, begannen wir das öffentliche Interesse zu verstehen. Aber wie berichtet man über die Überschwemmungen? Wie lässt sich logisch erklären, warum Jakarta jedes Jahr aufs Neue unter Wasser steht und die Stadtverwaltung jedes Mal so tut, als wäre das eine Überraschung?

Indonesien hat auf seine geografischen und meteorologischen Realitäten häufig mit spektakulären Megaprojekten reagiert, die eher an Don Quichottes Kampf gegen die Windmühlen erinnern, anstatt dem jährlich wiederkehrenden Phänomen mit Verbesserungen im Kleinen Herr zu werden. So ist seit Jahren eine gigantische Schutzmauer geplant, die – in Form eines Vogels – den nördlichen Hafen abschirmen soll. Und nach Neujahr „impften“ Geoingenieure die Wolken mit Salz, um sie vorzeitig abregnen zu lassen. Die absolute Niederschlagsmenge konnte damit aber bestenfalls um 15 Prozent verringert werden. Derweil sind in der Stadt gut 80 Prozent der Entwässerungspumpen kaputt.

Nicht mal jeder Fünfte in Indonesien glaubt an den Klimawandel, obwohl das Land stärker davon betroffen ist als die meisten anderen Länder. Vielleicht braucht man eine gewisse Portion Fatalismus, wenn man auf einem seismisch hyperaktiven Zipfel der Welt lebt. Aber man sollte die Leute trotzdem nicht damit alleinlassen.

Der Ärger über die Stadtverwaltung schwoll an und wieder ab, und das Leben ging weiter. In einigen Vierteln steht noch immer eine stinkende Brühe. Bei der Mutter eines Freundes war das Wasser in die Küche eingedrungen und hatte die Elektrogeräte ruiniert. Einen neuen Kühlschrank wollen sie aber erst kaufen, wenn die „Flutsaison“ vorbei ist, also verbringen sie den Rest des Monats ohne Kühlschrank.

Die Überschwemmungen haben auch das beliebteste Gesprächsthema in Jakarta wiederbelebt: Wird die Hauptstadt bald wirklich nach Borneo verlegt? Ich persönlich bin der Meinung, dass man sich bei dem Thema ohnehin nur in Mutmaßungen ergeht, also höre ich einfach zu: „Ja, spätestens in drei Jahren, es wird das Vermächtnis von Präsident Jokowi sein.“ – „Nein, an der Verlegung ist noch jeder Präsident seit Sukarno gescheitert.“ – „Ja, aber sie wird eine Geisterstadt sein, wie Myanmars Hauptstadt Naypyidaw.“ – „Nein, das würde der Korruption zu viele Tore öffnen.“

Tatsache ist, dass niemand sagen kann, ob die Hauptstadt nach Ostborneo ziehen wird oder nicht. Und die Verwirrung ist durchaus beabsichtigt, denn der jetzige Präsident schätzt genau wie seine Vorgänger den Überraschungseffekt. Indonesiens Regierungen kündigen gern tollkühne Pläne an, wie zum Beispiel eine Krankenversicherung für alle – die sie dann tatsächlich irgendwie auch umsetzen.

Bei solchen Unterhaltungen kommt man irgendwann auch immer auf den Vorschlag zu sprechen, den Hotel-Indonesia-Kreisel im Stadtzentrum in einen Park umzuwandeln, mit einer schwimmenden Plattform zum Joggen und einer „grünen Oase“. Das ist so ambitioniert, dass es schon wieder lustig ist. Wenn die Hauptstadt wirklich umziehen sollte, hätte Jakarta allerdings noch weniger Mittel für Infrastrukturprojekte als heute. Realistischer scheint deshalb auch die Ankündigung, vier neue Malls mit insgesamt 39 200 Quadratmetern Verkaufsfläche zu bauen – und das ausgerechnet in einer Stadt, in der es bereits so viele davon gibt, dass sich mancherorts Shoppingcenter an Shoppingcenter reiht.

Auf die Flutwoche folgten mehrere schmerzhaft schöne, sonnige Tage. Ich hielt es nicht mehr an meinem Schreibtisch aus und ging raus, um einen „Spaziergang“ zu machen – nur hatte ich dabei vergessen, in welcher Stadt ich lebe. Der einzige Ort, um hier spazieren zu gehen, ist der Friedhof. Ich ging also an den christlichen, dann an den muslimischen Gräbern vorbei und grüßte die Tagelöhner, die hier und da in kleinen Gruppen zusammenstanden und rauchten. Schließlich stand ich schweißgebadet in einer Sackgasse und musste über einen Zaun klettern, um den Friedhof wieder zu verlassen.

Ansonsten muss ich sagen, dass das neue Jahr bisher ruhig verlief. Vielleicht, weil ich lange weg war und gerade erst zurückgekommen bin oder weil mein Kopf noch so voll ist mit Eindrücken von früheren Aufenthalten. Meist verbrachte ich längere Zeit in der

Stadt, wenn irgendeine wichtige Wahl anstand: die des Gouverneurs von Jakarta oder des Präsidenten. Ich besuchte meinem alten Freund, den renommierten Journalisten Nasir Tamara. Er war 1979 der einzige indonesische Journalist in Teheran, der aus erster Hand über die iranische Revolution berichtete. Unser Treffen fiel zufällig in die Woche, in der Qassem Soleimani getötet wurde.

„Es ist komisch, wie wenig Aufsehen das hier erregt hat, oder?“, stellte Tamara fest. Es sei heutzutage schwierig, den durchschnittlichen indonesischen Zeitungsleser für Nachrichten aus anderen Teilen der Welt zu interessieren, alles drehe sich um die Innenpolitik. Ganz anders damals, als junge Indonesier sich an den Kiosken drängelten, um die neueste Ausgabe der *Sinar Harapan* zu kaufen, mit Tamaras Berichten aus Teheran.

Ich fragte ihn, ob ich mich täusche, wenn mir die aktuelle Politik in Indonesien wie stehen geblieben vorkommt. Joko Widodo hatte gerade die

„Auf die Flutwoche folgten schmerzhaft schöne Tage“

ersten 100 Tage seiner zweiten Präsidentschaft hinter sich gebracht. Auch Tamara sah keine wirkliche Veränderung. „Ist die Zeit der Ordu Baru (Neue Ordnung) wirklich vorbei, wenn all diese Leute immer noch da sind?“, fragte er und bezog sich damit auf die Militärdiktatur unter Haji Mohamed Suharto von 1965 bis 1998. Prabowo Subianto, ein ehemaliger General und enger Vertrauter Suhartos, unterlag Widodo zweimal bei Präsidentschaftswahlen. Heute sitzt er als Verteidigungsminister am Kabinettsstisch, als sei nie etwas gewesen.

Tamara hat sich vom Journalismus verabschiedet und sich aufs Schreiben und Übersetzen literarischer Texte verlegt: „Der Kampf um die Herzen und Köpfe ist nicht zu unterschätzen.“ Das hätten schon die Niederländer gewusst, als sie Anfang des 20. Jahrhunderts die Produktion islamischer Liebesromane förderten, um den nationalistischen Agitatoren das Wasser abzugraben. Heute ist indes kein Kolonisator mehr nötig, die jungen Leute seien frommer, als es seine Generation je gewesen sei. Deswegen verzichte die Jugend auch auf ihr ureigenstes Vorrecht: aufzubegehren. „Wir müssen sie wieder zum Lesen bringen“, sagt Tamara.

Ebenfalls junge Menschen waren es, die eine Schlagzeile aus der britischen Presse aufgriffen, um die allge-

genwärtigen Ressentiments gegen die indonesische LGBT-Bewegung zu schüren: Es ging um den Fall des Doktoranden Reynhard Sinaga aus Sumatra, der in Manchester promovierte. Er wurde Anfang Januar verurteilt, weil er mehr als hundert junge Männer unter Drogen gesetzt und vergewaltigt hatte.

Eifrige Onlinejournalisten nahmen das zum Anlass, die große queere Community in Indonesien als abartig zu brandmarken. Meine queeren Freunde seufzten; es war nicht das erste und wird wohl auch nicht das letzte Mal sein, dass sie das erdulden müssen. Viele bestärkte es darin, sich lieber nicht vor ihren Familien zu outen.

Während ich im Süden der Stadt im Stau steckte – Jakarta steht auf der Rangliste der Verkehrschaos-Städte weltweit auf Platz zehn –, entdeckte ich ein Transparent einer islamischen Non-profitorganisation namens Baitul Maal Hidayatullah. Es warb um Spenden für den Bau einer Moschee für Konvertiten der indigenen Baduy, einer abgeschiedenen Community in Westjava, die jeden technologischen Fortschritt ablehnt.

Ein Jahr zuvor hatte ich die Enklave Outer Baduy mitten im Regenwald besucht. Die Menschen trugen handgewirkte blaue und schwarze Kleidung, praktizierten den animistischen Wiwitan-Glauben und lebten von dem, was die Natur ihnen bot. Ich war bestürzt, dass diese Menschen nun – womöglich illegal – missioniert werden sollten. Es wäre Teil der fortschreitenden Zerstörung indigener Lebensweisen in Indonesien.

Mit einem befreundeten Fotografen, der die Baduy schon lange begleitet, machte ich mich auf den Weg. Mit dem Zug, dann in zwei Sammeltaxis (*angkot*) fuhren wir durch die atemberaubende javanische Landschaft. Es war der Höhepunkt der Duriansaison, und auf den Dorfstraßen trugen junge Männer und Kinder schwere Stäbe, an denen die stinkenden Früchte hingen, zum Markt. Erleichtert stellte ich fest, dass hier niemand missionierte. Tatsächlich arbeitete die muslimische NGO mit Baduys zusammen, die die Gemeinschaft bereits vor langer Zeit verlassen hatten. Nichtsdestotrotz waren wahrscheinlich tausende ahnungslose Muslime aus der Mittelschicht auf den Betrug reingefallen und hatten Teile ihrer Ersparnisse gespendet. Diesen Skandal aufzudecken steht allerdings noch aus.

Aus dem Englischen von Anna Lerch

Krithika Varagur ist Korrespondentin des Guardian und anderer Medien in Indonesien.
© LMD, Berlin

In dieser Ausgabe

4 USA und Iran – eine nützliche Feindschaft

Fortsetzung von Seite 1
von Gilbert Achcar

5 Kampf der Strategen

In Washington streiten Geopolitiker und Ideologen über die Nahost-Politik
von Michael T. Klare

6 Die falsche Wahl der US-Demokraten

von Serge Halimi

8 Der Preis der Rose

Fortsetzung von Seite 1
von Z. Ramirez und G. Valadon

9 Drohnen für Frontex

von Matthias Monroy

10 In der Falle von Moria

Das Lager auf Lesbos ist Symbol für die gescheiterte EU-Flüchtlingspolitik
von Jiannis Papadopoulos

11 Mitsotakis setzt auf Abschottung

von Niels Kadritzke

12 Naturschutz mit Sturmgewehr

Die angeblich gemeinnützige NGO African Parks erobert die Nationalparks südlich der Sahara
von Jean-Christophe Servant

14 Der lachende Dritte

Taiwans Tech-Industrie profitiert vom Handelsstreit zwischen Peking und Washington
von Alice Hérat

15 Jeden Tag ein Chemieunfall

In China geht die Industrialisierung auf Kosten von Mensch und Umwelt
von Mohamed Larbi Bouguerra

16 Kulturkampf in Brasilien

von Rafael Cardoso

18 Der Bolsonaro-Flüsterer

Olavo de Carvalhos Aufstieg vom kauzigen Außenseiter zum Berater des brasilianischen Präsidenten
von Gilberto Calil

19 Enttäuschte Hoffnung auf Frieden

Der Krieg in der Ostukraine droht zu einem eingefrorenen Konflikt zu werden
von Igor Delanoë

Die nächste Ausgabe erscheint am 12. März

20 Kopenhagen radelt

Fahrradbrücken, immergrüne Ampeln und andere Ideen für eine neue urbane Verkehrspolitik
von Philippe Descamps

23 Wissenschaft für Arme?

von Paul Lagneau-Ymonet

24 Comic

von Nando von Arb

Auch zum Hören unter: **monde-diplomatique.de**

Seit John Maynard Keynes vor rund 90 Jahren über die „wirtschaftlichen Möglichkeiten unserer Enkelkinder“ nachdachte und von „Drei-Stunden-Schichten oder einer Fünfzehn-Stunden-Woche“ träumte, die es ermöglichen würden, „unsere weiteren Kräfte nichtwirtschaftlichen Zwecken zu widmen“,¹ ist die Frage einer alle Arbeitsbereiche durchdringenden Automatisierung regelmäßig groß diskutiert worden. Unter dem Stichwort der „Digitalisierung der Arbeitswelt“ erleben wir seit einigen Jahren die neueste Runde dieser Debatte.

Ein Bündel unterschiedlicher Technologien soll der Automatisierung zahlreiche neue Felder erschließen: Leichtbauroboter sollen die letzten Automatisierungslücken in den Fabriken schließen, das Internet der Dinge die Abläufe in der Produktion und die Interaktionen mit den Kunden verschlanken, künstliche Intelligenz im Dienstleistungssektor massenhaft Arbeitskräfte ersetzen. Die Perspektive ist ein neues Heer von Arbeitslosen, oder wie schon Keynes prophezeite: „technologische Arbeitslosigkeit, die entsteht, weil unsere Entdeckung von Mitteln zur Einsparung von Arbeit schneller voranschreitet als unsere Fähigkeit, neue Verwendungen für Arbeit zu finden“.

Ein umfassender Blick auf den derzeitigen Stand der Digitalisierung der Arbeit zeigt allerdings: Die Erfolge neuerer Automatisierungstechnologien sind weiterhin begrenzt. Woher also rührt die Panik vor der vermeintlichen Roboterapokalypse?

Mit dem Automatisierungshype sind handfeste ökonomische Interessen verbunden. Das zeigt sich beispielhaft an den Diskussionen um die „vierte industrielle Revolution“², wie sie in vielen OECD-Ländern seit einigen Jahren geführt wird. Der größte Marketingerfolg war dabei wohl die deutsche Strategie einer „Industrie 4.0“, die auf der Hannovermesse 2011 zum ersten Mal einem breiteren Publikum präsentiert wurde. Seither sind ganze Beraterarmeen damit befasst, die zugehörigen Formeln unters Volk zu bringen – sei es in Form strategischer Unternehmensberatung oder aufwendiger Aufklärungskampagnen. Während die einen beklagen, dass menschliche Arbeit durch Maschinen ersetzt wird, bejubeln McKinsey und Co die Effizienzgewinne. „Schlecht für die Gesellschaft“ (Arbeitslosigkeit) ist in diesem Sinne gleichbedeutend mit „gut fürs Geschäft“ (Profit).

Vergleicht man die Erzählung von der vierten industriellen Revolution mit derjenigen der ersten drei (Dampfmaschine, Elektrizität, Computer) scheint sich die Entwicklung rasant beschleunigt zu haben. Wird den ersten drei noch eine Dauer von mehreren Jahrzehnten zugestanden, jagt bei ihrer digitalen Nachfolgerin eine vermeintliche Neuerung die andere: Bei der Cebit 2017 trat Japan als Gastland bereits mit seiner Vision einer „Society 5.0“ auf.

Und nur zwei Jahre später nimmt sich dieser Auftritt geradezu bescheiden aus, wenn man sich vor Augen führt, was die Beratungsindustrie so treibt: Die Unternehmensberatung Accenture, die in Deutschland zuletzt vor allem mit der Plünderung des chronisch klammen Bundeswehretats Schlagzeilen machte, rief Ende 2018 die „Industry X.0“ aus. In der Hoffnung auf üppige Beraterverträge treibt der Hype ständig neue Blüten, noch bevor die Slogans von gestern verblüht sind.

Womöglich ist das ständige Ausrufen neuer Revolutionen nichts anderes als eine panische Reaktion auf den tatsächlich eher schleppenden Fortschritt: Die deutschen Ingenieure vollbringen offenbar weit weniger umwälzende Innovationen, als die Beraterbranche

hofft. Sieht man genauer hin, so zeigt sich recht schnell, dass auch die Industrie 4.0 nur einen seit 40 Jahren dominanten Rationalisierungstrend fortsetzt. Die Fertigung wird immer weiter automatisiert, der Individualisierungsgrad der Produkte immer höher. Der Fixpunkt dieser Fantasie ist die vollautomatisierte Produktion, die Unikate zu Preisen der Massenproduktion liefert.

Davon ist man allerdings noch weit entfernt. Tatsächlich sind sich die meisten deutschen Unternehmen darüber im Klaren, dass eine wirkliche Disruption eingespielter Fertigungsprozesse riskant und teuer ist. Es ist keineswegs sicher, dass sich ein solcher Aufwand durch höhere Einnahmen refinanzieren lässt. Besonders eindrücklich zeigt sich das am Beispiel der Munch Chemie-Pumpen GmbH. Der Hersteller industrieller Pumpen aus dem Westerwald ist einer der berühmten deutschen *hidden champions* des Weltmarkts.

Das Unternehmen setzte alles auf eine Karte und griff tief in die Toolkiste der Industrie 4.0: Internet der Dinge, permanenter Informationsfluss, digitale Assistenzsysteme. Zwei Millionen verschiedene Pumpenversionen können nun theoretisch gefertigt werden, in über 200 Farben. So konnte das Unternehmen seinen Kundenstamm diversifizieren. Mehr Geld brachte das unterm Strich allerdings nicht: „Die Kunden verlangen von uns zwar immer individuellere Produkte, sind aber nicht bereit, dafür auch entsprechend mehr zu bezahlen“, sagte Geschäftsführer Stefan Munsch der *Wirtschaftswoche*.

Dieses Beispiel zeigt ein allgemeines Problem in der Debatte über die Industrie 4.0. Nicht nur der mediale

Hype, auch der technikfixierte Blick verliert leicht den konkreten ökonomischen Nutzen aus den Augen. Unternehmen neigen allerdings dazu, die Technik nicht um ihrer selbst willen einzuführen, sondern suchen nach dem geeigneten *Business Case*. In der Praxis setzt man eher auf Trial and Error im Kleinen als auf bahnbrechende Veränderungen. Unternehmen bedienen sich eher einzelner Maßnahmen aus einem Strauß von Anwendungen, als dass sie konsequent eine Unternehmensstrategie à la 4.0 verfolgen. Neben erfolgreichen Projekten gibt es viele Fälle, in denen der konkrete Nutzen ausbleibt – und die experimentell eingeführten Anwendungen wieder abgeschafft werden.

Speedfactories und bunte Chemiepumpen

Ein prominentes Beispiel ist die Speedfactory von Adidas, einem Vorzeigeprojekt der Industrie 4.0, deren Eröffnung 2017 für großen medialen Trubel sorgte. Erstmals siedelte das Unternehmen die Produktion von Turnschuhen wieder in Deutschland an, im fränkischen Ansbach. Eine zweite Speedfactory entstand in Atlanta. Das Geschäftsmodell basierte auf einer weitgehend automatisierten Fabrik und zielte darauf ab, den deutschen Markt schnell mit Spezialausführungen beliefern zu können. „Als ich 1987 bei Adidas angefangen habe, wurde die Produktion gerade nach Asien verlagert“, erklärte der Ex-Adidas-Vorstandsvorsitzende Herbert Hainer. „Jetzt schließt sich der Kreis, und die Fertigung kommt zurück.“³

Tatsächlich kam jedoch nur die Herstellung von circa 500 000 Paar Schuhen pro Jahr zurück, was unge-

fähr 0,5 Prozent des weltweiten Produktionsvolumens von Adidas entspricht. Aber ein wirkliches „Reshoring“, die Rückverlagerung von Produktionskapazitäten, hatte die Firma auch gar nicht im Sinn. Der Verkaufspreis eines Paar Schuhe aus der Speedfactory lag zwischen 250 und 350 Euro – billiger ist die hochautomatisierte Fertigung von kleinen Stückzahlen immer noch nicht zu haben. Sie rentiert sich also höchstens bei Nischenprodukten für eine solvente Käuferschicht. Die Speedfactory ist deshalb vor allem als Marketingvehikel zu verstehen, um Konsumtrends schnell aufzugreifen oder sie selbst zu prägen.

Im November 2019 verkündete Adidas nun die Schließung ihrer beiden Speedfactories in Ansbach und Atlanta, da die Vollautomatisierung auch in diesem bescheidenen Rahmen noch nicht die erhofften Erträge brachte. Die erprobten Technologien sollen zukünftig in zwei Zulieferbetrieben in Asien zum Einsatz kommen.

Obschon Automatisierung häufig als ökonomische Notwendigkeit oder gar historische Zwangsläufigkeit dargestellt wird, liegt ihr vor allem ein politisches Paradigma zugrunde: das der Globalisierung, die selbst seit den 1990er Jahren auf digitalen Technologien basiert. Statt die herrschende Wirtschaftsordnung infrage zu stellen, müssen Roboter als Sündenbock für die zunehmende soziale Ungleichheit herhalten. Dabei wird die technologische Arbeitslosigkeit, wie sie Keynes beschreibt, weit überschätzt und dient lediglich als Strohmännchen für die Verwüstungen des real existierenden Kapitalismus.

Studien, die nicht nur die theoretische Substituierbarkeit von Arbeit,

sondern auch die Veränderung von Arbeitsinhalten und die Entstehung neuer Jobs berücksichtigen, widersprechen der medial aufgebauchten Erwartung, Menschen würden bald durch Roboter ersetzt. Im Gegenteil gehen sie sogar davon aus, dass die Beschäftigungsmöglichkeiten zunehmen werden.⁴

Wie sich in den USA bereits seit einigen Jahren beobachten lässt, sind es vor allem frühere Apologeten von Finanzkapitalismus und neoliberaler Globalisierung wie Bill Gates oder der ehemalige Chefökonom der Weltbank Larry Summers, die heute vor der Robotisierung warnen. Sie prophezeien, dass die Hauptleidtragenden der neuen technologischen Imperative die prekär, unterbezahlt oder gar nicht Beschäftigten sein werden. Wer jedoch heute auf Kollege Roboter zeigt, will womöglich einfach nur von der fatalen Bilanz der eigenen Entscheidungen ablenken.

Philipp Staab und Florian Butollo sind Soziologen. Von Staab erschien zuletzt „Digitaler Kapitalismus – Markt und Herrschaft in der Ökonomie der Unknappheit“. Berlin (Suhrkamp) 2019. Butollo ist zusammen mit Sabine Nuss Herausgeber von „Marx und die Roboter“, Berlin (Dietz) 2019.

¹ John Maynard Keynes, „Wirtschaftlichen Möglichkeiten für unsere Enkelkinder“ (1930), in: ders., „Politik und Wirtschaft. Männer und Probleme. Ausgewählte Abhandlungen“, Tübingen 1956.

² Der Begriff wurde zuerst von Klaus Schwab, Gründer des Weltwirtschaftsforums in Davos, geprägt. Vgl. Klaus Schwab, „Die Vierte Industrielle Revolution“, München (Panttheon Verlag) 2016.

³ Zitiert nach: Roland Berger, *Think:Act*. COO Insights, Heft 1 (2016).

⁴ Vgl. zum Beispiel Katharina Dengler und Britta Matthes, „Folgen der Digitalisierung für die Arbeitswelt“, IAB Forschungsbericht, Nürnberg, November 2015; oder den Beitrag von Alexander Herzog-Stein in: „Digitalisierung der Arbeitswelt!“, *Mitbestimmungs-Report*, Nr. 24, Hans-Böckler-Stiftung, Düsseldorf, September 2016.

Die drei großen Themen im Werk der norwegischen Künstlerin Vibeke Slyngstad sind Natur, Architektur und Porträt. Ihren Gemälden geht ein komplexer Kompositionsprozess voraus. Ausgangspunkt ihrer Malereien sind meist Fotografien, die sie digital bearbeitet und nach denen sie dann zahlreiche Skizzen anfertigt, bevor sie schließlich ihre Bilder mit dünner Ölfarbe auf Leinwand malt. Diese wirken oft wie Schnappschüsse oder Filmstills; sie haben ein erzählerisches Moment, lassen aber alles offen.

Vibeke Slyngstad, 1968 geboren, hat an der Meisterschule für Kunst und Gestaltung in Graz sowie an der Nationalen Akademie der Künste in Oslo studiert. Sie lebt und arbeitet in Oslo. Bis zum 7. März sind neue Arbeiten der Künstlerin in einer Einzelausstellung in der Berliner Galerie Kristin Hjellegjerde zu sehen, der wir für das Bildmaterial (Copyright: VG Bild-Kunst Bonn) danken.

www.kristinhjellegjerde.com

Wilhelm Werthern



Wanderer Beside the Northern Sea, 2008, Öl auf Leinwand, 225 x 170 cm

Sündenbock Roboter

Hype und Hysterie um die Digitalisierung der Arbeitswelt

von Philipp Staab und Florian Butollo

Vibeke Slyngstad

Die drei großen Themen im Werk der norwegischen Künstlerin Vibeke Slyngstad sind Natur, Architektur und Porträt. Ihren Gemälden geht ein komplexer Kompositionsprozess voraus. Ausgangspunkt ihrer Malereien sind meist Fotografien, die sie digital bearbeitet und nach denen sie dann zahlreiche Skizzen anfertigt, bevor sie schließlich ihre Bilder mit dünner Ölfarbe auf Leinwand malt. Diese wirken oft wie Schnappschüsse oder Filmstills; sie haben ein erzählerisches Moment, lassen aber alles offen.

Vibeke Slyngstad, 1968 geboren, hat an der Meisterschule für Kunst und Gestaltung in Graz sowie an der Nationalen Akademie der Künste in Oslo studiert. Sie lebt und arbeitet in Oslo. Bis zum 7. März sind neue Arbeiten der Künstlerin in einer Einzelausstellung in der Berliner Galerie Kristin Hjellegjerde zu sehen, der wir für das Bildmaterial (Copyright: VG Bild-Kunst Bonn) danken.

www.kristinhjellegjerde.com

Wilhelm Werthern

USA und Iran – eine nützliche Feindschaft

► Fortsetzung von Seite 1

den Schafstall, und zwar auf direktem Wege: Sie erlaubte den im Exil lebenden Mitgliedern der beiden wichtigsten mit Iran verbündeten schiitischen Parteien des Irak, der Islamischen Dawa-Partei („Islamische Mission“) und des Obersten Islamischen Rats im Irak (SIIC), die Rückkehr in ihr Land.

Dies war der Beginn einer langen indirekten Zusammenarbeit zwischen Washington und Teheran auf irakischem Boden. Die beiden proiranischen schiitischen Parteien wurden durch die amerikanischen Besatzer an die Macht gebracht. Sie waren beide in dem von den USA 2003 geschaffenen Regierungsrat vertreten und gehörten anschließend allen Interimsregierungen an, ehe dann 2006 eine erste reguläre Regierung zustande kam.

Seit 2005 stand stets ein Mitglied einer der beiden Parteien an der Spitze der irakischen Regierung: Ibrahim al-Dschafari (2005–2006), Nuri al-Maliki (2006–2014) und Haider al-Abadi (2014–2018) gehörten alle der Dawa-Partei an. Der ab Oktober 2018 amtierende und im vergangenen November zurückgetretene Adil Abdel Mahdi ist ehemaliges SIIC-Mitglied und war seit 2003 an allen von den Besatzern geschaffenen Regierungsgremien beteiligt.²

Selbst durch den Strategiewechsel der Besatzungsbehörden, die sich ab 2006 im Kampf gegen den IS-Vorläufer „Islamischer Staat im Irak“ zunehmend auf die sunnitischen Stämme stützten, wurde kein Gegengewicht zur Vorherrschaft der teherantreuen Parteien geschaffen. Das lag auch an dem konfessionell geordneten politischen System, das die USA nach libanesischem Vorbild etabliert hatten und das den schiitischen Parteien eine starke Legitimation verschaffte.

Die gegen die US-amerikanische Besatzung kämpfenden Gruppen rekrutierten ihre Mitglieder meist unter den sunnitischen Arabern. Sie setzten sich vor allem aus ehemaligen Mitglieder der Baath-Partei und den Spezialeinheiten Saddam Husseins zusammen. Und obwohl sie die US-Truppen bekämpften, fürchteten sie gleichzeitig deren Abzug, weil sie die Präsenz der Amerikaner als unverzichtbares Gegengewicht zur Vorherrschaft der irannahen schiitischen Parteien betrachteten.

Der wichtigste Architekt des iranischen Einflusses im Irak war General Qassem Soleimani, den die USA am 3. Januar in Bagdad mit einer Drohne töteten. Der Kommandeur des ausländischen Interventionskorps der Pasdaran, der Al-Quds-Brigaden („Jerusalem“ auf Arabisch und Farsi), wurde oft als der Prokonsul in den arabischen Provinzen des iranischen Einflussgebiets beschrieben.

Lange Zeit beschränkte sich dieser Einfluss weitgehend auf die 1985 gegründete libanesische Hisbollah. Doch in der jüngeren Vergangenheit vermehrten sich die iranischen Hilfstuppen im Nahen und Mittleren Osten, begünstigt durch die US-Invasion im Irak, den Ausbruch des Bürgerkriegs in Syrien 2011 und den Konflikt im Jemen zwei Jahre später. Mit Hilfe dieser lokalen Kräfte konnte die Regierung in Teheran ihre Kontrolle entlang einer geopolitischen Achse ausbauen, die von der Westgrenze Irans bis zum Mittelmeer reicht.

Soleimani genoss den Ruf eines großen Strategen. Das war allerdings stark übertrieben. Der General hat in keinem der von ihm dirigierte Kriege einen Sieg errungen. Die De-facto-Übernahme des Iraks durch Iran wurde vor allem durch die freundlichen Unterstützung Washingtons ermöglicht. Die von Soleimani 2013 gestartete Intervention in Syrien – mittels schiitischer Truppen aus dem Libanon und dem Irak sowie schiitischen Kämpfern,

die unter den afghanischen Flüchtlingen in Iran rekrutiert wurden – konnte die Macht von Baschar al-Assad nur vorübergehend sichern. Zwei Jahre später stand dessen Regime erneut vor dem Zusammenbruch, und Soleimani selbst musste Russland um Hilfe bitten.³

Im Sommer 2014 überschritt der „Islamische Staat“ (IS) die syrisch-irakische Grenze und konnte beträchtliche Teile des irakischen Territoriums besetzen, während die Soldaten der irakischen Armee massenweise die Flucht ergriffen. Aus Furcht, die Dschihadisten könnten bis zur Hauptstadt vordringen, bat die Regierung in Bagdad mit Rückendeckung aus Teheran um die Rückkehr der US-Truppen. Diese bekämpften den IS gemeinsam mit kurdischen Milizen und den Volksmobilmachungskräften („Haschd al-Schaabi“, PMF), einem Bündnis schiitischer Einheiten, das den Ehrgeiz hat, zur einer Art irakischer Pasdaran zu werden.

Die Milizen der Haschd al-Schaabi steuerte Soleimani nicht selbst, sondern seine irakische rechte Hand, bekannt unter dem Pseudonym Abu Mahdi al-Muhandis, der zusammen mit Soleimani am 3. Januar ermordet wurde. Er war offiziell die Nummer zwei der PMF, war aber sehr viel bekannter als deren Chef Falih al-Fayyadh.

Die Karriere al-Muhandis ist aufschlussreich: Als Mitglied der Dawa-Partei war er kurz nach dem Sieg der islamischen Revolution nach Iran geflohen und kämpfte während des ersten Golfkriegs in der iranischen Armee gegen sein eigenes Land. Im Rahmen der Auslandsaktivitäten der Pasdaran organisierte er 1983 die Anschläge auf die Botschaften der USA und Frankreichs in Kuwait; zu der Zeit unterstützten beide Staaten den Irak.⁴

Nach seiner Rückkehr in den Irak 2003 wurde er von Premierminister al-Dschafari zum Sicherheitsberater ernannt und 2005 ins Parlament gewählt. Gleichzeitig gründete er mit Unterstützung Teherans die Kataib Hisbollah („Brigaden der Partei Gottes“), deren Anführer er wurde. Als die US-Besatzer 2006 immer stärker unter Druck gerieten, fanden sie heraus (oder es fiel ihnen wieder ein), dass al-Muhandis seinerzeit die Anschläge in Kuwait organisiert hatte. Er musste erneut nach Teheran flüchten, von wo er erst nach dem Abzug der US-Truppen 2011 offiziell zurückkehrte.

Die amerikanisch-iranische Zusammenarbeit im Irak mittels irakischer Bürger, die Iran eng verbunden sind, wurde unter Präsident Trump allerdings fortgesetzt. Trump hat nie davon gesprochen, die US-Truppen im Irak komplett abzuziehen, und das aus gutem Grund. Viel eindeutiger als seine Vorgänger richtete sich Trump nach dem Grundsatz, US-Truppen nur dort einzusetzen, wo ein offensichtliches Interesse für die USA besteht. Das heißt, nicht in Syrien an der Seite kurdischer Streitkräfte und auch nicht in Afghanistan, wohl aber in den Ölmonarchien am Golf, die die Kosten für die amerikanische Präsenz auf ihrem Territorium weitgehend selbst tragen – und ganz gewiss im Irak.

Schon während seines Präsidentschaftswahlkampfes 2016 hatte Trump erklärt, die USA sollten die Ölressourcen des Iraks nutzen, um die Kosten des jahrelangen Militäreinsatzes zu kompensieren. Dieser Logik folgend lautete auch jetzt seine Antwort auf die Forderung der irakischen Regierung nach Abzug der US-Truppen: Diese werden das Land nur verlassen, wenn Bagdad bereit ist, für die entstandenen Kosten aufzukommen. Dabei hätte umgekehrt der Irak gute Gründe, Washington aufzufordern, für die Verwüstungen der US-Truppen im Irak zu zahlen – ganz zu schweigen von den Milliarden Dollar, die während der Besatzung versickert sind.⁵



Ankunft der freigelassenen US-Geiseln am Flughafen Frankfurt, 20. Januar 1981 picture alliance/imagoe

Insbesondere zwei Faktoren erklären, warum sich die amerikanisch-iranischen Beziehungen im Irak in den letzten Monaten derart verschlechtert haben. Das ist zum einen der erhebliche wirtschaftliche Druck, den die Trump-Regierung seit ihrer Ankündigung des Atomabkommens im Mai 2018 auf Iran ausübt. Die Regierung in Teheran reagierte darauf, indem sie einen Angriff auf Washingtons saudische Verbündete mithilfe der jemenitischen Huthis organisierte. Die Beteiligung der Huthis war dabei entweder real oder vorgeschoben, wie bei der Bombardierung saudischer Ölanlagen am 14. September 2019 mit Drohnen und Marschflugkörpern.⁶ Trumps zurückhaltende Reaktion auf den Angriff löste in Riad massive Besorgnis aus.

Eine maßvolle Reaktion aus Teheran

Beim zweiten Faktor handelt es sich um eine direktere Bedrohung: Wie Reuters unter Berufung auf irakische PMF-Kommandeure und Geheimdienstler berichtete, hatte Soleimani die Führer der mit Iran verbündeten Milizen Mitte Oktober in Bagdad zusammengerufen.⁷ Der Grund für das Treffen, an dem auch al-Muhandis teilnahm, waren die zwei Wochen zuvor ausgebrochenen Proteste irakischer Schiiten gegen den Einfluss Teherans und seiner zweifelhaften Verbündeten im irakischen Parlament und in der Regierung. Für die Iraner und besonders für Soleimani waren diese Proteste ein Schock, da sie die mittels konfessioneller Gefolgschaft ausgeübte iranische Kontrolle über den Irak infrage stellte.

Bei dem Treffen im Oktober soll es um mehrere Aktionen gegen die US-Truppen im Irak gegangen sein, für die Teheran bereits die entsprechenden militärischen Mittel geliefert hatte. Soleimanis Plan sah Reuters zufolge vor, eine militärische Antwort zu provozieren, um die wachsende Wut auf die USA umzulenken. Als dann Mitte November auch in Iran selbst eine neue Protestwelle gegen das theokratische Regime ausbrach, schien ein solches Ablenkungsmanöver für Teheran nur noch dringlicher.

Die immer häufigeren Angriffe proiranischer Milizen auf die US-Truppen im Irak erreichten am 27. Dezember ihren vorläufigen Höhepunkt, als rund 30 Raketen einen Militärstützpunkt bei

Kirkuk trafen. Dabei wurde ein US-Bürger getötet, vier weitere und zwei Iraker wurden verwundet. Es folgte eine Kettenreaktion: Zwei Tage darauf übte die US-Regierung Vergeltung, indem sie mehrere Basen der Kataib Hisbollah im Irak und in Syrien bombardieren ließ. Dabei wurden mindestens 25 Milizionäre getötet und mehrere Dutzend verwundet. Am 31. Dezember orchestrierte dann die Kataib Hisbollah einen Angriff auf die US-Botschaft in der von der offiziellen irakischen Armee besonders gesicherten Grünen Zone von Bagdad.

Vor allem der Angriff auf die Botschaft trieb Trumps Zorn offenbar auf die Spitze. Zu seiner heftigen Reaktion hat gewiss die immer noch lebendige Erinnerung an die Besetzung der amerikanischen Botschaft in Teheran 1979 bis 1981 beigetragen. Das Gleiche gilt für den Anschlag auf das US-Konsulat im libyschen Bengasi im September 2012, bei dem der Botschafter und weitere Botschaftsangehörige ums Leben kamen. Wobei der heutige Präsident damals Barack Obama und seiner Außenministerin Hillary Clinton die Schuld zugeschrieben hatte (*siehe den Beitrag von Michael T. Klare, Seite 5*). Jedenfalls beschloss Trump daraufhin, ganz oben zuzuschlagen, und ordnete und die Liquidation Soleimanis und al-Muhandis' an.

Auf die Ermordung der beiden reagierte Teheran erstaunlich maßvoll: Bei den iranischen Raketenangriffen auf den Ain-al-Assad-Luftwaffenstützpunkt und andere Einrichtungen am 7. Januar wurde niemand getötet. Schnell war klar, dass die US-Truppen vor dem bevorstehenden Angriff gewarnt worden waren.⁸ Weniger klar ist, woher die Warnung kam.

In jedem Fall wusste die Regierung in Teheran, dass der Einsatz von ballistischen Raketen – statt von Marschflugkörpern oder Drohnen – dem US-Personal ermöglichen würde, sich rechtzeitig in Sicherheit zu bringen. Damit bot die Operation beiden Seiten die Möglichkeit, das Gesicht zu wahren und zugleich eine weitere Eskalation zumindest vorerst zu vermeiden.

Natürlich hat Iran mit Soleimani einen angesehenen und erfahrenen militärischen Führer verloren. Doch zugleich boten die Bestattungsfeierlichkeiten, die an die Inszenierung der Beerdigung Ajatollah Chomeinis 1989 erinnerten, der Regierung eine willkommene Gelegenheit, den iranischen

Nationalismus zu verherrlichen. Auch die Anführer oppositioneller Gruppen und sogar Anhänger der 1979 gestürzten Monarchie zelebrierten die nationale Einheit.⁹

Das Herumeiern der Regierung nach dem irrtümlichen Abschuss eines ukrainischen Zivilflugzeugs durch die Pasdaran am 8. Januar, bei dem 176 Menschen starben, hat die Proteste gegen das Regime allerdings wieder angeheizt. Deren Gegner können zwar bei Weitem nicht so viele Menschen mobilisieren wie das Regime für die Beerdigung Soleimanis. Aber immerhin haben sie es geschafft, der Repression erfolgreich zu trotzen.

Dagegen ist der Versuch, die Proteste im Irak mittels antiamerikanischer Agitation zu stoppen, vollständig gescheitert. Dabei bringen diese Proteste die USA und Iran gleichermaßen in Bedrängnis. Denn eine Mehrheit der Bevölkerung ist empört über die permanente Missachtung der irakischen Souveränität durch zwei Staaten, die beide den Irak kontrollieren wollen und zum Austragungsort ihres Konflikts gemacht haben. Für die Zukunft des Iraks dürfte die Frage entscheidend sein, ob dieser Volksaufstand, der die konfessionellen Barrieren zwischen Schiiten und Sunniten durchbricht, eine Fortsetzung findet.

¹ Seymour Hersh, „US said to have allowed Israel to sell arms to Iran“, *New York Times*, 8. Dezember 1991.

² Mit dem am 2. Februar ernannten neuen Premier Mohammed Allawi hat der Irak nun erstmals wieder einen Regierungschef, der nicht einer der beiden proiranischen Parteien entstammt.

³ Laila Bassam und Tom Perry, „How Iranian general plotted out Syrian assault in Moscow“, *Reuters*, 6. Oktober 2015.

⁴ Im selben Jahr wurde Iran auch für Anschläge im Libanon gegen französische und amerikanische Truppen und die US-Botschaft verantwortlich gemacht.

⁵ James Risen, „Investigation into missing Iraqi cash ended in Lebanon bunker“, *New York Times*, 12. Oktober 2014.

⁶ Michelle Nichols, „UN investigators find Yemen's Houthis did not carry out Saudi oil attack“, *Reuters*, 8. Januar 2020.

⁷ „Inside the plot by Iran's Soleimani to attack US forces in Iraq“, *Reuters*, 4. Januar 2020.

⁸ „US troops in Iraq got warning hours before Iranian attack“, *Associated Press*, 13. Januar 2020.

⁹ Rohollah Faghihi, „Killing Suleimani has united Iranians like never before“, *Foreign Policy*, 6. Januar 2020.

Aus dem Französischen von Nicola Liebert

Gilbert Achcar ist Professor an der School of Oriental and African Studies (SOAS) der University of London. Zuletzt erschien von ihm: „Morbid Symptoms: Relapse in the Arab Uprising“, Stanford University Press, 2016.

Die Entscheidung von Präsident Trump, General Qassem Soleimani, den Chef der Al-Quds-Brigade der iranischen Revolutionsgarden, zu töten, kam für die meisten Beobachter überraschend.

Zwar hatten die Spannungen in der Golfregion schon länger geköchelt, doch es gab keinerlei Anzeichen für eine Konfrontation zwischen den USA und Iran oder zwischen Iran und den anderen Mächten am Golf. Vielmehr gab es sogar Hinweise, dass Soleimani an diesem Tag nach Bagdad reiste, um die iranische Antwort auf einen saudischen Vorschlag zum Abbau der Spannungen in der Region zu überbringen.

Die Rechtfertigung für die Tötung Soleimanis lautete, Präsident Trump habe einen „unmittelbar bevorstehenden“ Angriff auf US-Botschaften und Militärbasen im Irak und in der Golfregion abwenden müssen. Das klingt nicht überzeugend. Zwar sprach US-Außenminister Mike Pompeo nach dem Attentat von „detaillierten Geheimdienstinformationen“ über „aktive Plannungen“, die „das Leben von US-Amerikanern gefährdet“ hätten. Aber bis heute wurden dem Kongress keinerlei entsprechende Informationen übermittelt. Und Verteidigungsminister Mark T. Esper ließ sogar verlauten, er habe keine Kenntnis von spezifischen Informationen über bevorstehende Angriffe auf US-Botschaften.¹

Mangels plausibler Auskünfte der US-Regierung kursieren viele andere Theorien, die Trumps überraschende Aktion erklären sollen. Eine verweist auf seine Persönlichkeitsstruktur und seine Neigung zu vorschnellen und unbesonnenen Handlungen. So wurde gemutmaßt, Trump habe ein zweites „Bengasi-Disaster“ befürchtet. Im September 2012 war der US-Botschafter in Libyen, Christopher Stevens, bei einem Terrorangriff auf die Botschaft getötet worden, was die Republikaner damals der Außenministerin Hillary Clinton anlasteten.

Eine andere Theorie lautet: Trump wollte nicht als Schwächling dastehen, nachdem er auf frühere Provokationen Teherans nicht reagiert hatte, etwa auf die Raketenangriffe gegen saudische Ölanlagen in Abqaiq im September 2019.² Dieses Motiv spielte bei Trumps Entscheidung sicher mit, erklärt diese aber keineswegs hinreichend.

Zwar demonstrierte Donald Trump von Anfang an größere Distanz zu den etablierten Politikagenturen als die meisten früheren US-Präsidenten. Aber auch er hat täglichen Umgang mit den Spitzenvertretern, etwa des Außenministeriums, des Pentagon, der Central Intelligence Agency (CIA) und des National Security Council (NSC), die ihm ihre Erkenntnisse vermitteln und bestimmte Handlungsoptionen empfehlen.

Diese Ratgeber ziehen bei den meisten Themen am selben Strang, etwa wenn sie vereint auf höhere Rüstungsausgaben drängen. Zugleich sind sie aber in Fragen der globalen strategischen Ausrichtung der US-Außenpolitik zutiefst zerstritten. Vor diesem Hintergrund ist auch Trumps Entscheidung vom 3. Januar einzuordnen.

Das Sicherheitsestablishment in Washington ist seit etwa zwei Jahren in zwei Lager gespalten, die jeweils eigene Beziehungen zum Weißen Haus unterhalten. Für das eine Lager spielt der Nahe und Mittlere Osten in den strategischen Planungen Washingtons weiterhin eine zentrale Rolle. Deshalb mussten die USA eine internationale Koalition zur Eindämmung der Islamischen Republik aufbauen – und wenn möglich den Sturz des Regimes herbeiführen.

Angeführt wird dieses Lager der „Ideologen“ von Außenminister Pompeo und Vizepräsident Mike Pence; unterstützt wird es von maßgeblichen Figuren im Kongress. Zu ihnen gehört auch der einflussreiche Sonderberater im Weißen Haus, Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, dessen Urteil über das iranische Regime häufig die

harten Positionen der saudischen oder der israelischen Regierung widerspiegelt. Unterstützt wird diese Position von Leuten wie dem Casino-König Sheldon Adelson – ein Großsponsor der Republikaner wie der Likud-Partei in Israel – und von evangelikalen Kreisen, die eine volle Kontrolle Israels über das Heiligen Land befürworten.

Den Gegenpol zum Lager der Ideologen bildet eine Gruppe von hochrangigen Militärs und Geheimdienstleuten, die im Aufstieg Chinas die größte Herausforderung für die US-Strategie sehen.

Bei diesen „Geopolitikern“, wie ich sie nennen würde, herrscht die Überzeugung, dass die USA ihre militärischen Kapazitäten vom Nahen und Mittleren Osten nach Asien verlagern sollten. Unterstützt wird diese Ansicht von Unternehmerkreisen, die die globale Dominanz der US-Konzerne durch China bedroht sehen.

Man darf die Unterschiede zwischen diesen Lagern aber nicht übertreiben: Beide gehen davon aus, dass die USA die einzige Supermacht bleiben und in allen wichtigen Regionen der Erde dominant sein müsse. Aber trotz ihrer enormen Stärke haben auch die USA keine unbegrenzten militärischen Kapazitäten. Deshalb gibt es auf den Entscheidungsebenen oft keinen Konsens darüber, in welchen Konfliktzonen die verfügbaren militärischen Potenziale stationiert werden sollen.

Solange der „Islamische Staat“ (IS) und der islamistische Terrorismus insgesamt als Hauptbedrohung für die US-Sicherheitsinteressen galten, hatten der Nahe und Mittlere Osten die höchste militärische Priorität. Heute dagegen glauben viele in Washington – zum Entsetzen des ideologischen Lagers –, dass Asien zum Epizentrum des globalen Machtwettkampfs geworden sei und dass der Großteil der US-Streitkräfte dort konzentriert werden sollte.

Für die „Geopolitikern“ ist der Nahe und Mittlere Osten zwar immer noch ein wichtiges Feld auf dem globalen strategischen Schachbrett. Aber die

Region hat für sie nur zweitrangige Bedeutung, und zwar vor allem als Energielieferant für Asien.

Bis vor Kurzem dominierte in Washington offenbar das geopolitische Lager, das von der Pentagon-Führung angeführt wird, zu dem aber auch hohe Tiere im Finanzministerium und in den Geheimdienste gehören. Nach Ansicht dieser Leute haben sich die USA zu intensiv mit den Konflikten im Nahen und Mittleren Osten befasst, deren strategische Wichtigkeit sie anzweifeln. Diese kurzsichtige strategische Orientierung hätten die großen Rivalen der USA, also China und Russland ausgenutzt, um ihre militärische Stärke und ihren diplomatischen Einfluss auszuweiten.³

Im Fall China kommt das Argument hinzu, der Rivale habe seine große wirtschaftliche und industrielle Stärke genutzt, um die technologischen Kapazitäten seiner Streitkräfte zu verbessern

und den militärischen Vorsprung der USA aufzuholen.

Den Aufstieg Chinas aufzuhalten, schien eine Zeit lang als wichtigste strategische Maxime zu gelten. Dementsprechend forderte das Pentagon zusätzliche Finanzmittel in Milliardenhöhe für die Entwicklung neuer Waffensysteme. Zugleich wurde begonnen, Kräfte von zweitrangigen Standorten wie Nordafrika und Nahost in die unmittelbarer Nachbarschaft von China und Russland zu verlegen.

Ganz auf dieser Linie erklärte Verteidigungsminister Esper am 7. Dezember 2019, das Pentagon werde eine „neue Doktrin der Kriegsführung entwickeln und anwenden“. Ein Ziel sei dabei, „unsere Streitkräfte und Waffensysteme in prioritäre Konfliktzonen zu verlegen, was uns befähigt, besser mit China und Russland zu konkurrieren“.⁴

Für das ideologische Lager mit seiner Iran-Fixierung ist die Vorstellung, die USA könne ihre Streitkräfte und Waffensysteme aus weniger wichtigen Regionen, also vermutlich vom Persischen Golf abziehen, ein wahrer Horror. Aus Sicht dieser Leute stellt das iranische Regime eine doppelte Bedro-

hung dar: eine moralische aufgrund seiner Feindschaft gegenüber Israel, dem Judentum und den USA. Und zugleich eine strategische Bedrohung; wegen seiner Kontrolle über zahlreiche gut bewaffnete Milizen in der gesamten Region, wegen seines traditionellen Drangs nach Atomwaffen und wegen seiner Ambitionen, die Golfregion zu dominieren.

Das iranische Regime, erklärte Vizepräsident Pence am 14. Februar 2019 in Warschau, verfolge den Plan, „das alte persische Reich unter der modernen Diktatur der Ajatollahs wieder zu errichten“ Und fügte hinzu, nur eine harte und hartnäckige Reaktion der USA könne eine solch katastrophale Entwicklung verhindern.

Die Abfolge der Ereignisse, die zu Trumps Entscheidung vom 3. Januar und zur Tötung Soleimanis geführt haben, spricht bei näherem Hinsehen dafür, dass die Ideologen um Pompeo

und Pence den entscheidenden Einfluss auf den Präsidenten ausgeübt und das geopolitische Lager ausmanövriert haben.

Nach allgemeiner Einschätzung war es Pompeo – und nicht Verteidigungsminister Esper –, der bei den meisten internen Diskussionen über die Iran-Politik der USA das Ohr des Präsidenten hatte.⁵ Der West-Point-Absolvent Pompeo gilt in Washington als unerbittlicher Gegner des iranischen Regimes. Als solcher war er natürlich gegen einen Abbau der militärischen Kapazitäten Washingtons in der Golfregion.

Offenbar ist also Trump bei seiner Entscheidung unter den Einfluss der Anti-Iran-Fraktion im nationalen Sicherheitsestablishments geraten. Dieser Einfluss, verstärkt durch seine eigenen antiiranische Gefühle, hat ihn dazu gebracht, eine Maßnahme abzusagen, die eine harte Antwort Teherans provozieren musste – was wiederum eine dauerhafte Militärpräsenz der USA in der Region garantieren würde.

Seit der ersten iranischen Reaktion auf die Tötung Soleimanis – Raketenangriffe auf zwei US-Militäreinrichtun-

gen im Irak am 8. Januar, bei denen es keine Toten gab –, haben die Spannungen zwar etwas nachgelassen. Dennoch bleibt die Wahrscheinlichkeit von indirekten iranischen Angriffen hoch, zum Beispiel von Anschlägen bewaffneter Milizen auf US-Basen oder auf Militäreinrichtungen von regionalen Bündnispartnern der USA.

Vor diesem Hintergrund hat Washington neuerdings tausende zusätzliche Soldaten in die Region geschickt. Die werden aller Wahrscheinlichkeit nach für einige Zeit stationiert bleiben. Dies würde natürlich jegliche „Verlagerung“ militärischer Ressourcen in Richtung Asien-Pazifik unmöglich machen.

Offenbar sah das ideologische Lager jetzt auch die Zeit gekommen, den lange angekündigten „Friedensplan“ für den Nahen Osten vorzulegen. Trump behauptet zwar, der Plan sei für Israelis und Palästinenser gleichermaßen segensreich, tatsächlich aber ist er völlig einseitig: Israel bekäme die volle Kontrolle über das Jordantal und große Teile des Westjordanlands mit allen israelischen Siedlungen; den Palästinenser blieben damit nur isolierte, von israelischen Sicherheitszonen umzingelte Enklaven.

Eine Zweistaatenlösung, die den Palästinensern die Souveränität über ein eigenes Heimatland gewähren würde, wird mit diesem Plan hinfällig. Der entspricht vielmehr komplett dem Wunschкатalog der radikalen israelischen Rechtsparteien und ihrer Anhänger in den USA, die auch auf der Gästeliste des Weißen Hauses bei der Verkündung von Trumps „Friedensvision“ am 28. Januar standen. Hier waren neben Kushner und Pompeo auch Adelson und prominente Evangelikale zugegen, und natürlich Netanjahu; desgleichen die Botschafter Bahraains, Omans und der Vereinigten Arabischen Emirate.

Andere arabische Staaten entsandten zwar keine Botschafter, aber insgesamt reagierten die meisten arabischen Regierungen auf den Plan eher verhalten. Was den Erfolg von Kushner und Pompeo bezeugt, die den arabischen Partnern klargemacht haben, dass ihr Hauptgegner in der Region nicht Israel, sondern Iran ist.

Für die gesamte Außenpolitik der USA ergibt sich der Eindruck, dass Präsident Trump seinen harten Kurs gegenüber Peking aufgegeben hat, zugleich aber seine feindselige Haltung gegenüber Teheran und seinen Verbündeten verschärft hat. Das wiederum bedeutet, dass das US-Militär – zumindest vorerst – seine konzentrierte Präsenz in der Golfregion aufrechterhalten wird. Die Gefahr einer Konfrontation zwischen Iran und den USA bleibt damit nach wie vor hoch.

Eines ist jedoch gewiss: Am Ende wird das Pendel wieder in die andere Richtung ausschlagen – zugunsten einer erneuten stärkeren Orientierung auf Asien. Der wichtigste Grund ist die wachsende Sorge, mit der Entscheidungseliten in Washington den Aufstieg Chinas verfolgen. Die werden zu verhindern wissen, dass irgendwelche aus ihrer Sicht belanglosen Pläneleien im Nahen und Mittleren Osten die Aufmerksamkeit von wichtigeren Aufgaben ablenken. Wobei die allerwichtigste ist, die Überlegenheit der USA über ihren größten geopolitischen Rivalen zu sichern.

von Michael T. Klare



Trauermarsch für Soleimani, Teheran, 6. Januar 2020 HAMID VAKILI/picture alliance/nurphoto

¹ Peter Baker und Thomas Gibbons-Neff, „Esper says proof of embassy plot didn't reach him“, *New York Times*, 13. Januar 2020.
² Peter Baker et al., „7 Days in January: secret plans, a deadly strike and a spiraling crisis“, *New York Times*, 12. Januar 2020.
³ So Michael D. Griffin für das US-Verteidigungsministerium vor dem Militärausschuss des Senats vom 18. April 2018.
⁴ Keynote Adresse beim Reagan National Defense Forum, 7. Dezember 2019.
⁵ Nahal Toosi, „Trump's Shadow Secretary of Defense“, *Politico*, 6. Januar 2020.
Aus dem Englischen von Jakob Farah

Michael T. Klare ist emeritierter Professor am Hampshire College in Amherst (Massachusetts). Zuletzt erschien: „All Hell Breaking Loose: the Pentagon's Perspective on Climate Change“, New York (Metropolitan Books) 2019.

Die falsche Wahl der US-Demokraten

von Serge Halimi

Mit ihrer Fixierung auf den US-Präsidenten versucht ein Großteil der Demokraten von der eigenen Ideenlosigkeit abzulenken. Um bei der Wahl im November erfolgreich zu sein, müssten sie eigentlich auf die Probleme der Trump-Wähler eingehen.

Seit Donald Trump ins Weiße Haus eingezogen ist, hat die Personalisierung der US-amerikanischen Politik einen neuen Höhepunkt erreicht. Trumps Verlautbarungen, seine Tweets, seine zusammengebastelten Behauptungen und seine Egozentrik halten das Land in Atem – und nerven es bis zur Erschöpfung. Doch die Medienprofis reiben sich die Hände über die attraktive Ware, die ihnen der Präsident frei Haus liefert; mit der Folge, dass alle nur über Trump sprechen.

Die Republikaner haben vor allem eines im Sinn: Sie wollen einen Siegertypen küren, dessen Autorität im eigenen Lager unangefochten ist. Die Demokraten hingegen debattieren, wie sie einen so gefährlichen Präsidenten am schnellsten „loswerden“ können. Da es mit seiner Absetzung jedoch nicht klappt, bleibt ihnen nur die Hoffnung auf die Vorwahlen, also auf den Sieg eines Kandidaten oder einer Kandidatin mit dem Potenzial, Trump bei den Präsidentschaftswahlen im November die Macht zu entwinden.

Das reiche aber auf keinen Fall aus, meint die linke Autorin Naomi Klein: „Wenn wir uns damit zufrieden geben, ihn loszuwerden, haben wir wieder die gleiche üble Situation wie vorher, die seinen Triumph überhaupt erst ermöglicht hat.“ Deshalb müsse man die Ursache des Übels bekämpfen und nicht nur die Symptome.

Diese Einschätzung teilt auch Andrew Yang, einer der zwölf Bewerber, die sich um die Präsidentschaftskandidatur der Demokraten bemühen. „Die Medien tun uns keinen Gefallen, wenn sie zu erklären versäumen, warum Donald Trump Präsident geworden ist“, meint der 45-jährige Unternehmer, der bei den demokratischen Vorwahlen als Dark Horse, als Außenseiter im Rennen ist. „Wenn man sich die täglichen Nachrichten auf CNN ansieht, könnte man meinen, er ist unser Präsident aufgrund so unterschiedlicher Faktoren wie Russland, Rassismus, Facebook, und Hillary Clintons E-Mails.“

Aber die US-Bürger wüssten, dass das nicht stimmt, sagt Andrew Yang. Er verweist darauf, dass ein Großteil der 4 Millionen Arbeitsplätze, die in den USA verschwunden sind, in den Swing States verloren gingen, also in Ohio, Michigan, Wisconsin, Missouri und Pennsylvania, die Trump 2016 knapp – und zum Teil überraschend – erobern konnte. „Je mehr wir so tun, als wäre Donald Trump die Ursache all unserer Probleme, desto mehr Zweifel haben die Amerikaner, ob wir in der Lage sind, ihre Alltagsnöte zu erkennen und zu beseitigen.“¹

Das Interesse der zentristischen Kräfte in der Demokratischen Partei, deren Hauptvertreter Joseph Biden ist, geht gleichwohl dahin, den aktuellen Präsidenten abzulösen, ohne auf die Ursachen seines Wahlsiegs einzugehen. Der Grund ist offensichtlich: Es bedeutet einen politischen Freispruch für alle Demokraten, denen es nicht gelungen ist, Trump zu besiegen, als sie die Möglichkeit dazu hatten, also Hillary Clinton, Barack Obama und Obamas ehemaliger Vizepräsident Biden.

Allerdings nimmt die Partei damit das Risiko in Kauf, einen neuen Trump hervorzubringen, der womöglich geschickter und deshalb noch gefährlicher wäre als der alte. Einen republikanischen Präsidenten, der keine großen Töne spuckt und damit große Wählergruppen abstößt, der nicht so unverwundbar narzisstisch ist und der auf dem Feld der internationalen Politik die Kräfteverhältnisse nicht derart leichtsinnig ignoriert.

Ein solcher Präsident Trump 2.0 wäre viel eher in der Lage, innen- wie außenpolitische Verbündete zu gewinnen, um letztlich dieselbe Politik zu machen, deren zerstörerische Wirkungen dann aber viel größer wären.

Erinnern wir uns: Im November 2008 war eine Mehrheit der amerikanischen Wähler und Wählerinnen glücklich und stolz. Sie hatten einen jungen afroamerikanischen Senator ins Weiße Haus gebracht, der „Hoffnung“ und „Wandel“ versprach. Der Wahlausgang war ein harter Schlag für die Republikaner gewesen. Die waren in den Augen vieler eine militaristische, reaktionäre und bigotte Partei, die nur die Interessen der Reichen bediente. Aber zugleich eine gefährliche Partei, weil sie durchaus Anhänger in den ärmsten Bevölkerungsgruppen hatte.²

Doch die in Obama gesetzte Hoffnung wurde rasch enttäuscht. Der versprochene Wandel hielt sich in Grenzen. Und wer die Nachfolge im Weißen Haus antrat, ist bekannt.

Donald Trump wollte sich von seinem Vorgänger, den er verabscheut, unbedingt absetzen. Deshalb ging er keiner Konfrontation mit seinen Gegnern aus dem Weg. Einmal im Amt, legte er Verhaltensweisen an den Tag, deren Zeugen wir mittlerweile fast täglich werden. Sie reichen von unflätigen Pöbeleien und unverhüllter Habgier über rassistische und sexistische Sprüche bis hin zur Verherrlichung von Gewalt und ungeniertem Lügen.

Ebenso lang ist allerdings die Liste bedenklicher Einstellungen, die im Lager der Demokraten die Oberhand gewonnen haben. Zum Beispiel die Neigung, das Votum der Bevölkerung infrage zu stellen, wenn das Ergebnis nicht wie gewünscht ausfällt. Oder die unkritische und geschönte Art, die Geschichte der USA darzustellen – bis zu jenem unseligen Tag, an dem die Wahl von Trump alles kaputt machte.

Oder die Glorifizierung der westlichen Militärbündnisse, die auf einmal als „fortschrittlich“ gelten, nur weil der neue Präsident die Parole „America first“ verkündet. Oder die Verherrlichung der Geheimdienste, weil die Informationen (und Telefongespräche) an die Presse durchsickern lassen, die das Weiße Haus in Schwierigkeiten bringen. Und nicht zuletzt die Heiligsprechung der großen Medien, die nun plötzlich über jeden Zweifel erhaben sind, weil sie von Trump beschimpft und beschuldigt werden, sie würden nichts als „Fake News“ produzieren.

Bei der Wahl im November 2016 wechselten 22 Prozent der weißen Wähler ohne Schulabschluss, die bei den Präsidentschaftswahlen 2008 und 2012 Barack Obama ihre Stimme gegeben hatten, ins republikanische Lager.³ Nun konnten die Gefolgsleute von Hillary Clinton diesen Wählern kaum Rassismus vorwerfen, denn die hatten ja zweimal hintereinander für einen afroamerikanischen Kandidaten gestimmt. Dass diese Wähler übergelaufen waren, wurde deshalb mit sexistischen Einstellungen erklärt, oder mit der Leichtgläubigkeit von Bauerntölpeln, die durch Falschmeldungen aus Russland besonders einfach zu manipulieren seien.



Vibeke Slynstad, *Striped Bedsread*, 2006, Öl auf Leinwand, 90 x 62 cm

Mit dem Gedanken, dass die Demokraten selbst – mit ihrer zerstörerischen Freihandelspolitik und ihrer Fixierung auf eine soziologische Blase aus gebildeten und arroganten Stadtbewohnern – einen mindestens ebenso großen Anteil an dieser Wählerflucht hatten, hat sich das Partei-Establishment nicht besonders lang herumgeplagt.

Ein Kreuzzug gegen Russland

Diese soziale Kurzsichtigkeit zeigte sich nicht nur in den Wahlanalysen, sondern auch an Medienereignissen wie der Sitcom „Roseanne“, die beim Sender ABC im März 2018 ein Revival erlebte. Protagonisten der Serie sind hauptsächlich Arbeiter, Angestellte und Landbewohner – und nicht Grafiker, Journalisten und Dozenten für gendergerechte Sprache.

Angesichts der hohen Einschaltquoten räumte Channing Dungey, die Leiterin der Unterhaltungsabteilung von ABC, ein: „Bisher haben wir viel Zeit darauf verwendet, um für Diversität im Hinblick auf Hautfarbe, Religion und selbst im Hinblick auf unterschiedliche Gender-Auffassungen zu sorgen.“ Viel zu wenig nachgedacht habe man dagegen „über die ökonomische Diversität und über einige andere kulturelle Unterschiede in unserem Land.“ Ben Sherwood, der damalige Präsident der TV-Gruppe Disney-ABC, stellte in einem Interview fest, die Serie spreche sehr viele Leute an, „die ihresgleichen nicht sehr oft auf dem Bildschirm sehen“.⁴

Erst der Wahlsieg von Donald Trump, den er einem verbreiteten Res-

sentiment gegen die intellektuellen „Eliten“ verdankte, hat also bewirkt, dass die Produzenten und Drehbuchschreiber endlich aus ihrer kreativen Erstarrung erwacht sind.

Aber derartige Einsichten halten offenbar nicht lange vor. Zwar verweisen Mitglieder der urbanen oberen Mittelschicht, die für die Demokraten stimmen, immer häufiger auf den wachsenden Zuspund, den Donald Trump bei den armen Weißen ohne Schulabschluss erfährt. Aber dann zeigen sie diesen Menschen dennoch die kalte Schulter.

Dabei kümmert sich der Mann, der angeblich die Interessen der weißen Unterschicht vertritt, ebenso wenig um die Belange dieser seiner Wählergruppe. Zumindest in diesem Punkt verhält sich Donald Trump wie sein Vorgänger Obama. Der demonstrierte seine Solidarität mit dem afroamerikanischen Proletariat durch symbolische Gesten und schöne Worte, aber gegen die Wirtschaftsordnung, die für das Elend dieser Leute verantwortlich ist, hat er dann rein gar nichts unternommen.

Millionen US-Bürger, die Trump loswerden wollen, sind offenbar bereit, ihr Ziel mit allen Mitteln – und allen möglichen Bündnispartnern – zu erreichen. Wenn Donald Trump jemanden verteidigt, werden sie zu Anklägern; wenn er etwas bekämpft, werden sie zu Befürwortern. Das zeigte sich zum ersten Mal bereits zwei Wochen nach Trumps Einzug ins Weiße Haus.

Am 5. Februar 2017 interviewte der ultrakonservative Moderator Bill O'Reilly auf Fox News den frisch gewählten Präsidenten, dem er vorwarf, Wladimir Putin nicht scharf genug kritisiert zu haben. Schließlich sei Putin

„ein Killer“. Trump antwortete ungehört: „Es gibt viele Killer, wir haben selbst eine Menge. Was glauben Sie? Dass unser Land so unschuldig ist?“

Die demokratische Senatorin Amy Klobuchar, die sich derzeit um die Präsidentschaftskandidatur ihrer Partei bewirbt, reagierte empört: Wie könne der US-Präsident es wagen, das böse Russland mit seinem tugendhaften Heimatland zu vergleichen! Und die *New York Times*, die neben den TV-Sendern CNN und MSNBC als militanter Arm der zentristischen Fraktion der Demokraten fungiert, tat in einem von Patriotismus triefenden Leitartikel ihr Entsetzen kund: „Die moralische und politische Überlegenheit der USA gegenüber Russland hervorzuheben war für amerikanische Präsidenten bislang kein schwieriges Unterfangen. Mr Trump jedoch hat offenbar, anstatt die amerikanische Sonderstellung hervorzuheben, die Brutalität von Wladimir Putin gewürdigt ... und den Eindruck aufkommen lassen, dass Amerika sich genauso verhält.“⁵

Ähnlich empört reagierte Nancy Pelosi, die damalige Fraktionschefin der Demokraten im Repräsentantenhauses. Sie forderte das Federal Bureau of Investigation (FBI) auf, umgehend Nachforschungen zu den Finanzverhältnissen des neuen Präsidenten aufzunehmen, um sicherzustellen, dass er nicht von der russischen Regierung erpresst werde. Diese durchaus hochintelligente Frau, die inzwischen als Sprecherin des Repräsentantenhauses fungiert, behauptet auch heute noch unermüdlich: „Mit Trump führen alle Wege zu Putin.“

„Russiagate“ ist heute kein großes Thema mehr, nachdem der Sonderer-

mittler Robert Mueller im März 2019 seinen Bericht vorgelegt hat. Doch in den ersten beiden Jahren von Trumps Präsidentschaft war die – am Ende ergebnislose – Jagd auf den russischen Geheimagenten im Oval Office für die Demokraten wie für die Medien nachgerade eine Obsession.⁶

Damit wurde ein paranoides Klima verstärkt, das indirekt zur Folge hatte, dass der US-Verteidigungshaushalt ständig weiter aufgestockt wurde: 2020 liegt er bei 738 Milliarden Dollar. Dies geschah mit Unterstützung einer erdrückenden Mehrheit von Abgeordneten beider Parteien, wobei eine der wenigen Gegenstimmen der demokratische Senator Bernie Sanders war.

Mittlerweile ist die Vorstellung, dass „die amerikanische Demokratie von Wladimir Putin angegriffen“ werde – eine Untat, die häufig mit dem Angriff des japanischen Kaiserreichs auf Pearl Harbor 1941 gleichgesetzt wurde –, zum Katechismus der meisten Trump-Gegner geworden. Dabei stellen sich in den USA heute ganz andere Probleme, die für die Demokratie weit folgenreicher sind als irgendwelche Facebook-Accounts, deren Wirkung zu vernachlässigen ist. Schließlich hat der amtierende Präsident die Wahlen von 2016 gewonnen, obwohl für ihn 3 Millionen Stimmen weniger abgegeben wurden als für seine Rivalin. Und bei den bevorstehenden Wahlen im November will mit Michael Bloomberg ein weiterer Milliardär aus New York antreten, der noch reicher ist als Donald Trump.

Der gemäßigte Flügel der Demokratischen Partei setzt – unterstützt von einigen Medien – bei seinem Kreuzzug gegen Russland auf die Segmente der Gesellschaft, die extrem militaristisch eingestellt und auf Sicherheit fixiert sind.

Der Journalist Glenn Greenwald, dem wir – wie Edward Snowden, Chelsea Manning und Julian Assange – grundlegende Einsichten in die krakenartige Struktur der US-Geheimdienste verdanken, hält fest: „Es ist praktisch unmöglich, MSNBC oder CNN einzuschalten, ohne von ehemaligen Generälen oder Agenten der CIA oder des FBI belästigt zu werden, die bei diesen Sendern als Kommentatoren oder sogar als Reporter unter Vertrag stehen.“⁷

Die gemäßigten Demokraten haben keinerlei Skrupel, Geheimdienste hochzuloben, die politische Gegner umgebracht und bei manchem Putsch im Ausland die Fäden gezogen haben. Für die Demokraten sind diese Agenturen vielmehr Inseln des „Widerstands“ gegen einen autokratischen Präsidenten.

Übrigens soll es ein Analyst der CIA gewesen sein, der im August 2019 Trumps Telefongespräch mit dem ukrainischen Präsidenten an die Presse durchsickern ließ. Angesichts des damit ausgelösten Amtsenthebungsverfahrens sah der Präsident hinreichend Anlass, gegen den „deep state“ zu wettern, der politische Destabilisierung betreibe.

Die Frage ist, ob man sich darüber freuen kann, dass es Trump getroffen hat. Oder ob man darüber nicht vielmehr beunruhigt sein sollte, weil es einem künftigen anderen Präsidenten genauso ergehen könnte?⁸

Das Führungspersonal der Demokraten begnügt sich nicht damit, seiner Gefolgschaft die Zuneigung zu den Geheimdiensten einzupfropfen. Darüber hinaus stimmt es ständig neue Lobgesänge auf ehemalige republikanische Präsidenten an, um damit den Unterschied zwischen diesen ehrenwerten Republikanern und dem seltsamen Nachfolger herauszustreichen.

Obamas Vizepräsident Joe Biden zum Beispiel hat den Eheleuten Bush eine Medaille verliehen, um ihr Engagement für die Veteranen zu würdigen – soweit diese lebendig aus den Kriegen im Irak und in Afghanistan heimgekehrt sind. Michelle Obama hat die Öffentlichkeit wissen lassen, dass sie ein großer Fan von George W. Bush sei, den sie einen „wundervollen Mann“ nannte (so am 11. Oktober 2018 in der NBC-Sendung „Today“).

Inzwischen ist das Wort „Trump-washing“ ein stehender Begriff. Er bezeichnet die Tatsache, dass die Linke alle möglichen Vertreter der amerikanischen Rechten glorifiziert – vorausgesetzt, die haben einmal Trump kritisiert oder den Zorn von Trump auf sich gezogen. Dank der Neigung der Demokraten, die Vergangenheit in rosigen Farben zu malen, wird so selbst das Andenken an Ronald Reagan aufpoliert. Das ist schon deshalb absurd, weil die US-Außenpolitik in den letzten drei Jahren mit deutlich weniger Blut belastet ist als in den Jahrzehnten davor.

Voller Nostalgie für die Pax Americana

Dabei wäre eine Minderung des internationalen Engagement eine durchaus populäre Maßnahme in einem Land, das im Gefolge des 11. September 2001 unter der Parole „Kampf für die Demokratie“ die Entsendung oder Stationierung von 240 000 Soldaten in über 70 Ländern und Hoheitsgebieten ohne Selbstregierung gerechtfertigt hat. Und das mit einem Verteidigungshaushalt, dessen Gesamtvolumen seit 2001 die 700-Milliarden-Dollar-Grenze überschritten hat.

Im Übrigen bestätigt die Tatsache, dass Präsident Trump nicht von der reibungslos verlaufenen Tötung des iranischen Generals Qassem Soleimani pro-

fitieren konnte, dass die Menschen in den USA die „endlosen Kriege“ satthaben. Doch die demokratischen Kandidaten präsentieren sich immer wieder so, als wollten sie eine politische, wirtschaftliche und strategische Welt wiederherstellen, die seit drei Jahren in tiefe Unordnung geraten ist.

Dabei tut sich insbesondere Joe Biden hervor, der gegen die protektionistische Politik wettet, für den Verbleib von US-Soldaten im Irak plädiert und die Nato glorifiziert. In einem von Biden unterzeichneten Text in der Zeitschrift *Foreign Policy*, der im Tonfall an Aufrufe aus der Zeit des Kalten Kriegs erinnert, forderte dieser schon Anfang 2018 eine Politik der scharfen Konfrontation mit dem Kreml, um „Russlands Angriff auf die Demokratie abzuwehren“.⁹

Und es gibt noch weitergehende Forderungen. Ein Kommentator der *New York Times*, der der israelischen Rechten nahesteht und in der Vergangenheit sämtlichen Militärinterventionen der USA applaudiert hat, schlug allen Ernstes vor, die Demokraten sollten die außenpolitischen Defizite der Trump-Administration wettmachen und sich auf den früheren „Glauben an die Notwendigkeit einer Pax Americana“ zurückbesinnen. Mit einem gewissen Sinn für Paradoxien argumentiert dieser Bret Stephens, die Politik des „Rückzugs“ und der „Naivität“, die Trump insbesondere im Nahen und Mittleren Osten und in Asien verfolge, eröffne seinen politischen Gegnern die Möglichkeit, sich im Hinblick auf Syrien, Russland und Nordkorea als Propheten einer Friedensordnung unter US-amerikanischer Hegemonie zu gerieren.¹⁰

Der linke Flügel der Demokratischen Partei denkt nicht daran, diese Rolle zu spielen. Elizabeth Warren befürwortet genau wie Bernie Sanders den Rückzug der US-Truppen aus dem

Nahen Osten und aus Afghanistan. Dabei bezieht Sanders auch keineswegs eine prinzipielle Gegenposition zu Donald Trump. Dessen Treffen mit dem nordkoreanischen Präsidenten Kim Jong Un vor einem Jahr hat er sogar ausdrücklich begrüßt: „Wenn es Trump gelingt, dieses Land von seinen Atomwaffen zu befreien, wäre das eine sehr gute Sache, und ich wünsche ihm viel Glück dabei.“¹¹

Letzte Hoffnung: Warren oder Sanders

Der linke Sanders ist sich wohl bewusst, dass die erbitterte Grundsatzopposition der demokratischen Führung gegen den republikanischen Präsidenten den Freunden von Joe Biden erlauben könnte, ihren Widerstand gegen die dringend erforderlichen strukturellen Veränderungen in der amerikanischen Gesellschaft zu verschleiern. In diesem Sinne erklärte er am 15. April 2019 bei Fox News: „Wenn wir unsere Zeit nur damit verbringen, Trump anzugreifen, werden die Demokraten die Wahl verlieren.“

Für die Demokraten lautet die große Frage heute viel eher, was sie mit ihrer bisherigen Strategie gewinnen können. Die Kandidaten der Mitte rechtfertigen ihre gemäßigten Vorschläge mit dem Wunsch, die Wähler nicht zu verschrecken, die Trumps exzentrisches Gebaren satthaben, aber den Republikaner nicht unbedingt abwählen wollen. Sie halten den Status quo für durchaus akzeptabel, zumal die wirtschaftliche Entwicklung und die Börsenkurse der Trump-Administration nicht unbedingt einen Kurswechsel nahelegen.

Bernie Sanders und mit Abstrichen auch Elizabeth Warren sind anderer Ansicht. Sie gehen davon aus, dass sie – falls sie die demokratischen Vorwahlen für sich entscheiden sollten – ange-

sichts der Verachtung, die dem amtierenden Präsidenten entgegenschlägt, bei bestimmten Gruppen der Bevölkerung auch radikale Vorschläge durchsetzen könnten, die diese Gruppen unter normalen Umständen ablehnen würden. Zugleich hoffen sie, dass andere Wählerschichten, die sich desillusioniert von der Politik abgewandt haben, wieder den Weg zurück an die Urnen finden. Vorausgesetzt, man bietet ihnen die Aussicht auf echte Veränderungen – wie eine staatliche Gesundheitsversorgung, eine Verdoppelung des Mindestlohns, eine ökologische Wende – statt ihnen nur zu versprechen, die Verhältnisse von vor drei Jahren wiederherzustellen.

Die Wahl zwischen diesen beiden demokratischen Optionen ist mindestens genauso wichtig wie die Präsidentschaftswahl am 3. November.

¹ In der TV-Debatte der demokratischen Präsidentschaftsbewerber am 19. Dezember 2019 in Los Angeles.
² Serge Halimi, „Le petit peuple de George W. Bush“, *LMd* (französische Ausgabe), Oktober 2004.
³ Sabrina Tavernise und Robert Gebeloff, „They voted for Obama, then went for Trump. Can Democrats win them back?“, *The New York Times*, 4. Mai 2018.
⁴ John Koblin und Michael M. Grynbaum, „Roseanne“ reboot sprang from ABC’s heartland strategy after Trump’s victory“, *The New York Times*, 29. März 2018.
⁵ „Blaming America first“, *The New York Times*, 7. Februar 2017.
⁶ Aaron Maté, „Der Mueller-Report: ein Debakel für die Demokraten“, *LMd*, Mai 2019; sowie Serge Halimi und Pierre Rimbert, „Tchernobyl médiatique“, *LMd* (französische Ausgabe), Mai 2019.
⁷ Glenn Greenwald, „The Inspector General’s report on 2016 FBI spying reveals a scandal of historic magnitude: not only for the FBI but also the US media“, *The Intercept*, 12. Dezember 2019.
⁸ Michael Glennon, „Falsche Freunde gegen Trump“, *LMd*, Juli 2018.
⁹ Joseph R. Biden jr. und Michael Carpenter, „How to stand up to the Kremlin. Defending democracy against its enemies“, *Foreign Affairs*, New York, Januar/Februar 2018.
¹⁰ Bret Stephens, „Will Democrats become born-again neocons?“, *The New York Times*, 24. Oktober 2019.
¹¹ CNN, 25. Februar 2019.

Aus dem Französischen von Ursel Schäfer



Vibeke Slyngstad, Citadell X, 2019, Öl auf Leinwand, 75 x 105 cm

Der Preis der Rose

► Fortsetzung von Seite 1

ist, wie etwa in den Anden Kolumbiens oder Ecuadors (2018 lag hier der Lohn für einen Arbeitstag bei rund 15 US-Dollar). Die europäischen Rosenproduzenten zogen in den 1990er Jahren nach und investierten ihrerseits in für sie näher gelegene Standorte in den Bergen Kenias (3 bis 4 Dollar am Tag) oder Äthiopiens (etwa 1 Dollar am Tag). Dank der Nähe zum Äquator und der Höhenlage bekommen die Rosen in solchen Ländern die maximale Sonneneinstrahlung und können in einem Klima wachsen, das ohne Frost und ohne Hitzewellen das ganze Jahr über gleich bleibt. Um die größtmögliche Sonneneinstrahlung zu gewährleisten und die klimatischen Bedingungen zu kontrollieren, werden die Kulturen in Treibhäusern angelegt, wo eine Temperatur von 35 Grad Celsius herrscht. Anfangs nutzten die Betriebe den natürlichen Boden, aber da die Monokulturen häufig von Krankheitskeimen befallen wurden, die sich über die Wurzeln verbreiten, wachsen die Rosenstöcke seit den 2000er Jahren nicht mehr im Boden, sondern auf pflanzlichem oder synthetischem Substrat.

Rosen sind aber auch sehr durstig: Je nach Anbausystem werden sieben bis dreizehn Liter Wasser pro Knospe verbraucht. Die Millionen von Pflanzen belasten also die lokalen Wasserreserven; hinzu kommt, dass die Blumenindustrie die natürlichen Gewässer nutzt oder das Grundwasser anzapft, ohne dafür zu bezahlen. In der Savanne um Bogotá im Zentrum Kolumbiens wie in der Region um die kenianischen und äthiopischen Seen¹ spricht man schon von einer doppelten Wasserkrise: Die ansässige Bevölkerung leidet nicht nur unter Wassermangel, die Quellen werden zusätzlich auch noch verunreinigt, was unkalkulierbare Folgen für die Gesundheit der Menschen und die Ökosysteme hat. Auf Druck der Bewohner und internationaler NGOs haben sich einige Unternehmen inzwischen dazu verpflichtet, Wasser einzusparen, etwa durch Wiederaufbereitung und die Nutzung von Regenwasser. Die Pflanzen werden inzwischen meist über ein Tropfsystem gegossen und genährt, so dass das Wasser mit dem Dünger und den Pflanzenschutzmitteln in das Substrat tropft und nicht in den Boden abfließt. In diesen Breitengraden blühen die Rosen zwar das ganze Jahr, doch Termine wie der Valentinstag sind eine logistische Herausforderung und müssen minutiös geplant werden. Damit die Rosen auf den Tag genau am 14. Februar aufgehen, manipulieren die Rosenzüchter die Pflanzen. So müssen sie etwa in einem bestimmten Zeitraum zurückgeschnitten werden, der anhand der Höhenlage und Sonneneinstrahlung genau berechnet wird. In Kolumbien liegt er im Schnitt 95 Tage vor dem Versand der Blumenkartons. Der Schnitt muss präzise ausgeführt werden, deshalb werden für diese Arbeit meist Frauen eingesetzt, die erfahrungsgemäß sorgfältiger und disziplinierter arbeiten als Männer. In den letzten Jahrzehnten ist die geforderte Tagesleistung der Beschäftigten kontinuierlich gestiegen. Wegen des Tempos leiden heute viele kolumbianische Arbeiterinnen an Sehnenentzündung. „Aber wir beschweren uns lieber nicht“, sagt eine Arbeiterin. „Sonst denken die gleich, wir sind von der Gewerkschaft.“ Inés Maroquín vom kolumbianischen Blumenarbeiterverband

kann das nur bestätigen. Die Geschäftsführer würden immerzu jammern, dass „der Betrieb schlecht läuft und die Gewerkschaften das Geschäft ruinieren“. Eine Rose braucht außerdem viel Pflege. Die Schnittblumen dürfen keinen einzigen Fleck auf den Blüten und Blättern haben. Schließlich gilt die Rose als die „Königin der Blumen“ – die Blumenkonzerne tragen Namen wie Queens Flowers, Splendor Flowers oder Elite Flowers. Und damit alles nach Plan läuft, werden die Pflanzen ordentlich mit Pestiziden, Fungiziden und Bakteriziden besprüht. Die Unternehmen geben dazu kaum Zahlen heraus. Doch Khaoula Toumi, Agrarwissenschaftler an der Universität Lüttich, hat seine eigenen Nachforschungen angestellt und herausgefunden, dass die Blumen „100- bis 1000-mal mehr als die im Ernährungssektor zulässige Menge an Pflanzenschutzmitteln“ enthalten.² In den Dörfern in der Savanne von Bogotá beginnt man sich schon zu fragen, ob es einen Zusammenhang gibt zwischen der Arbeit in der Rosenindustrie und den Fehlgeburten, kindlichen Fehlbildungen und Krebserkrankungen. Die Gewerkschaft Untraflores (Unión Nacional de Trabajadores de las Flores) moniert, dass es keine umfassende Studie über die gesundheitlichen Auswirkungen der Rosenindustrie gibt, obwohl einzelne Untersuchungen bereits auf einen Zusammenhang schließen lassen.⁴ 10 Liter Wasser pro Knospe Das sei auch kein Wunder, meint Tomás Enrique León-Sicart vom Institut für Umweltstudien der Universität Bogotá, „wenn Betriebe wie feudale Leihsgüter organisiert sind“. Viele Geschäftsführer beteuern indes, dass diese Zeiten vorbei seien und sich die Produktionsbedingungen immens verbessert hätten. Trotzdem dürfen Frauen vorsichtshalber keine Aufgaben übernehmen, bei denen sie unmittelbar mit Pflanzenschutzmitteln in Kontakt kommen würden – für diese Arbeit wird sogar eine Prämie gezahlt. „Das liegt daran, weil wir Frauen das Essen zubereiten, unsere Kinder stillen

und weil man fürchtet, dass wir durch das Gift unfruchtbar werden könnten“, erklärt Daisy, die ihre Arbeit eigentlich sehr gern macht. Ihr Mann hat schon den Job gewechselt und versucht auch seine Frau zu überzeugen, „nicht ihre Gesundheit für Geld aufs Spiel zu setzen“. Das Versprühen von Fungiziden und Insektiziden wird während der gesamten Wachstumsphase der Stiele fortgesetzt. Die Treibhäuser dürfen erst wieder betreten werden, wenn sich die Substanzen gesetzt haben. Diese Quarantäne dauert einige Tage oder auch nur einige Stunden, je nach Produkt – und je nach Betrieb. Fünfzehn Tage vor Sankt Valentin werden Arbeiter aus den armen Teilen Kolumbiens und Migranten aus Venezuela mit Bussen zur Ernte abgeholt. Die tägliche Arbeitszeit steigt nun von zehn auf durchschnittlich sechzehn Stunden; pro Stunde muss ein Arbeiter 350 Blumen schneiden. Um die Öffnung der Knospe hinauszuzögern, landen die Pflanzen unmittelbar nach dem Schnitt in gekühlten Lagerhallen, wo Frauenteamen bei 4 Grad Celsius Blätter und Stacheln von den Rosen entfernen, sortieren, kürzen und Sträuße für die Supermärkte binden. „Mangelhafte“ Rosen mit zu wenig Blüten, krummen Stielen, kleinen Flecken oder „falschen“ Farben werden entweder sofort vernichtet oder auf den einheimischen Märkten billig verkauft. Danach beginnt der Pendelverkehr der Kühlwagen zum Flughafen – die Nähe zu einem Flugplatz ist ein entscheidendes Kriterium bei der Wahl des Produktionsstandorts. Der Straßentransport steht unter Bewachung, um Diebstahl oder das Einschmuggeln von Rauschgift zu verhindern. Außerdem werden Ermittler eingesetzt, um die Konvois aufzuspüren, die keine Lizenzgebühren an die Rosenzüchter aus den USA bezahlt haben. Die Aufrechterhaltung der Kühlkette bis zu den Lagern der Kunden steigert die Transportkosten erheblich. Neunzig Prozent des CO₂-Fußabdrucks, den etwa die Blumenproduktion in Kenia hinterlässt, entsteht durch den Transport. Der CO₂-Fußabdruck der kenianischen Blumen ist trotzdem vergleichsweise niedrig. Die Produktion in den Niederlanden mit ihren beheizten

und beleuchteten Treibhäuser verursacht sechsmal so viel Kohlendioxid.⁵ Zwei Tage nach dem Schnitt kommen die Paletten mit den Rosen in Aalsmeer an, der Weltbörse für Blumen in den Niederlanden, oder in Miami, der Drehscheibe der Branche für Nordamerika. Dort werden sie meistbietend an Großhändler und Supermarktketten verkauft und mit Lastwagen in die Vertriebszentren der Großstädte befördert. Fünf Tage nach dem Schnitt stehen sie beim Blumenhändler im Geschäft. Über hundert toxische Substanzen Der Rosenhandel wird in Dollar abgewickelt: 20 bis 30 Cent kostet eine Rose, wenn sie den Produktionsbetrieb verlässt, 80 Cent zahlt der Einzelhändler und 1,50 Dollar schließlich der Kunde – am Valentinstag auch das Doppelte oder Dreifache. Die größten Anbaubetriebe gehören US-amerikanischen oder europäischen Konzernen, die von den Freihandelsabkommen profitieren, die den Erzeugern in den USA das Genick gebrochen haben. Im Gegenzug hat die US-amerikanische Agrarlobby durchsetzen können, dass die kolumbianischen Importzölle auf Soja, Weizen, Mais und Öl abgeschafft wurden.⁶ Eine fatale Entwicklung, wie Ricardo Zamudio vom kolumbianischen Umweltverband Cactus kritisiert: „Diese Handelsabkommen sorgen dafür, dass die Blumenproduktion für den Export den Anbau von Lebensmittelkulturen verdrängt. Das gefährdet unsere Ernährungssouveränität.“ Im Gegensatz zu den Vorschriften für Obst und Gemüse gibt es bei Blumen keine verpflichtende Herkunftsangabe. Die meisten Kunden wissen gar nicht, dass fast alle Rosen aus Äquatorialstaaten importiert werden.⁷ Und den Blumenhändlern ist zwar klar, dass die Produktion chemisch belastet ist, aber sie glauben nicht, dass das für sie schädlich sein könnte. Khaoula Toumi hat allerdings auch an den Händen von Floristen Rückstände von über einhundert toxischen Substanzen nachgewiesen, und allein siebzig Stoffe im Urin, darunter auch solche, die in Europa verboten sind. Mit

der Begründung, dass man Blumen nicht isst,⁸ muss sich die Gartenbaubranche bislang keine Gedanken um Gesundheitsstandards machen und bleibt von der Biowelle unberührt. Die Industrie hat zwar trotzdem eine „grüne“ Kennzeichnung eingeführt, aber das ist lediglich eine Selbstzertifizierung, die private Firmen im Auftrag der Hersteller anfertigen. „Die Arbeitskräfte bleiben bei der Beurteilung der Produktionsprozesse komplett außen vor“, klagt Ricardo Zamudio. Doch es gibt immer Alternativen: In Europa und in den USA züchten kleine Betriebe noch – beziehungsweise wieder – einheimische oder alte Sorten. Sie setzen möglichst wenig Chemikalien ein und richten sich mit ihrem Angebot nach den Jahreszeiten. Die Produktion ist weniger kapitalintensiv, erfordert aber mehr Arbeitskraft und Fachkenntnis. Im Sommer kann man solche Rosen beim Gemüsehändler kaufen. Sie sind etwas kleiner und duften stärker. Und man kann sie im Kompost entsorgen.



Vibeke Slingstad, Sønstegård IX, 2019, Öl auf Leinwand, 60 x 85 cm

¹ Siehe Jean-Baptiste Malet, „Täglich Tomate“, *LMd*, Juli 2017.
² Siehe Christelle Gérard, „Salz und Rosen – Die Schattenseiten des äthiopischen Wirtschaftswunders“, *LMd*, April 2019.
³ Khaoula Toumi, „Exposition des travailleurs aux résidus de pesticides sur les fleurs coupées et sur les produits horticoles“, Universität Lüttich, 2018.
⁴ Mauricio Restrepo et al., „Prevalence of adverse reproductive outcomes in a population occupationally exposed to pesticides in Colombia“, *Scandinavian Journal of Work, Environment and Health*, Bd. 16, Nr. 4, Helsinki, August 1990; Marcela Varona u. a., „Alteraciones citogenéticas en trabajadoras con riesgo ocupacional de exposición a plaguicidas en cultivos de flores en Bogotá“, *Biomédica*, Bd. 23, Nr. 2, Bogotá 2003.
⁵ Adrian Williams, „Comparative study of cut roses for the British market produced in Kenya and the Netherlands“, Cranfield University, 2007.
⁶ Damian Paletta, „In rose beds, money blooms“, *The Washington Post*, 10. Februar 2018.
⁷ In Frankreich stammen 99 Prozent der Schnittrosen aus dem Import. „Bilan annuel. Commerce extérieur français des produits de l’horticulture“, FranceAgri-Mer, Paris 2016.
⁸ Die reichen römischen Patrizier, heißt es, aßen Rosenhonig, gezuckerte Rosenblätter und haben sogar ein Rezept für Rosenpudding hinterlassen. Siehe Gabriele Tergit, „Der alte Garten“, S. 53, Frankfurt am Main (Schöffling & Co.) 2014 (die Erstauflage erschien 1958).
Aus dem Französischen von Birgit Bayerlein

Zulma Ramirez und Geoffroy Valadon sind Mitglieder des sozialkritischen Kollektivs La Rotative.

Drohnen für Frontex

Statt sich auf die Rettung von Bootsflüchtlingen im Mittelmeer zu konzentrieren, baut die EU die Luftüberwachung aus

von Matthias Monroy

Es ist nicht einfach, in der Europäischen Union beim Thema Migration Mehrheiten für eine Gesetzesinitiative zu bekommen – es sei denn, es geht um die Aufrüstung der EU-Außengrenzen. Während die Reform eines gemeinsamen EU-Asylsystems seit Jahren auf Eis liegt, einigten sich EU-Kommission, Parlament und Europäischer Rat kurz vor den Parlamentswahlen im vergangenen Jahr in ungewohnter Eile auf eine Reform der Grenzagentur Frontex. Seit Dezember gilt eine neue Verordnung, mit der Frontex bis 2027 eine „Ständige Reserve“ von 10 000 uniformierten Beamten aufbauen will, die nicht nur an den EU-Außengrenzen, sondern auch in Drittstaaten eingesetzt werden können.

Frontex wird auf diese Weise zu einer „europäischen Grenzschutzpolizei“ und erhält dafür Kompetenzen, die bislang allein den Mitgliedstaaten vorbehalten waren. Zum Kern der neuen Verordnung gehört die Beschaffung eigener Ausrüstung. Noch ist der Mehrjährige Finanzrahmen, in dem die EU die Verteilung ihrer finanziellen Mittel bis 2027 festlegt, nicht beschlossen. Nach derzeitigen Plänen sind in dem Sieben-Jahres-Haushalt aber mindestens 6 Milliarden Euro für Frontex vorgesehen. Einen großen Teil des Geldes, nämlich rund 2 Milliarden, will Frontex für Flugzeuge, Schiffe und Fahrzeuge ausgeben.

Zu den Aufrüstungsplänen gehört die Stationierung von großen Drohnen im zentralen und östlichen Mittelmeer. Und dafür sucht Frontex gerade einen privaten Partner, der Flüge vor Malta, Italien oder Griechenland koordiniert. Eine entsprechende europäische Ausschreibung endete im Dezember 2019, derzeit läuft der Auswahlprozess. Die unbemannten Einsätze, für die laut Frontex 50 Millionen Euro an Gesamtkosten anfallen, könnten dann bereits im Frühjahr beginnen. Der Vertrag hat eine Laufzeit von zwei Jahren und kann zweimal für ein Jahr verlängert werden.

Frontex wünscht sich Drohnen der sogenannten Male-Klasse (Medium Altitude Long Endurance). Ihre Ausdauer soll mindestens 20 Stunden betragen. Zu den Anforderungen gehört die Flugfähigkeit bei allen Wetterlagen und zur Tages- und Nachtzeit. Geplant ist außerdem der Einsatz in Lufträumen, in denen auch zivile Flugzeuge unterwegs sind.

Für die Überwachungsmissionen tragen die Drohnen elektrooptische Kameras, Wärmebildkameras und sogenannte Daylight Spotter, die bewegliche Ziele selbstständig erfassen und im Fokus behalten. Zur weiteren Ausrüstung gehören Anlagen zur Ortung von Mobil- und Satellitentelefonen. Die Drohnen sollen außerdem Signale von Notrufsendern empfangen können, die in moderne Rettungswesten eingenäht sind.

Die Frontex-Drohnen sollen allerdings nicht vorwiegend die Seenotrettung unterstützen, sondern vor allem die Abwehr von Geflüchteten aus der Luft verbessern. Diese Einschätzung bestätigt auch die deutsche NGO Sea-Watch, die seit 2015 im zentralen Mittelmeer mit wechselnden Schiffen Hilfe leistet. „Frontex geht es nicht darum, Leben zu retten“, sagt Ruben Neugebauer von Sea-Watch. „Während die Luftüberwachung mit Flugzeugen und Drohnen ausgebaut wird, wurden für Rettungen dringend benötigte Schiffe abgezogen.“ Sea-Watch fordert, dass Lagebilder von EU-Drohnen auch den privaten Organisationen für die Seenotrettung zur Verfügung gestellt werden.

Frontex hat sehr spezifische Vorstellungen für die eigenen Drohnen, deshalb kommen weltweit nur wenige Anbieter infrage. Die israelische „Heron 1“, die Frontex bereits einige Monate vor der griechischen Insel Kreta getestet hat und die auch von der deutschen Bundeswehr benutzt wird, gehört dazu. Wie in der Ausschreibung von Frontex gefordert kann die Heron 1 mit rund 250 Kilogramm Nutzlast sämtliches Überwachungsgerät befördern, das die Agentur über dem Mittelmeer einsetzen will.

Unter den Bewerbern für den Frontex-Auftrag ist vermutlich auch die US-Firma General Atomics, die seit 20 Jahren Drohnen der Serie „Predator“ baut. Kürzlich präsentierte sie in Griechenland unter dem Namen „SeaGuardian“ ein neues Predator-Modell zur Beobachtung von Meeresgebieten. Sie ist mit einem maritimen Überwachungsradar und einer Anlage zum Empfangen von Positionsdaten größerer Schiffe ausgerüstet und erfüllt damit eine der wesentlichen Anforderungen von Frontex.

General Atomics hat vielleicht einen Wettbewerbsvorteil, denn schon seit einigen Jahren verfügen ihre Predator-Drohnen über Einsatzerfahrung im Mittelmeer. Neben Frontex ist die Europäische Union auch mit der Operation „Eunavfor Med Sophia“ (European Union Naval Force – Mediterranean) im zentralen Mittelmeer aktiv. Italiens damaliger Innenminister Matteo Salvini hatte im März 2019 durchgesetzt, dass die EU-Mission nur noch aus der Luft betrieben wird.

Seitdem fliegen zwei unbewaffnete Predator-Drohnen des italienischen Militärs für „Eunavfor Med“ vor der libyschen Küste. Offiziell sollen die Drohnen aus der Luft beobachten, ob die Ausbildung der libyschen Küstenwache erfolgreich war und die Marinesoldaten ihre Kenntnisse entsprechend einsetzen. Vermutlich verfolgen die Predator aber vor allem das Missionsziel der „Schleuserbekämpfung“, indem die libyschen Küsten ausgespäht werden.

Außer Frontex investieren auch die EU-Agentur für die Sicherheit des Seeverkehrs (Emsa) und die Fischereiaufsichtsagentur (EFCA) in die Meeresüberwachung mit Drohnen. Die drei Agenturen koordinieren zusammen rund 300 zivile und militärische Behörden in den EU-Mitgliedstaaten, zu ihren Aufgaben gehören die Grenz-, Fischerei- und Zollkontrolle, die Strafverfolgung und der Umweltschutz.

2017 haben Frontex und die Emsa ein Abkommen geschlossen, um von gemeinsamen Aufklärungsfähigkeiten zu profitieren, auch die EFCA ist daran beteiligt. Damals hat die Emsa Tests mit Drohnen verschiedener Größen durchgeführt, mittlerweile gehören die Drohnenflüge zu ihren regulären Dienstleistungen. Das Angebot steht nicht nur EU-Mitgliedstaaten offen, als Erstes hat Island davon Gebrauch gemacht. Seit Sommer 2019 fliegt eine Langstreckendrohne des Typs „Hermes 900“ der israelischen Firma Elbit Systems vom isländischen Flughafen Egilsstaðir. Die Flüge sollen mehr als die Hälfte der Ausschließlichen Wirtschaftszone des Inselstaats abdecken und dort „verdächtige Aktivitäten und potenzielle Gefahren“ entdecken.

Mit Wärmebildkameras und Daylight Spottern

Auch die Hermes 900 wurde für das Militär entwickelt, die israelische Armee setzte sie zuerst 2014 im Gaza-Streifen ein. Die Zeitung *Times of Israel* gibt die Kosten des Betreibervertrags mit der Emsa mit 59 Millionen Euro an, die Laufzeit beträgt zwei Jahre und kann um weitere zwei Jahre verlängert werden. Den Vertrag hat die Agentur nicht direkt mit dem israelischen Rüstungskonzern abgeschlossen, sondern über das portugiesische Unternehmen CEiiA. Darin sind die Stationierung, die Steuerung und die Missionsführung der Drohnen geregelt.

Auf Nachfrage der deutschen EU-Abgeordneten Özlem Demirel (Die Linke) hat die EU-Kommission eine Liste von Ländern veröffentlicht, die eben-

falls Emsa-Drohnen nutzen wollen. Demnach haben Litauen, die Niederlande, Portugal und auch Griechenland für dieses Jahr unbemannte Flüge zur Beobachtung von Umweltverschmutzung angefragt; Bulgarien und Spanien wollen sie zur allgemeinen maritimen Überwachung nutzen.

Bis Frontex über eigene Drohnen verfügt, setzt auch die Grenzagentur Emsa-Drohnen ein. Auf Kreta kommt dabei wie in Island eine Langstreckendrohne vom Typ Hermes 900 zum Einsatz. Laut griechischen Medienberichten stürzte sie jedoch am 8. Januar beim Start ab und wurde erheblich beschädigt. Die Ursache, heißt es, könnte ein kaputter Antrieb sein oder menschliches Versagen.

Auch Behörden aus Frankreich und Großbritannien haben die unbemannte maritime Überwachung bei der Emsa bestellt. Zu den genauen Einsatzorten ist bislang nichts bekannt, vermutlich geht es aber um den Ärmelkanal. Dort beobachtet bereits die britische Küstenwache den Grenzverkehr mit größeren Drohnen des portugiesischen Rüstungskonzerns Tekever. Die Londoner Regierung will damit Überfahrten von Migranten verhindern.

Die Drohnen starten vom Flughafen der südenglischen Kleinstadt Lydd und überwachen die rund 50 Kilometer lange und 30 Kilometer breite Straße von Dover. Großbritannien hat außerdem mehrere Quadrocopter an Frankreich geliefert, um potenzielle Migranten möglichst noch in französischen Hoheitsgewässern aufzuspüren. Laut der Präfektur Pas-de-Calais wurden acht Gendarmen in der Steuerung der kleinen Drohnen ausgebildet.

Die von den Emsa-Drohnen aufgenommenen Bilder werden von den zuständigen nationalen Küstenwachen ausgewertet. Ein Livestream sendet sie außerdem in das Hauptquartier von Frontex nach Warschau. Dort werden sie in das Grenzüberwachungssystem Eurosur eingespeist. Dieses gehört zu Frontex und vernetzt die Anlagen aller EU-Mitgliedstaaten mit Außengrenze. Die Daten von Eurosur und den natio-

naln Grenzkontrollzentren bilden das „Informationsbild des Grenzbereichs“, mit dem Frontex Migrationsbewegungen frühzeitig erkennen und verhindern will. Dieser Bereich erstreckt sich bis weit in den afrikanischen Kontinent.

Auch die neuen Frontex-Drohnen sollen nach Auswahl des Anbieters für Eurosur fliegen. Der Ausschreibung zufolge sollen sie im östlichen und zentralen Mittelmeer in einem Radius von bis zu 250 Seemeilen (463 Kilometer) unterwegs sein. Damit könnten sie auch im „Grenzbereich“ vor Tunesien, Libyen und Ägypten aufklären. Im Rahmen von Eurosur teilt Frontex die aufgenommenen Daten über ein „Remote Information Portal“ mit weiteren europäischen Nutzern.

Gemäß der neuen Frontex-Verordnung darf die Grenzagentur mit benachbarten Drittstaaten zusammenarbeiten, die gesammelten Informationen können demnach auch Behörden in Nordafrika zur Verfügung gestellt werden. Um allgemeine Informationen zur Überwachung des Mittelmeers mit einem Nicht-EU-Staat zu teilen, muss Frontex aber erst eine Statusvereinbarung mit dem entsprechenden Land abschließen.

Schon jetzt ist es aber möglich, Ländern wie Libyen die Koordinaten von Flüchtlingsbooten zu übermitteln. So bestimmt etwa das Seerechtsübereinkommen der Vereinten Nationen, dass die nächstgelegene Seenotleistelle über tatsächliche oder vermutliche Notfälle informiert werden muss.

Mit EU-Finanzierung errichtet Italien seit zwei Jahren eine solche Leitstelle in Tripolis. Sie wird von der militärischen Küstenwache betrieben, verfügt aber bislang über keine nennenswerte eigene Ausrüstung. Weitgehender ist die Kooperation der EU-Militärmission „Eunavfor Med Sophia“ mit der libyschen Küstenwache. Für die Kommunikation mit europäischen Marinebehörden wird Libyen als erster Drittstaat über das Netzwerk „Seepferdchen Mittelmeer“ an Systeme zur Überwachung des Mittelmeers angeschlossen.

Menschenrechtsorganisationen werfen Frontex vor, dass eine Weitergabe von Informationen an Libyen zu völkerrechtswidrigen Zurückweisungen (sogenannten Pushbacks) führt. Menschen dürfen nicht in Staaten zurückgebracht werden, in denen ihnen Folter oder andere schwere Menschenrechtsverletzungen drohen. Tatsächlich bringt Frontex die aus der Luft entdeckten Geflüchteten in Seenot nicht selbst zurück nach Libyen, sondern überlässt sie dem dortigen Militär.

Die privaten Seenotretter sprechen deshalb von sogenannten Pullbacks, die aber ebenfalls verboten sind. So argumentiert auch der israelische Menschenrechtsanwalt Omer Shatz. „Wer die Position von Menschen, die vor dem Krieg fliehen, an Milizen weitergibt, damit diese Menschen abgefangen und gewaltsam an den Ort zurückgebracht werden, von dem sie geflohen sind, begeht ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit.“ Mit seinem Kollegen Juan Branco verklagt Shatz Verantwortliche der Europäischen Union und ihrer Agenturen vor dem Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag. Demnächst wollen sie Einzelfälle und Namen der beklagten Personen veröffentlichen.



Aus der Drohnenperspektive: Rettungsschiff „Eleonore“ von der Mission Lifeline, August 2019
JOHANNES FILOUS/picture alliance/dpa

Matthias Monroy ist Wissenschaftler, Aktivist und Redakteur der Zeitschrift *Bürgerrechte & Polizei/Cilip*.
© LMD, Berlin

In der Falle von Moria

Das völlig überfüllte Lager auf der Insel Lesbos ist zum Symbol für die gescheiterte Flüchtlingspolitik der EU geworden

von Giannis Papadopoulos

Mustafa Mustafa arbeitete in einer Möbelwerkstatt in Aleppo und war ein geschätzter Schreiner. Er hatte ein Grundstück gekauft, auf dem er ein Haus bauen wollte. Dann kam der Bürgerkrieg auch in sein Viertel. Ende 2014 musste er mit seiner Familie in Richtung türkische Grenze fliehen; ein paar Monate später entschloss er sich, allein nach Europa aufzubrechen, seine Frau Mariam und seine sechs Kinder ließ er zurück. Das Geld für die Reise beschaffte er sich von zwei Geschwistern. Mustafas Schwester Amal, die in den Niederlanden lebt, erzählte mir am Telefon, dass ihr Bruder es nach Deutschland schaffen wollte, um dort Asyl zu beantragen. Anschließend wollte er sich bei den deutschen Behörden um eine Familienzusammenführung bemühen.

Mitte 2015 kam Mustafa in Griechenland an, ob über den Grenzfluss Evros oder eine der Ägäisinseln, ist unbekannt. Danach reiste er über die damals noch offene Balkanroute nach Deutschland. Dort wurde ihm Anfang 2016 ein „Aufenthaltsrecht aus humanitären Gründen“ bewilligt. Die entsprechende Bescheinigung wurde am 2. Februar 2016 in Wismar ausgestellt. Sie gewährte Mustafa „bestandskräftig“ die „Flüchtlingseigenschaft im Sinne des § 3, Abs. 1 AsylVfG“.

Zwar wollten die Behörden in Mecklenburg-Vorpommern auf meine Anfrage nicht bestätigen, ob die bei Mustafa gefundenen Dokumente echt sind. Aber alles spricht dafür, denn seiner in den Niederlanden lebenden Schwester Amal schickte er ein Foto, das ihn lachend vor dem Tausieher-Denkmal auf dem Platz vor der Wismarer Marienkirche zeigt.¹

In Wismar hatte Mustafa große Probleme. Er könne sich nicht mit seiner deutschen Umgebung verständigen, und es gäbe kaum Arabisch sprechende Menschen, klagte er gegenüber seinen beiden Brüdern, die in Holland und in Schweden leben. Auch machte er sich Sorgen um seine Kinder. Ende 2016 beschloss er nach Griechenland zurückzukehren, erzählte mir sein Bruder Hussein. Es war ihm klar geworden, dass sich das Verfahren der Familienzusammenführung selbst nach positivem Asylbescheid lange hinziehen würde. Zudem plante einer seiner Söhne, ebenfalls von der türkischen Küste auf griechischen Boden zu gelangen. Mustafa wollte ihn abholen, um ihm die Erfahrungen zu ersparen, die viele unbegleitete Minderjährige auf ihrem Weg nach Europa machen.

Auf welchem Weg Mustafa im Spätherbst 2016 nach Griechenland reiste, wissen wir nicht. Eine Nachfrage bei den griechischen Behörden blieb unbeantwortet. Unbekannt ist auch, wann und wo er in eine Polizeikontrolle geriet. Seine Schwester Amal berichtet, dass die griechischen Behörden offensichtlich die Echtheit seiner deutschen Dokumente anzweifeln und ihn für einen neu angekommenen Flüchtling hielten.

Mustafa sei deprimiert gewesen, sagt seine Schwester. Auf ihrem Handy hat sie einen Anruf aufgezeichnet, in dem ihr Bruder sagt: „Jedes Mal wenn ich hingehe und sie frage, was mit mir geschieht, sagen sie, ich soll in zwei Tagen wiederkommen. Niemand hilft einem. Nicht einmal die Vereinten Nationen.“ In seiner Verzweiflung stellte Mustafa schließlich den Antrag, zu seiner Familie zurückzukehren. Deshalb schickten ihn die griechischen Behörden nach Moria, von wo abgewiesene

Asylbewerber in die Türkei „rücküberstellt“ werden.

Mustafa traf mitten in einem sehr kalten Winter in Moria ein. Das heute so berühmte Hotspot-Lager war schon damals völlig überfüllt. Viele Neuankömmlinge waren in einem improvisierten Zeltlager untergebracht, das rund um das Hauptlager entstanden war. Hier endete Mustafas Reise: Am Morgen des 28. Januar 2017 fand man ihn tot in seinem Zelt.

Das Lager Moria auf der ostägäischen Insel Lesbos wurde im September 2013 eröffnet. Es liegt fünf Kilometer außerhalb der Hauptstadt Mytilene auf dem Gelände eines ehemaligen Militärlagers. Anfangs war es eine geschlossene Anlage, die als Abschiebeknast diente: eine Ansammlung von Containern, umgeben von einem hohen, mit Stacheldraht bewehrten Gitterzaun. Moria ist als Dauerlager für so viele Menschen völlig ungeeignet.

illegale Unterkunft gefunden, etwa in besetzten Häusern. Ungefähr 2000 leben in sogenannten Aufnahme- und Identifikationszentren wie Moria. Knapp 200 werden auf Polizeiwachen festgehalten, was die griechischen Behörden als „Schutzbewachung“ bezeichnen. Dort bleiben sie oft wochenlang, bis sich für sie ein Bett in einem Heim für Minderjährige findet. In ganz Griechenland gibt es für unbegleitete Flüchtlinge und Migranten 52 solcher Heime mit 1352 Plätzen.

Ende November 2019 erklärte die Regierung Mitsotakis das Thema Unbegleitete zu einem Schwerpunkt ihrer neuen Migrations- und Flüchtlingspolitik. Der Regierungschef bezeichnete ihr Schicksal als eine „Wunde“, die sein Land unverzüglich und auf eigene Initiative schließen müsse.

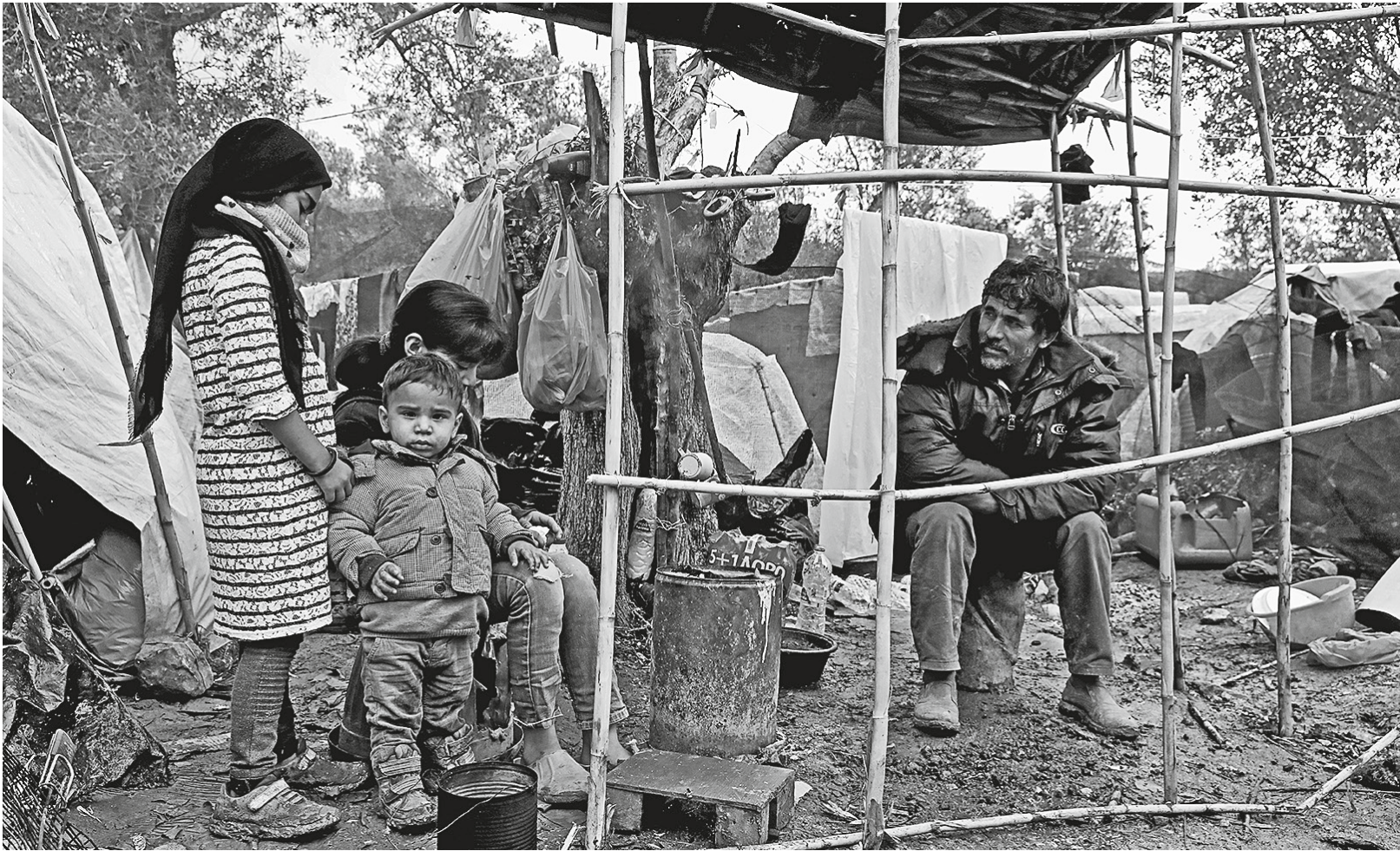
Moria ist auch hier das krassste Beispiel: Im jüngsten Report der NGO Hias³ beschreibt die Sozialarbeiterin

geführt“ werden sollten. Das bedeutete für die auf Lesbos angekommenen Menschen, die in Moria einen Asylantrag stellten, dass sie auf unabsehbare Zeit festsäßen. Sie wussten nicht, ob man sie aufs griechische Festland bringen würde, um dort ein neues Leben aufzubauen oder die Reise nach Westeuropa fortsetzen zu können; oder ob man sie in die Türkei zurückschicken würde. In dieser Ungewissheit leben die meisten Insassen von Moria nun schon mehrere Jahre.

Was das für die Psyche der Flüchtlinge bedeutet, kann die italienische Psychologin Pina Deiana erzählen, die für die NGO Ärzte ohne Grenzen in Moria vor allem Frauen betreute. „Wir fühlen uns, als würden wir in einem tiefen Brunnen leben“, erzählte eine der Frauen, „ohne zu wissen, ob wir jemals herauskommen.“ Eine andere Frau sagte, sie wolle am liebsten in ein Koma fallen und erst wieder aufwachen, wenn sie in

man rasch angemessene Aufnahmezentren für 4000 unbegleitete Minderjährige errichten und mit pädagogischem, ärztlichem und psychologischem Personal ausstatten werde. Bereits Ende September waren 54 unbegleitete Minderjährige aus Thessaloniki in zwei neue Aufnahmezentren gebracht worden, die das griechische Rote Kreuz im Zentrum von Athen eröffnet hatte. Zu diesem Zeitpunkt war allerdings noch nicht einmal die Bewerbungsfrist für das betreuende Personal abgelaufen.

So stellte zunächst das Rote Kreuz das Personal für eine provisorische Betreuung – mit verhängnisvollen Folgen: Am Abend des 20. September musste die Polizei einschreiten. Nach einem Streit um ein angeblich gestohlenen Handy hatten vier Jugendliche Verletzungen erlitten, wahrscheinlich durch Messerstiche. Und schon nach wenigen Tagen waren fünf der untergebrachten Minderjährigen spurlos verschwunden.



Im improvisierten Camp neben dem Hotspot-Lager Moria, 13. Dezember 2019 GIORGOS MOUTAFIS/reuters

Ende Januar 2020 hausten in dem Lager, das für 2840 Flüchtlinge angelegt war, 19.411 Menschen. Die Überfüllung ist Nährboden für gewaltsame Auseinandersetzungen zwischen den Flüchtlingsgruppen. Die chronischen Probleme des Lagers, zuallererst die katastrophalen hygienischen Zustände, wurden nie angegangen, weder von der früheren noch von der heutigen Athener Regierung.

Das gilt auch für die übrigen Hotspots auf den Inseln, die ähnlich überfüllt sind (siehe Artikel auf Seite 11). Besonders unerträglich sind diese Zustände für Kinder und Jugendliche. Und die wurden im Lauf der Jahre immer mehr. In ganz Griechenland registrierten die Behörden Ende 2019 über 5300 unbegleitete Minderjährige. Die meisten von ihnen sind männliche Jugendliche, nur 8,7 Prozent sind unter 14 Jahre alt, und nur 7,4 Prozent sind Mädchen. 43 Prozent dieser Gruppe kommen aus Afghanistan, 22 Prozent aus Pakistan und 12 Prozent aus Syrien.² Von diesen unbegleiteten minderjährigen Flüchtlingen schlafen viele auf der Straße. 1054 von ihnen haben eine provisorische, meist

Chrysa Papadakis die Bedingungen, denen die Jugendlichen ausgesetzt sind, bevor man sie in andere Einrichtungen weiterschickt. In Moria sind sie zusammen mit Erwachsenen in der sogenannten Rubb Hall untergebracht. Das ist ein riesiges in Schlafkojen unterteiltes Plastikzelt. Duschen gibt es nicht, die nächsten chemischen Toiletten liegen außerhalb.

Auch die sogenannte sichere Zone von Moria ist alles andere als sicher. Der zitierte Bericht schildert verstörende Vorfälle, bis hin zu Vergewaltigungen oder handgreiflichen Auseinandersetzungen mit Minderjährigen, die außerhalb des Lagers campieren. Eine stellenweise durchlöchernte Umzäunung trennt die „sichere Zone“ nur unzureichend vom umliegenden Olivenhain, in dem das improvisierte Zeltlager entstanden ist.

Das Frühjahr 2016 brachte zwei entscheidende Entwicklungen: die Sperre der Balkanroute und die Vereinbarung zwischen der Türkei und der EU. Letztere sah unter anderem vor, dass Flüchtlinge, deren Asylbegehren abgewiesen wurde, in die Türkei „zurück-

Deutschland angekommen ist, wo ihr Mann auf sie warte.

In den letzten Jahren kamen aus Moria immer wieder Berichte über Selbstmordversuche. Dass auch Minderjährige versucht haben, sich das Leben zu nehmen, kam erstmals 2018 ans Licht. „Bei uns wurde ein unbegleiteter Junge eingeliefert, der versucht hatte, sich die Pulsadern aufzuschneiden“, erzählte mir damals Luca Fontana von Ärzten ohne Grenzen. 2019 hat die Organisation, die nahe dem Lager Moria eine Kinderklinik unterhält, vier Selbstmordversuche von Minderjährigen erlebt und 20 Jugendliche behandelt, die sich Verletzungen beigebracht hatten.

Die Lebensbedingungen in Moria sind seit Langem menschenunwürdig und lebensgefährlich. Im Sommer 2018 monierten Inspektoren des Gesundheitsamts von Lesbos defekte Abwasserleitungen, die die Toiletten des Lagers zu einer akuten Gefahrenquelle machen, und „ständig überfüllte Müllcontainer, die Unmengen gesundheitsgefährdender Insekten anziehen“.⁴

Im November 2019 kündigte Regierungschef Mitsotakis endlich an, dass

Das Untertauchen unbegleiteter Jugendlicher ist für die griechischen Behörden seit Jahren ein Dauerproblem. Die Unterkünfte für die Minderjährigen sind keine geschlossenen Anstalten. Für einen Jugendlichen ist es also ziemlich leicht, abzuhauen und sich weiter auf den Weg nach Mitteleuropa zu machen. Das geschieht häufig unter dem Druck von Schleusern oder auch der eigenen Familie.

Schon 2015 verzeichnete die Vermisstenabteilung der Polizei in Attika über 1000 Fälle untergetauchter Jugendlicher, von denen nur 192 wieder aufgefunden wurden. Über die aktuelle Zahl der Unbegleiteten, die aus den Unterkünften verschwinden, war von der Polizei keine Auskunft zu bekommen. Aber das Problem besteht weiter.

Am 11. Oktober 2019 wurde der Jugendliche N. A., der aus seiner Athener Unterkunft verschwunden war, von der Polizei in Piräus aufgegriffen und im Polizeirevier des Stadtteils Drapetsona abgeliefert, wo er über zwei Wochen lang in einer Arrestzelle verbrachte. Am 28. Oktober konnte sein Anwalt seine Freilassung durchsetzen, nachdem er

per Eilverfahren den Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte angerufen hatte.

Der Anwalt berichtete, sein Mandant sei in Drapetsona in einer von Kakerlaken wimmelnden Zelle ohne richtiges Bett oder gar Bettwäsche festgehalten worden. N. A. wurde schließlich am 31. Oktober von Athen nach London ausgeflogen, von wo er sein Verfahren auf Familienzusammenführung mit seiner in London lebenden Schwester betreiben kann.

Mustafa Mustafa hatte die Hoffnung auf eine Zukunft seiner Familie in Deutschland aufgegeben, als er im Januar 2017 in Moria ankam. Für den 46-Jährigen war die letzte Station seiner Odyssee ein schneebedecktes Campingzelt, das ihm keinen Schutz vor der grimmigen Kälte bot. In einer WhatsApp-Sprachnachricht, die er an seine Schwester Amal sandte, hört man seine Verzweiflung: „Die Zustände hier sind erniedrigend. Auf der Insel operieren Banden und Mafiosi, selbst innerhalb des Lagers. Die Polizei kann nichts machen. Die können dich mit einem Messer abstechen, ohne dass die Polizei etwas tut.“⁵

Wenige Tage später fand man Mustafa tot in seinem Zelt, sein Körper zusammengerollt auf der Seite liegend, die Hände zu Fäusten gekrümmt. Das gerichtsmedizinische Protokoll registriert seine Bekleidung: zwei T-Shirts, eine Weste und eine Strickjacke mit Reißverschluss; und zwei Trainingshosen über einer olivgrünen Hose. Um sich warmzuhalten, hatte er alles angezogen, was er hatte. Das forensische Gutachten über die Todesursache stellt fest, dass Mustafa an einer Kohlenmonoxidvergiftung gestorben war. Erstickt im Schlaf. Viele Flüchtlinge heizten damals ihre Zelte mit Holz und Holzkohle, die sie in selbst gebastelten Kohlebecken verbrannten. Eine andere Möglichkeit hatten sie nicht: Das Einzige, was man ihnen gegen die Kälte gab, waren ein Anorak und eine Decke.

Vier Tage vor Mustafas Tod war in demselben Zelt ein Flüchtling aus Ägypten gestorben, ebenfalls im Schlaf erstickt. Offenbar hatte sie niemand auf die Gefahr einer Kohlenmonoxidvergiftung hingewiesen. Die Familien beider Verstorbenen haben den griechischen Staat inzwischen auf Entschädigung verklagt.

Der Leichnam von Mustafa Mustafa traf am 14. März 2017 in Syrien ein. Sein Begräbnis wurde von Verwandten organisiert.

¹ Das Foto wie auch Faksimiles der Aufenthaltberechtigung vom 2. Februar 2016 wurden in der griechischen Zeitung Kathimerini vom 27. November 2017 veröffentlicht.

² Die Zahlen stammen vom Nationalen Zentrum für soziale Solidarität im griechischen Arbeitsministerium.

³ Die Hebrew Immigrant Aid Society (Hias) wurde 1881 in den USA gegründet, um jüdischen Flüchtlingen aus Russland und Osteuropa zu helfen. Heute kümmert sich die Hias um nichtjüdische Menschen in aller Welt, die vor Kriegen, Epidemien oder Naturkatastrophen geflohen sind.

⁴ Die Berichte der Inspekture datieren vom 7. und 10. Juli 2018.

⁵ Die 46 Sekunden lange Botschaft hat mir Mustafas Schwester übermittelt.

Aus dem Griechischen von Niels Kadritzke

Giannis Papadopoulos ist Journalist bei der Athener Tageszeitung Kathimerini.
© LMD, Berlin



Protest der Inselbewohner, Mytilene, 21. Januar 2020 ELIAS MARCOU/reuters

Mitsotakis setzt auf Abschottung

Anfang 2019 stand die Flüchtlingsfrage auf der Rangliste der politischen Probleme Griechenlands noch an fünfter Stelle. Ein Jahr später zeigen die Umfragen, dass sie als zweitgrößtes Problem wahrgenommen wird, gleich nach der Arbeitslosigkeit.

Die Stimmung im Land ist gekippt. Heute finden 56 Prozent der griechischen Bevölkerung, die Präsenz von zehntausenden Flüchtlingen gefährde die wirtschaftliche Entwicklung; 58 Prozent fühlen gar ihre „nationale Identität“ bedroht; und 53 Prozent machen die „Fremdlinge“ für die erhöhte Kriminalitätsrate verantwortlich.¹

Zwei Entwicklungen haben diesen Stimmungsumschwung bewirkt: Erstens ist die Zahl der Flüchtlinge drastisch angestiegen. 2019 registrierte man knapp 75 000 Neuankömmlinge, 47 Prozent mehr als 2018; davon kamen fast 60 000 übers Meer. Vier von fünf Flüchtlingen setzten von der türkischen Küste auf die Inseln Lesbos, Chios und Samos über. Allein auf Lesbos waren es im vergangenen Jahr 27 108.² Damit ist schon der zweite Faktor benannt: Die Situation in den Lagern auf den Inseln ist außer Kontrolle geraten. Das krassste Beispiel ist der sogenannte Hotspot von Moria auf Lesbos (siehe Artikel auf Seite 10), wo ständig neue Flüchtlinge ankommen, für die schlicht kein Platz ist. Bis Oktober 2019 durften keine Lagerinsassen mehr aufs griechische Festland weiterreisen.

Die fünf Hotspot-Zentren auf Lesbos, Chios, Samos, Leros und Kos sind für eine Kapazität von 5400 Menschen ausgelegt, heute hausen im Umkreis dieser Lager knapp 35 000 Flüchtlinge unter menschenunwürdigen Bedingungen. Auf Lesbos machen sie 24 Prozent der Einwohner aus, auf Leros 27,5, auf Samos 22, auf Chios und Kos jeweils 12 Prozent. Der Ruf nach „Entlastung“ der Inseln wird ständig lauter.

Bei einem „Generalstreik“, der am 21. Januar auf Lesbos, Chios und Samos ausgerufen wurde, dominierten Parolen, die aus dem Arsenal der griechischen Neonazis stammen könnten. Auf Samos versprach der Abgeordnete, der die Insel im Athener Parlament vertritt, die „Befreiung von der Tyrannei der Migranten und Flüchtlinge“ binnen eines Jahres.

Bei der Kundgebung auf Lesbos orakelte der Präfekt der Region Nordägäis, Kostas Moutzouris, über einen „Plan zur Veränderung der Bevölkerung“, den finstere Mächte ausgeheckt hätten. „Wenn das Vaterland in Gefahr ist“, rief der Präfekt in die Menge, „dann interessiert uns nicht, was die

Verträge sagen“ – und meinte damit das humanitäre Völkerrecht und die Grundrechtecharta der EU.³

Beide Lokalpolitiker gehören zum rechten Flügel der Regierungspartei Nea Dimokratia (ND). Damit hat Ministerpräsident Kyriakos Mitsotakis ein großes Problem. Die ND-Politiker auf den Inseln rebellieren gegen die Athener Regierung. Sie fordern die sofortige Schließung aller Hotspots in der Ostägäis. Das aber ist in den Plänen der Regierung nicht vorgesehen.

Nach der neuen Flüchtlings- und Asylpolitik, die Mitsotakis im vergangenen Oktober verkündet hat, sollen die fünf überfüllten Insellager durch geschlossene Anlagen ersetzt werden, in denen jeweils rund 5000 abgewiesene Asylbewerber bis zu ihrer Abschiebung quasi inhaftiert sein würden. Dagegen sollen Flüchtlinge, deren Asylanträge noch laufen, auf das Festland gebracht werden, wo acht bis zehn neue, aus EU-Geldern finanzierte Auffanglager entstehen sollen.

Für die Regierung birgt das die Gefahr, dass sich der Volkszorn auch an den neuen Standorten artikuliert. Mitsotakis sitzt also in einer Zwickmühle, vollmundige Versprechungen bringen ihn nicht weiter. Seine „neue“ Flüchtlingspolitik sieht Ziele vor, deren Realisierung von Voraussetzungen abhängen, auf die Athen keinen Einfluss hat. So sollen die Asylverfahren beschleunigt werden, was erheblich mehr Personal erfordert. Das hat die zuständige EU-Behörde Easo (Europäisches Unterstützungsbüro für Asylfragen) zugesagt, aber ob die zusätzlichen 500 Hilfskräfte bis Ende des Jahres tatsächlich eintreffen, bleibt abzuwarten.

Zudem hofft Athen auf die Weiterleitung von Flüchtlingen mit Aussicht auf Asyl in andere EU-Länder sowie die „Rücküberstellung“ von mindestens 10 000 nicht asylberechtigten Flüchtlingen bis Ende 2020. Aber die Aufnahme asylberechtigter Flüchtlinge in anderen EU-Ländern ist ebenso ungewiss wie die Bereitschaft der Türkei, die abgewiesenen Asylbewerber „zurückzunehmen“.

Die neue Politik sieht auch eine dichtere Abschottung der Seegrenze vor den Inseln vor. Das erfordert die personelle und technische Verstärkung der Küstenwache, für die Mitsotakis bereits private „Sponsoren“ gewonnen hat: Die griechischen Reeder, die bekanntlich keine Steuern zahlen müssen, haben dem Staat zehn supermoderne Patrouillenboote „gespendet“.

Eine zweite Maßnahme zum „Schutz“ der Seegrenze wurde eher

diskret eingeleitet: Das Verteidigungsministerium hat ein Geheimprojekt über eine sogenannte *boat barrier* ausgeschrieben. Die 2,8 Kilometer lange schwimmende Barriere soll im Norden von Lesbos an dem Küstenabschnitt installiert werden, den die meisten Flüchtlingsboote aus der Türkei ansteuern.⁴ Ob diese innovative „Grenzsicherung“ mit dem Völkerrecht vereinbar ist, wird von einigen NGOs angezweifelt.

Allerdings sollen NGOs in Griechenland bald ohnehin nicht mehr viel zu sagen haben. Das ist der letzte und heikelste Punkt der neuen Athener Flüchtlingspolitik. Sie sieht eine verschärfte Aufsicht über die NGOs vor, die mit „Sanktionen bis hin zu Verboten“ belegt werden können, falls man ihnen „gesetzwidriges Verhalten“ nachweisen kann. Damit bedient die Mitsotakis-Regierung denunziatorische Vorurteile, die seit Langem von rechtsradikalen Kreisen verbreitet werden: Die NGOs würden mit türkischen „Schleusern“ zusammenarbeiten, das beweise schon die Tatsache, dass die Helfer bei der Landung von Booten meistens vor der griechischen Küstenwache zur Stelle seien.

Dass die Regierung dieses Feindbild nutzt und fördert, hat einen schlichten Grund: Die NGOs sind auch die schärfsten Kritiker der skandalösen Zustände in den Lagern, für die sie seit Jahren die Athener Politiker verantwortlich machen. Auch der ND-Regierung halten sie ein umfassendes Sündenregister vor. In einem offenen Brief vom 21. Januar erinnern 17 griechische und internationale NGOs daran, dass gleich zu Beginn von Mitsotakis’ Amtszeit den Flüchtlingen und Migranten der bis dahin garantierte Zugang zu den staatlichen Krankenhäusern verwehrt wurde.⁵ Das trage zu den Zuständen in den überfüllten Lagern bei, die „gegen fundamentale menschliche Werte und nationale wie internationale Gesetze verstoßen“.

Die 17 NGOs fordern deshalb, alle Flüchtlinge müssten ab sofort wieder

Zugang zu den öffentlichen Gesundheitseinrichtungen haben. Was die „Entlastung“ der Insellager betrifft, so befürworten sie die Verlegung der Flüchtlinge in Unterkünfte auf dem Festland, „die den Bedürfnissen der einzelnen Bevölkerungsgruppen entsprechen“. Zudem verlangen sie eine langfristig angelegte Integrationspolitik, die den Flüchtlingen unter anderem den Zugang zum Arbeitsmarkt ermöglicht. Am Schluss ihres Briefs drücken die NGOs die Hoffnung aus, die Regierung Mitsotakis werde dem „entstandenen Klima der Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit entgegenwirken“.

Diese Hoffnung wird nicht in Erfüllung gehen. Dafür bürgt schon der rechte Flügel der ND, der mit Adonis Georgiades den Vizeparteichef stellt. Der populistische Demagoge, der zugleich Investitionsminister im Kabinett Mitsotakis ist, tut alles, um die fremdenfeindliche Stimmung im Land zu verstärken. Am 11. Januar war Georgiades zu Gast beim TV-Sender Antenna, als die Meldung von einem Seenotrettungseinsatz eintraf. Vor der griechischen Westküste war nahe Paxos ein Flüchtlingsboot gekentert. Der ND-Vize reagierte spontan: „Stellt euch vor, wie gut die vorbereitet waren, dass sie die Nummer 112 kannten!“ Gefolgt von der Klage: „Wir sind Opfer eines kollektiven Versuchs, das Land zu überfremden.“

An diesem 11. Januar ertranken vor Paxos 12 Menschen. Die griechische Küstenwache konnte 21 Schiffbrüchige aus dem eiskalten Wasser bergen, 20 Männer und eine Frau. Ihre Rettung war die Nummer 112.

Niels Kadritzke

¹ Umfrage der Organisation diaNEOsis, zitiert nach Kathimerini, 21. Januar 2020.

² Zahlen von der UNHCR und örtlichen Polizeibehörden.

³ Zitiert nach der lokalen Website stonisi.gr vom 21., 25. und 26. Januar 2020.

⁴ Siehe Thomas Schmid, „Brief aus Lesbos“, LMD, Dezember 2015.

⁵ „Open Letter to Greece’s new Minister on Migration and Asylum“, Danish Refugee Council, 21. Januar 2020.
© LMD, Berlin

ANZEIGE



A NEW MUSIC LABEL,
BASED ON A NON PROFIT COMMUNITY IDEA!

We are convinced that by helping each other, the music can travel further.

www.radfyah.com



Naturschutz mit Sturmgewehr

Die angeblich gemeinnützige NGO African Parks erobert die Nationalparks südlich der Sahara

von Jean-Christophe Servant

An der Arbeit als Parkdirektor gefällt Jean-Pierre Wilhelm vor allem, dass er wie in der Fernsehserie „Daktari“ aus den 1960er Jahren, „mitten unter Löwen lebe“. Vom Tisch aus, an dem er mit seinem Team zu Mittag isst, blickt man in eine weite Savannen- und Hügellandschaft, die sich über 4800 Quadratkilometer erstreckt. Seit Juni 2019 herrscht der sechzigjährige Elsässer über dieses Reich. Für die südafrikanische NGO African Parks (AP) leitet er den Nationalpark Pendjari, ein Biosphärenreservat im Nordosten von Benin, etwa 40 Kilometer von der Stadt Tanguieta entfernt. Auf dem Weg in dieses Naturschutzgebiet, dessen Verwaltung die beninische Regierung im Mai 2017 an AP übertragen hat, fährt man an Baumwollfeldern und Gemüsegründen vorbei.

Der nach dem Fluss Pendjari benannte Park ist das letzte Rückzugsgebiet für Elefanten und Löwen in dieser Gegend. Er ist Teil des großen, länderübergreifenden Nationalparkkomplexes W-Arly-Pendjari (WAP), zu dem auch die Parks Arly in Burkina Faso und W im Grenzgebiet von Burkina Faso, Niger und Benin gehören. Im Vergleich zu diesen beiden staatlich geführten Parks sei Pendjari „am wenigstens heruntergekommen“, prahlt AP-Chef Peter Fearnhead.

Wie kommt eine Nichtregierungsorganisation dazu, einen afrikanischen Nationalpark zu führen? Vor nicht allzu langer Zeit beschränkten sich NGOs noch darauf, Gelder für den Erhalt staatlicher Schutzgebiete zu sammeln, setzten sich damit allerdings auch der Kritik aus, übergriffige Ranger zu finanzieren. So geschehen beim World Wide Fund For Nature (WWF).¹ Die gemeinnützige Organisation African Parks, die vor 20 Jahren von dem niederländischen Milliardär Paul Fentener Van Vlissingen gegründet wurde (siehe Kasten), nimmt die Dinge hingegen selbst in die Hand. Und dabei verknüpft sie die Bewahrung des afrikanischen Naturerbes mit Unternehmerrgeist und Rentabilitätsdenken.

Die 16 Parks, die AP auf dem gesamten Kontinent verwaltet, werden von einer wohlhabenden, hauptsächlich westlichen Kundschaft besucht. Die Übernachtung in einer der Luxuslodges kostet 600 Dollar und mehr. In Benin will AP eine Fünfsterne-Lodge bauen, von der aus die zahlungskräftigsten Kunden Ausflüge in ein exklusiv für sie reserviertes Safarigebiet machen kön-

nen. Außerdem setzt die NGO auf Jagdtouristen. Im Pendjari-Park sind bereits drei Jagdgebiete für Großwild wie Warzenschweine ausgewiesen, mit denen der Park ebenso viel Geld verdient wie mit Fotosafaris.

Weitere Einnahmequelle könnten sich auch auf dem boomenden Markt für Arzneipflanzen ergeben, schließlich wachsen im Park allerlei Pflanzen, die zwar in der traditionellen Heilkunde zur Anwendung kommen, deren Wirkstoffe aber noch nicht patentiert sind. Insgesamt geht es der Organisation nicht nur darum, die Natur zu schützen, sondern auch darum, sie zu Geld zu machen. Gegenüber ihren Kritikern verfolgt sie dabei eine Nulltoleranzpolitik.

Mit ihrem Ansatz, Naturschutz als Business zu betreiben, ist African Parks auch ein Vorreiter im Bereich der Public-private-Partnerships (PPP). Diese seien dazu bestimmt, „alle elf Biome – also Großlebensräume – des Kontinents zu retten“, erklärt Erik Mararv, der schwedische AP-Regionaldirektor für Westafrika, der in der Zentralafrikanischen Republik geboren und aufgewachsen ist.

Gute Geschäfte mit Fotosafaris und Jagdtourismus

Nach einem inzwischen ausgereiften Modell schließt AP mit den jeweiligen Staaten langfristige Verträge ab, die Laufzeit beträgt im Schnitt 20 Jahre. Die nationalen Regierungen behalten die Hoheitsgewalt über die Parks, während sich die NGO verpflichtet, sämtliche Mittel – auch militärische – bereitzustellen, um die Schutzgebiete zu renaturieren, die Fauna wiederzubeleben und die ansässigen Dorfgemeinschaften zu unterstützen.

Nachdem sich AP zunächst vor allem im südlichen Afrika (in Malawi und in Sambia) betätigt hatte, übernahm die Organisation auch die Verwaltung mehrerer Naturschutzgebiete in instabilen Staaten wie der Zentralafrikanischen Republik oder der Demokratischen Republik Kongo (DRK). „In manchen der entlegensten und am schlechtesten erschlossenen Regionen Afrikas sind unsere Ranger die einzige stabilisierende Kraft“, unterstreicht Mararv. Die NGO hat damit eine Vorreiterrolle inne bei der Militarisierung der afrikanischen Nationalparks.

Laut ihrer Website verfügt die Organisation über „das ausgedehnteste und vielfältigste Port-

folio afrikanischer Ökosysteme, die von einer NGO verwaltet werden“. Die 16 Nationalparks, die sich auf zehn Länder südlich der Sahara verteilen, umfassen zusammengenommen eine Fläche von 12 Millionen Hektar. AP beschäftigt 5000 Mitarbeiter, davon 1000 Parkwächter, und verfügt damit über das größte private Rangerkontingent in ganz Afrika.

Ihre Bemühungen zur Wiederansiedlung bedrohter Arten bescherten der Organisation viel mediales Lob, insbesondere im US-amerikanischen Magazin *National Geographic*, das zugleich einer der Geldgeber von AP ist.² Überdies vermochte die NGO einflussreiche Fürsprecher zu gewinnen, wie den britischen Ex-Prinzen Harry, der bis Ende 2017 als Ehrenpräsident wirkte, und den Australier John Scanlon, ehemals Chef der Weltnaturschutzunion IUCN, der heute als APs Weltbotschafter fungiert.

Im Schatten dieser „weißen Retter“ werden die gut bezahlten Ranger vor Ort (in Benin verdienen sie fast 300 Euro; das durchschnittliche Monatsgehalt liegt bei 65 Euro) regelmäßig paramilitärisch geschult. Durchgeführt werden diese Trainings von ehemaligen Offizieren der südafrikanischen, französischen oder israelischen Armee. Den Rangern, die die meisten Wilderer festnehmen oder die meisten Tierfallen entdecken, zahlt AP eine Prämie. Jedes Jahr werden alle Mitarbeiter evaluiert.

Der Lebensweg von Parkdirektor Jean-Pierre Wilhelm sagt einiges über APs Managementmodell: Er hat die französische Elite-Ingenieurschule École des Mines in Nancy besucht, als Offiziersanwärter der Reserve in der KFOR-Truppe der Nato im Kosovo gedient und anschließend 18 Jahre lang mehrere Bergwerke in Afrika geleitet, darunter eine Eisenmine in Mauretanien und eine Goldmine in Burkina Faso.

Man könnte meinen, dass die Tätigkeit in einer extraktiven und noch dazu so umweltschädlichen Industrie eigentlich im Widerspruch steht zur Weltanschauung seines neuen Arbeitgebers. Wilhelm betont jedoch die Gemeinsamkeiten: In beiden Bereichen brauche man die Unterstützung der lokalen Bevölkerung. „Wenn wir die Leute durch unsere Aktivitäten an den Rand drängen, kann alles ganz schnell kippen“, erklärt er.

Rund um den Pendjari-Park leben fast 200 000 Menschen. Um seine 230 Mitarbeiter zu

motivieren, darunter 100 frisch eingestellte Ranger und vier Wasserschutz- und Forstbeamte der beninischen Regierung, zitiert der Parkdirektor gern einen Spruch, der auch aus einem Handbuch zur Selbstoptimierung stammen könnte: „Allein kommst du schneller voran – aber gemeinsam kommen wir weiter.“

APs Nulltoleranzpolitik hat laut Jérôme Sambini vom kommunalen Radiosender Nanto FM jedenfalls dazu geführt, dass sich das Gefängnis in der Bezirkshauptstadt Natitingou gefüllt hat. Der Journalist berichtet außerdem von einer „angespannten Beziehungen zu den Anwohnern des Parks“. Im Februar 2018, ein Jahr nach der Übernahme der Parkverwaltung durch die NGO, hatten sich traditionelle Jäger über die Jagdverbote im Schutzgebiet hinweggesetzt. Die Ranger beschlagnahmten ihre Motorräder und überstellten diese ans Kommissariat in Tanguieta. Daraufhin plünderten Hunderte das AP-Büro und setzten ein Dutzend Fahrzeuge in Brand.

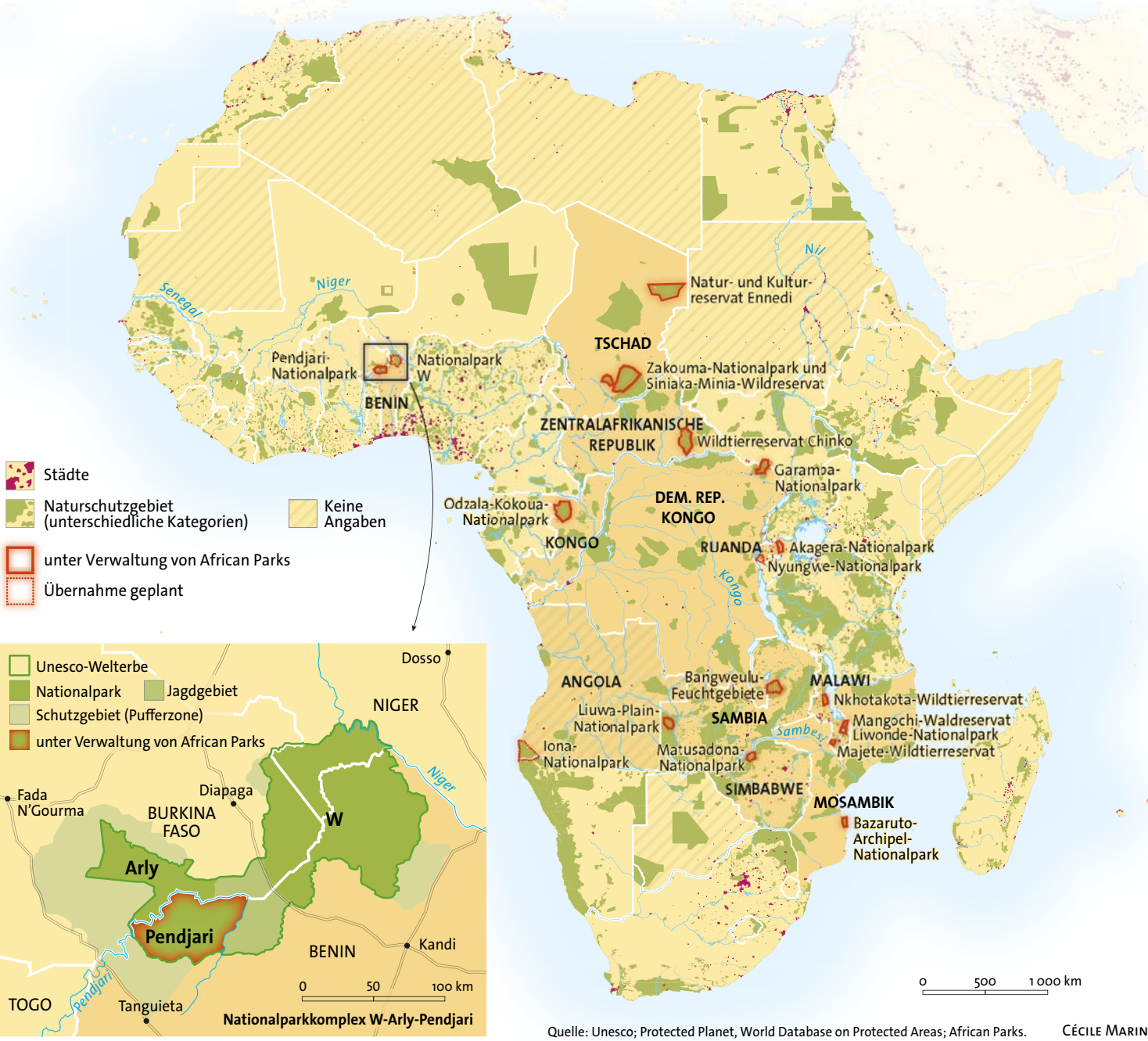
Eine andere Quelle in Tanguieta berichtet, die Ranger hätten im selben Jahr „ohne Abstimmung mit den Fulbe-Hirten eine ganze Rinderherde mit 350 Tieren getötet, die sich illegal im Park aufhielt“. Je nach Jahreszeit ziehen die Hirten mit bis zu 10 000 Tieren durch den Nationalpark nach Süden. „Für die Gemeinden, die am Rande des Pendjari leben, wird es auch immer schwieriger, zu ihren Fetischen zu gelangen, die sich innerhalb des Parks befinden und die vor allem bei Gesundheitsproblemen konsultiert werden“, sagt die beninische Journalistin Flore Nobime.³

Auf ähnliche Hindernisse stoßen die Dorfbewohner, wenn sie Raphia und Bambus für ihre Dächer sammeln wollen, oder Pflanzen und Wurzeln suchen, die in der traditionellen Heilkunde verwendet werden. Auch „Bushmeat“, etwa von großen Nagern wie der Rohrratte, die man früher im Park erlegte, wird immer seltener und teurer.

Es ist nicht das erste Mal, dass die Vorgehensweise von African Parks Kritik hervorruft. „2004 gab es große Proteste, weil AP die Umsiedlung von mehreren tausend Nomaden vom Volk der Mursi betrieben hatte, die im äthiopischen Nationalpark Omo lebten“, erzählt Bram Büscher, ein niederländischer Forscher, der die Kommerzialisierung der Nationalparks im südlichen Afrika untersucht.



Bewaffnete Ranger von African Parks im Odzala-Kokoua-Nationalpark in der Demokratischen Republik Kongo PETE OXFORD/Alamy Stock Foto



Damals musste AP Äthiopien verlassen. Büscher meint: „Solange die lokalen Communitys nicht an der Verwaltung der Parks beteiligt werden, wird AP das neokoloniale Modell solcher ‚Naturschutzfestungen‘ für eine überwiegend weiße Kundschaft fortführen.“ In seinem Büro im Pendjari-Park spricht Direktor Wilhelm etwas widerwillig über die „kulturelle Schwierigkeit, ein Managementmodell, das aus dem anglofonen Südafrika stammt, im frankofonen Teil Afrikas einzuführen“, und fügt hinzu: „Wir haben aber begonnen, etwas lockerer mit den Fischern umzugehen, die in den Park kommen.“

Der Parkdirektor sieht sich außerdem mit einer angespannten Sicherheitslage konfrontiert. Anfang Mai 2019, als er seinen Posten noch gar nicht angetreten hatte, wurden zwei französische Touristen im Pendjari-Park entführt. Die Geiselnnehmer konnten anhand ihrer Mobilfunkdaten aufgespürt und in Burkina Faso von französischen Spezialkräften unschädlich gemacht werden.

Angeblich wollten sie ihre Beute der Dschihadisten-Gruppe Ansar ul-Islam verkaufen, die 2016 erstmals in Mali aufgetaucht war und hauptsächlich aus Fulbe besteht.⁴ Die Entführer ermordeten den einheimischen Reiseführer der beiden französischen Touristen, den 29-jährigen Fiacre Gbédji. In Benin, wo man solche Verbrechen bisher nicht gekannt hatte, war der Schock groß.

Dafür, dass dieses Drama in Zusammenhang steht mit der Aufstockung der Sicherheitskräfte im Pendjari-Park, gibt es keine Beweise. Die Probleme waren allerdings bekannt: Drei Monate vor der Entführung, auf die das französische Außenministerium mit einer Reisewarnung reagierte, hatte das Institute for Security Studies mit Sitz in Pretoria bereits in einem Artikel gewarnt: „Bei Maßnahmen gegen Extremisten in Benin müssen die Konflikte vor Ort berücksichtigt werden, vor allem diejenigen, die um die Gebiete von Nationalparks und deren Verwaltung geführt werden.“⁵ Einer der Guides im Park fragt sich, ob sein Kollege aus Rache ermordet wurde. Sicher ist, dass in diesem Grenzgebiet Touristen ebenso wie Ranger symbolträchtige Ziele darstellen für Dschihadisten, Straßenräuber oder Schmuggler.

Nach Angaben eines Forstbeamten ist die Ausrüstung der Sicherheitskräfte im Pendjari-Park weit moderner als die der regulären beninischen Streitkräfte. Wilhelm rechtfertigt das so: „Wenn sich hier noch mal so ein Vorfall ereignet, wäre das das Ende des Pendjari-Parks.“ Mittlerweile habe man sich nach militärischem Vorbild organisiert: „Oberste Priorität hat die Informationsbeschaffung. Wir bezahlen die Anwohner, damit sie uns Auskünfte liefern.“ Der Direktor weiß, dass er auf die Unterstützung der Beniner

angewiesen ist, und versucht sie mit patriotischen Parolen zu gewinnen: „Dieser Park ist der Stolz der Nation, wir alle stehen hier Seite an Seite.“

Auch für Benins Präsidenten Patrice Talon steht viel auf dem Spiel. Der Geschäftsmann, der im Baumwollbusiness reich geworden ist, hat den Pendjari-Nationalpark zum Leuchtturmprojekt seines Entwicklungs- und Investitionsprogramms „Benin entdecken“ gemacht, das vor allem auf Tourismus setzt. Im August 2016, kurz nach seiner Wahl, war Talon bei einem Staatsbesuch in Kigali das erste Mal in Kontakt mit AP gekommen. In Ruanda ist die NGO seit 2010 an der Verwaltung des Akagera-Nationalparks beteiligt. Talon gilt als Bewunderer des ruandischen Präsidenten Paul Kagame und seines neoliberal-autoritären Regierungsstils.

Guy Dossou Mitokpè, ein ehemaliger Abgeordneter der beninischen Oppositionspartei Restaurer L’Espoir (Die Hoffnung wiederherstellen), erklärt: „Der Auftrag an AP wurde unter völliger Geheimhaltung erteilt, ohne das Parlament hinzuzuziehen, ohne Ausschreibung und ohne dass wir den Vertrag einsehen konnten.“ Das werfe viele Fragen auf, meint Mitokpè. „Ein Nationalpark mit einem eigenen Flugplatz, wo man tun und lassen kann, was man will, darf nicht zu einer Enklave innerhalb des beninischen Staats werden.“

Zugangskontrollen für Einheimische

Die Tourismusbranche in Tanguieta hingegen begrüßt die Anwesenheit von AP: „Ich habe fast jeden Tag geweint“, sagt Adamou Akpana, Vorsitzender der Vereinigung der Touristenführer im Pendjari. „Der Park war dem Untergang geweiht, weil so viel gewildert wurde. Es gab keinerlei Kontrollen.“ Vor der Eröffnung des Nationalparks 1961 war das Gebiet ein Jagdgelände der Kolonialverwaltung. 1996 wurde der Park an das Nationale Verwaltungszentrum der Tierschutzgebiete (Cenagref) und die Dorfvereine zur Verwaltung der Tierschutzgebiete des Pendjari (Avigref) übertragen.

Nach gemeinsamen Beratungen wurden damals die Zugangsbestimmungen für die Anwohner gelockert, so dass sie beispielsweise zur Abhaltung von Ritualen in den Park durften. In einer schmalen Pufferzone am Rande des Parks, der „kontrollierten Nutzungszone“, durften die Dorfbewohner Ackerbau betreiben, ihre Tiere tränken, fischen und jagen. „Doch ab 2011 gab es Spannungen zwischen den Dorfvereinen (Avigref) und der Zentralverwaltung (Cenagref)“, erzählt Akpana. „Die ‚amtliche Wilderei‘ durch einige Forstbeamte nahm immer weiter zu. Der Pendjari

wurde zu einem riesigen Marktplatz unter freiem Himmel, in dem einige Geschäftsleute mit guten Verbindungen in die Politik mit Wildtieren und Edelhölzern handelten.“

Mit Zustimmung der beninischen Regierung schloss AP das Cenagref von der Parkverwaltung aus, entließ die 15 „schlecht ausgebildeten“ Forstranger und rekrutierte in den umliegenden Dörfern neue „Ökoranger“. Im Dezember 2017 erreichte die „Säuberungsaktion“ auch die 700 Kilometer weiter südlich gelegenen Hauptstadt Cotonou – diesmal mit eindeutig politischer Dimension. Sie traf Hauptmann Patrice Trekpo, Interimsgeneralsekretär der Landesgewerkschaft Wasser, Forst und Jagd (SYNA-EFC).

Der hatte im Sender Golfe TV Africa die „Privatisierung des Pendjari-Parks“ und die „Nichteinmischungsklauseln“ im Konzessionsvertrag kritisiert, die es den Sicherheitskräften des Wasser- und Forstschutzamts untersagte, im Park zu patrouillieren. Trekpo wurde vom Dienst als Armeemoffizier suspendiert, erhielt 60 Tage Arrest und ein Disziplinarverfahren. Schließlich wurde er vom Ministerrat wegen Rebellion und aufrührerischer Aktivitäten seines Postens enthoben.

Anfang Juni 2019 brachte der Gewerkschaftsverband von Benin (CSTB) Trekpos Fall vor das Verwaltungsgericht der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO). Die Klage richtete sich gegen die Regierung und das Parlament Benins wegen des Verstoßes gegen Arbeits- und Grundrechte von Beschäftigten. „Es gibt aber nur wenige, die Patrice Trekpo unterstützen“, klagt Anselme Amoussou, Generalsekretär des Verbands der unabhängigen Gewerkschaften von Benin (CSA-Bénin). Unter den Beamten der Wasser- und Forstverwaltung hätten viele Angst vor Repressalien.

Von Gewerkschaften hält African Parks ohnehin nicht viel, man setzt lieber auf die Unterstützung einer globalen Elite von Philanthropen (siehe Kasten). Im Aufsichtsrat in Johannesburg weht der Wind der großen weiten Geschäftswelt. In ihm sitzt etwa Valentine Chitalu, einer der reichsten Männer Sambias. „Chitalu war in den 1990er Jahren Generaldirektor der Zambia Privatisation Agency, die mit dem Verkauf von etwa 230 Staatsbetrieben betraut war“, berichtet ein sambischer Journalist, der anonym bleiben möchte. „Der Witz ist, dass Chitalu dann Aufsichtsratsposten in einigen der Firmen bekam, die er selbst mit privatisiert hatte. In manchen führte er sogar den Vorsitz.“

Dasselbe sei passiert, als der sambische Staat Konzessionen für die Nationalparks Liuwa Plain und Bangweulu an African Parks vergab. Der Millionär Chitalu saß im Aufsichtsrat der Zambia Wildlife Authority (Zawa), die für die Na-

Spenden von Walmart

Paul Fentener van Vlissingen (1941–2006), der 1999 die Organisation African Parks (AP) gründete, stammte aus einer der reichsten Industriellenfamilien der Niederlande. Er war Geschäftsführer des Mischkonzerns SHV Holdings, der Handelsbeziehungen zum südafrikanischen Apartheidregime unterhielt. Die Idee für die Gründung von AP kam ihm angeblich nach einem Galadiner bei Nelson Mandela, an dem auch die niederländische Königin Beatrix teilgenommen hatte. Zu Tisch war über die Zukunft der südafrikanischen Nationalparks diskutiert worden. Van Vlissingen ergriff die Gelegenheit, sein Image aufzubessern, das durch seine geschäftlichen Aktivitäten während der Rassentrennung ramponiert worden war.

Ursprünglich als Wirtschaftsunternehmen gegründet, wandelte sich AP erst 2005 in eine gemeinnützige Organisation um – mit dem Ziel, mehr Regierungen, internationale Organisationen, Stiftungen und Mäzene als Spender zu gewinnen. Den Aufsichtsrat in Johannesburg dominieren Geschäftsleute, die sich gern den Anstrich von Philanthropen und Umweltschützern geben: Der Vorsitzende Robert-Jan van Ogtrop ist Partner bei der Kapitalgesellschaft Phatisa, die auf industrielle Landwirtschaft setzt; mit dabei sind auch der südafrikanische Banker Ted Woods und Rosette Chantal Rugamba aus Ruanda, die mit Songa Africa ein Unternehmen für Luxustourismus gegründet hat.

In Europa, der Schweiz und den USA sammeln verschiedene Stiftungen von African Parks Spendengelder. Samuel Robson Walton, Chef des US-amerikanischen Familienunternehmens Walmart, des größten privaten Arbeitgebers der Welt, zählt zu den großzügigsten Unterstützern von African Parks.

J.-C. S.

¹ Tom Warren und Katie J. M. Baker, „WWF funds guards who have tortured and killed people“, *Buzzfeed*, 4. März 2019.

² Siehe David Quammen, „To save wildlife, African governments turn to private management“, *National Geographic*, 12. November 2019.

³ Siehe Flore Nobime, „Difficultés d’accès aux ressources: grincements de dents autour de la Pendjari“, *L’Événement précis*, Cotonou, 9. Oktober 2019.

⁴ Siehe Rémi Carayol, „Hirtin unter Verdacht“, *LMd*, Mai 2017.

⁵ Siehe Michaël Matongbada, „Can Benin protect itself from terrorism in the region?“, Institute for Security Studies, 8. März 2019, www.issafrica.org.

⁶ „Livingstone residents to oppose to the construction of a golf course, hotels in the Mosi-oa-Tunya National Park“, *Lusaka Times*, 27. September 2019.

⁷ Karen McVeigh, „UK development bank launch inquiry after murder of Congolese activist“, *The Guardian*, London, 27. September 2019.

Aus dem Französischen von Sabine Jainski

Jean-Christophe Servant ist Journalist.

Der lachende Dritte

Taiwans Tech-Industrie profitiert vom Handelsstreit zwischen Peking und Washington

von Alice Hérailt

Wohin können US-amerikanische Unternehmen ausweichen, die ihre Produkte bislang in China herstellen? Nach Taiwan. Dies empfahl im Juni 2019 mitten im Handelsstreit zwischen Peking und Washington der Chef des taiwanischen Unternehmens Foxconn, Terry Gou.¹ Wie zahlreiche andere multinationale Unternehmen, die in China aktiv sind, ist es für den Elektronikteile-Hersteller und wichtigsten Apple-Zulieferer Foxconn verlockend, einen Teil seiner Fabriken vom Festland nach Taiwan zu verlagern.

Terry Gou ist laut *Forbes Asia* der viertreichste Mann Taiwans und wollte ursprünglich bei der Präsidentschaftswahl am 11. Januar antreten, zog seine Kandidatur aber im vergangenen Oktober überraschend zurück. Im Wahlkampf hatte er versprochen, seine Fabriken wieder in die Heimat zu holen und ausländische Investoren ins Land zu locken. Seine Ankündigungen waren auch ein Hinweis darauf, wie Taiwan dank seiner Schlüsselposition in der globalen Logistikkette die im Januar 2018 begonnene Konfrontation zwischen US-Präsident Donald Trump und seinem chinesischen Gegenüber Xi Jinping zu seinem Vorteil nutzen könnte.

Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (Unctad) stellte Terry Gous Strategie der Standortverlagerung in einen größeren Zusammenhang. In einem Bericht, der in den Medien große Beachtung fand, berechnete die Unctad, dass Chinas Exporte in die USA wegen der Anhebung der Zölle durch Washington um 35 Milliarden Dollar (31 Milliarden Euro) zurückgegangen seien und sich im ersten Halbjahr 2019 auf 95 Milliarden Dollar beliefen. Taiwans Exporte in die Vereinigten Staaten seien hingegen um 4,2 Milliarden Dollar gestiegen – das entspricht einem Plus von 20 Prozent.

Auch die Medien rufen bereits die lang ersehnte Heimkehr der „Taishang“ aus. So werden die taiwanischen Unternehmer genannt, die wie Terry Gou im Ausland und vor allem in China investiert haben. Im ersten Jahrzehnt des neuen Millenniums verlagerten die Taishang die einheimische Industrieproduktion – ausgenommen die Halbleitertechnik – mehr oder weniger komplett in die Volksrepublik.

„Das klassische Modell sieht so aus: Ein taiwanisches Unternehmen bekommt Aufträge aus den USA, macht die Entwicklungsarbeit in Taiwan und lässt in China fertigen“, erläutert Roy Lee vom Chung-Hua-Institut für Wirtschaftsforschung (CIER) in Taipeh, das die taiwanische Regierung mit Studien beliefert. „90 Prozent unserer Exporte sind Zwischenerzeugnisse, und 40 Prozent gehen nach Festlandchina.“

Die offiziellen Wirtschaftsprognosen sind optimistisch. Die taiwanische Zentralbank geht für dieses Jahr inzwischen nicht mehr – wie noch im September 2019 – von 2,4 Prozent, sondern von 2,6 Prozent Wachstum aus. Nach Auskunft der Agentur Invest Taiwan, die dem Wirtschaftsministerium untersteht, sagten 300 Unternehmen des Inselstaats zu, im Rahmen eines Anfang 2018 angelaufenen Rückkehrförderprogramms umgerechnet 25 Milliarden Euro zu investieren und 69 374 Arbeitsplätze zu schaffen. Im vergangenen Jahr brachen die taiwanischen Investitionen in China um 54 Prozent ein.

„Seit zehn Jahren will die Regierung die Taishang dazu bewegen, im eigenen Land zu investieren. Die gehorchen aber lieber dem Markt als den Ratschlägen der Regierung“, sagt Roy

Lee. Seit Beginn des Handelskonflikts kämen sie nun jedoch von allein zurück. Der chinesische Markt sei zwar weiterhin auf Wachstumskurs und biete nach wie vor ein Riesenpotenzial. Die Investoren zögen sich auch nicht aus Festlandchina zurück, „aber sie überdenken ihre Standortentscheidung für die Produkte, die für den US-Markt bestimmt sind“.

Auch die Unctad konstatiert in ihrem Bericht, dass nur bestimmte Aktivitäten verlagert und unter dem Strich keine Investitionen nach Taiwan zurückfließen. „Wir haben unseren Sitz in Taiwan, aber die gesamte Fertigung findet in China statt“, bestätigt Herr Chen, ein früherer Mitarbeiter des Biotech-Start-ups VesCir. „Als Trump seine Zölle verhängte, beschloss die Firmenleitung kurzerhand, die Montage in ein Werk in Taiwan zu verlegen, um sich das Siegel ‚Made in Taiwan‘ zu sichern.“

Kurz vor den Präsidentschafts- und Parlamentswahlen am 11. Januar lebte angesichts der wirtschaftlichen Perspektiven die Debatte über die Unabhängigkeit von China neu auf. 2016 hatte die Wahl von Tsai Ing-wen, einer Befürworterin der taiwanischen Unabhängigkeit, zur Staatspräsidentin den chinesischen Staats- und Parteichef Xi Jinping erzürnt. Der pocht bei jeder Gelegenheit darauf, dass Taiwan laut Verfassung ein untrennbarer Teil Chinas sei.

Im Rahmen ihrer „Neuen Südpolitik“ (New Southbound Policy) versucht Tsai Ing-wen Unternehmen dazu zu bewegen, in den südostasiatischen Ländern zu investieren. Mit ihrem Innovationsplan „5+2“ will sie außerdem fünf Spitzentechnologie-Branchen stärken: Biotechnologie, grüne Energien, das Internet der Dinge, intelligente Maschinen und Verteidigungsgüter. Hinzu kommen die Kreislaufwirtschaft und die Landwirtschaft.

Ziel ist es, Innovation zu fördern, die Industrie wettbewerbsfähiger und die Unternehmen profitabler zu machen und damit – so heißt es offiziell – für höhere Löhne zu sorgen, mehr Beschäftigung zu schaffen, die Entwicklung gleichmäßiger auf die Regionen zu verteilen und Taiwans Abhängigkeit von den Produktionsketten in Festlandchina zu verringern. Erste zaghafte Erfolge wurden bereits gemeldet, bevor die Programme durch den Handelsstreit eine neue Bedeutung gewannen.

Manche Taishang, die sich in der Regel eher für die Annäherung zwischen Taiwan und China starkmachen und zur treuen Wählerschaft der nationalistischen Kuomintang (KMT) zählen, ließen sich von der Demokratischen Fortschrittspartei (DPP) der Präsidentin überzeugen. „Wir begleiten die industrielle Umstellung, die durch den Handelskonflikt erforderlich wird“, erklärt DPP-Sprecher Liao Tai-xiang und freut sich, dass weniger Investitionen nach China wandern und mehr Kapital in die Länder der New Southbound Policy fließt: Anfang Januar stieg Taiwan zum fünftgrößten ausländischen Investor in Vietnam auf.

Taiwans politische Landschaft, die weitgehend vom Verhältnis zum übergroßen Nachbarn geprägt ist, wurde durch den Handelskrieg und die Proteste in Hongkong kräftig durcheinandergewirbelt. Der große Verlierer dabei war Tsai Ing-wens Hauptkontrahent Han Kuo-yu von der KMT. Nach der krachenden Niederlage ihrer DPP bei den Kommunalwahlen im November 2018 bekam die Präsidentin wieder Aufwind. Am 11. Januar wurde sie mit einem noch besseren Ergebnis als

2016 wiedergewählt: Nachdem sie vor vier Jahren 6,9 Millionen Stimmen holte, konnte sie diesmal 8,2 Millionen Wählerinnen und Wähler überzeugen (57,1 Prozent der abgegebenen Stimmen).

Dennoch bekennen sich die meisten Taishang nach wie vor zur Anbindung an Peking. „Alle großen taiwanischen Unternehmen unterhalten die meisten ihrer Fabriken in China. Wenn Taiwans Beziehungen zu China brüchig werden, wird niemand bei uns investieren“, betont Lee Suen-cheng von der National Policy Foundation (NPF), die die KMT in Rechts- und Finanzfragen berät. Er ist der Meinung, dass es für taiwanische Firmen derzeit immer noch profitabler sei, auf dem Festland zu investieren als in Vietnam.

Besondere Sorge bereitet Lee Suen-cheng, dass demnächst das Rahmenabkommen über wirtschaftliche Zusammenarbeit (ECFA) ausläuft. Die 2010 vom taiwanischen Parlament ratifizierte Vereinbarung sorgt für einen weitgehend zollfreien Warenverkehr zwischen den beiden Seiten der Taiwanstraße

und kurbelt den Handel an. Sollte das Abkommen im Juni 2020 auslaufen, könnte dies der Petrochemie und dem Maschinenbau einen schweren Schlag versetzen. Präsidentin Tsai Ing-wen spricht sich klar für die Verlängerung des Abkommens aus. Allerdings hat auch Xi Jinping dabei ein Wörtchen mitzureden.

Medienberichten zufolge könnte Chinas Staats- und Parteichef versucht sein, das ECFA nicht zu verlängern – auf die Gefahr hin, die taiwanischen Investoren zu verprellen.³ Roy Lee meint: „Sollte Taiwan sich politisch feindselig verhalten, wird die chinesische Regierung Anreize für die Taiwaner auf dem Festland schaffen.“ Mit solchen Anreizen wolle man taiwanische Unternehmen für sich gewinnen und ihre Identifikation mit China stärken.⁴

Die 26 neuen Maßnahmen, die Peking am 4. November 2019 ankündigte⁵, um taiwanischen Unternehmen aufs Festland zu locken, umfassen die Möglichkeit, an dem Programm „Made in China 2025“ zu partizipieren. Mit Made in China 2025 will Peking be-

stimmte Schlüsselindustrien vor allem im Hightech-Bereich fördern, um künftig weniger auf ausländische Zulieferer angewiesen zu sein.

Donald Trump sieht in diesem Programm eine Bedrohung. Der US-Präsident führt einen Technologiekrieg gegen den Telekommunikationsriesen Huawei, der den amerikanischen Tech-Giganten Konkurrenz macht, und befürchtet, mit der neuen 5G-Technologie des chinesischen Unternehmens könnten Daten – insbesondere militärische Daten – illegal abgezapft werden.

Im Mai 2019 verhängte der US-Präsident einen Exportstopp für Bauteile, die Huawei dringend für die Herstellung seiner Smartphones braucht. Daraufhin beschloss das chinesische Unternehmen, seine Produktionskette zu „entamerikanisieren“. Davon profitiert vor allem Taiwan, das bei der Produktion der für die Herstellung elektronischer Geräte unentbehrlichen Halbleiter weltweit führend ist. 70 Prozent der in China verbauten Halbleiter kommen mittlerweile aus Taiwan. Ende 2019 avancierte Huawei zum größten Kunden der Taiwan Semiconductor Manufacturing Company (TSMC), die den Weltmarkt für hochentwickelte Halbleiter anführt.

Seit Juni 2019 zeigt die Wachstumskurve von TSMC, das weitgehend in Taiwan fertigt, steil nach oben: „TSMC hat beinahe eine Monopolstellung und ist in einer starken Position, weil China auf seine Produkte angewiesen ist“, kommentiert Mathieu Duchâtel, Leiter des Asienprogramms am Pariser Institut Montaigne.

Duchâtel hat Chinas 5G-Angebot im Hinblick auf die amerikanischen Sanktionen unter die Lupe genommen: „Wenn 5G Einzug hält, wird der weltweite Bedarf nach hochwertigen Vorprodukten noch weiter steigen. TSMC wird auf absehbare Zeit seinen Vorsprung in diesem Bereich halten.“ Damit hätte Taipeh ein mächtiges Druckmittel in der Hand.

Das Programm Made in China 2025 könnte für diese Industrie allerdings zur Zeitbombe werden. Bereits jetzt hat China 3000 taiwanische Halbleiterspezialisten abgeworben, das sind 10 Prozent aller Fachleute, die in Taiwan in diesem Bereich arbeiten. Der Wirtschaftswissenschaftler Roy Lee warnt: „Dieser Braindrain ist schon seit Jahren eine Gefahr. Der Handelsstreit beschleunigt allerlei globale Entwicklungen, die bereits vorher im Gange waren.“

Die Chinesen haben nicht vor, bis in alle Ewigkeit von taiwanischen Technologien abhängig zu sein. Für Peking gehe es um die nationale Sicherheit: Das Land wolle, was überlebenswichtige Technologien angeht, nicht mehr auf Drittländer angewiesen sein. Denn was würde passieren, wenn Taiwan seine Lieferung von einem Tag auf den anderen einstellt? Peking gehe jedenfalls davon aus, dass sich Taipeh früher oder später auf die Seite der USA schlagen wird, meint Lee.



Präsidentin Tsai Ing-wen bei ihrer Vereidigung vor dem Porträt von Sun Yat-sen, Gründer des modernen Chinas, 20. Mai 2016
taipei photojournalists association/picture alliance/ap

¹ Siehe Debby Wu, „Foxconn Terry Gou urges Apple to invest in Taiwan“, *Bloomberg Businessweek*, 21. Juni 2019.
² Alessandro Nicita, „Trade and trade diversion effects of United States tariffs on China“, Unctad, Genf, 15. November 2019.
³ Kensaku Ihara, „Taiwan Inc. weighs loyalty to mainland in presidential election“, *Nikkei Asian Review*, Tokio, 27. Dezember 2019.
⁴ Siehe Alice Hérailt, „Kommt doch rüber“, *LMD*, Juni 2019.
⁵ Samson Ellis, „China dangles carrot to Taiwanese in battle for hearts and minds“, *Bloomberg Businessweek*, 4. November 2019.

Aus dem Französischen von Andreas Bredenfeld

Alice Hérailt ist Journalistin.

Jeden Tag ein Chemieunfall

In China geht die rasante Industrialisierung auf Kosten von Mensch und Umwelt

von Mohamed Larbi Bouguerra

Am 21. März 2019 – Chinas Präsident Xi Jinping war gerade auf dem Weg nach Europa – explodierte in Yancheng (Provinz Jiangsu), 250 Kilometer nördlich von Schanghai, eine Chemiefabrik der Firma Jiangsu Tianjiayi Chemical (JTC). 78 Menschen kamen ums Leben, 566 wurden verletzt. Die Katastrophe war das erste Chemieunglück im chinesischen Jahr des Schweins – und es sollte nicht das letzte bleiben.¹

Die Fabrik in der Nähe des Bahnhofs von Yancheng war 2007 in Betrieb genommen worden. 195 Beschäftigte produzierten hier 3-Hydroxybenzoesäure, die für die Herstellung von Parabenen (Konservierungsmittel für Kosmetik, Fungizide und antibakterielle Mittel) benötigt wird, sowie thermoplastische Polymere und Anisol für die Parfümherstellung. Die durch die Stadt wabernden Rauchschwaden beunruhigten die Bevölkerung so sehr, dass die Stadtverwaltung von Yancheng Luft- und Wasseruntersuchungen durchführen musste. In einem Gewässer unweit der Unglücksstelle stellte die Umweltschutzbehörde der Provinz eine Giftstoffkonzentration fest, die um das 111-Fache über den Grenzwerten lag.

Die Kommission, die der Staatsrat (Ministerrat) nach dieser Tragödie eingesetzt hatte, gelangte zu der Einschätzung, dass die Behörden in Jiangsu die Gesetze wohl „nicht ernsthaft genug“ umgesetzt hatten. Es stellte sich heraus, dass JTC die Betriebsgenehmigung hatte behalten dürfen, obwohl das Unternehmen wegen Verstößen gegen die Sicherheitsauflagen schon etliche Geldstrafen hatte zahlen müssen. Im April 2019 wurde das Werk dichtgemacht. Zwei Dutzend Beamte und leitende Angestellte des Unternehmens wurden festgenommen, im November wurden zwei Vizegouverneure der Provinz disziplinarisch verwandt.

Im November 2018 war es in Zhangjiakou in der Provinz Hebei zu einer Explosion gekommen, als aus einer Produktionsanlage des Staatsunternehmens ChemChina Vinylchlorid ausgetreten war. 23 Menschen starben. Im Juli 2018 hatte eine Explosion in der Fabrik von Hangda Technology in Yibin in der Provinz Sichuan 19 Menschen das Leben gekostet.

Diese Unfälle zeigen wieder einmal, dass die nach der Katastrophe von Tianjin getroffenen Maßnahmen nicht greifen. Dort waren am 12. August 2015 bei der Explosion eines Depots von Ruihai International Logistics insgesamt 173 Tote und fast 800 Verletzte zu beklagen gewesen. Tausende Menschen mussten ihr Zuhause verlassen. Die Katastrophe wurde von einigen als „chinesisches Seveso“² bezeichnet. Sie hatte einen Großteil von Tianjins neuem Boomviertel Binhai, das die Machthaber als Sonderwirtschaftszone am Rand der 15 Millionen Einwohnern zählenden Hafenstadt gegründet hatten,³ in Schutt und Asche gelegt. Die Erschütterungen waren so stark, dass sie vom chinesische Amt für Seismologie mit 2,3 und 2,9 auf der Richterskala registriert wurden. Fast 90 Häuser wurden zerstört.

Ähnlich wie JTC in Yancheng hatte auch Ruihai in Tianjin seine Anlagen zu nah an bewohnten Gebieten gebaut. Obendrein lagerten dort in der Unglücksnacht insgesamt 3000 Tonnen Gefahrgüter – weit mehr als zugelassen – und insbesondere 1300 Tonnen des Düngemittelgrundstoffs Ammoniumnitrat. Das ist das 500-Fache der Menge, die 1995 bei dem Anschlag von Oklahoma City in den USA 168 Menschen in den Tod riss. Ein Jahr



Soldaten nach der verheerenden Explosion in Tianjin, August 2015 ZHANG YUANYUAN/picture alliance/dpa

vor dem Unglück waren in Tianjin bei einer Routinekontrolle insgesamt 4261 Tonnen an gefährlichen Stoffen entdeckt worden.

Nach der Katastrophe schöpften die Behörden den Verdacht, dass bei der Erteilung von Genehmigungen Korruption im Spiel war, und leiteten entsprechende Ermittlungen ein. Zwölf Angestellte und Manager wurden inhaftiert, darunter auch der Mehrheitseigner der im November 2012 gegründeten Firma Ruihai, Yu Xuwei, der auch im Verwaltungsrat des Staatskonzerns Sinochem saß. Er und sein Teilhaber Dong She-xuan hatten ihre Beteiligung an Ruihai sorgsam verschleiert. Dongs Vater war Chef der Hafenpolizei und sorgte dafür, dass die Brandschutz- und Umweltbehörden die nötigen Lizenzen erteilten.

Auch elf Beamte wurden wegen Korruptionsverdacht festgenommen. Einer von ihnen war Yang Dongliang, der frühere Leiter der chinesischen Arbeitsschutzbehörde und spätere stellvertretende Bürgermeister von Tianjin. Sein Ausschluss aus der KP brachte die Kungeleien zwischen Wirtschaft und korrupten Beamten ans Licht. Einige Monate später, im September 2016, wurde Huang Xingguo, Bürgermeister und zeitweilig auch Parteisekretär von Tianjin, ebenfalls wegen Korruptionsverdacht festgenommen.

Unrealistische Sicherheitsvorschriften

Die Explosionsserie macht deutlich, welchen Preis China für seinen Wirtschaftsboom zahlt. Die Chemieindustrie ist für das Wachstum des Landes unverzichtbar, doch die rasante Verstädterung führt dazu, dass die Wohngebiete immer näher an Gefahrenstandorte heranrücken. Laut Vorschrift muss das Sperrgebiet um solche Anlagen seit 2001 einen Radius von mindestens einem Kilometer haben. Sieben Jahre nach ihrer Einführung bezeichnete ein amtlicher Feuerwehrbericht diese Vorschrift als „unrealistisch und deshalb schwer umsetzbar“.⁴ Entsprechend munter wird dagegen verstoßen.

Die Unfälle schaden auch dem Image der Regierung Xi Jinping, die gern ihr effizientes Handeln und ihre entschlossene Korruptionsbekämpfung betont. Sie offenbaren, wie teuer einem politischen System, das sich nach außen abschottet, eine Industrialisierung im Eiltempo zu stehen kom-

men kann. Dass Chinas Wirtschaft sich auf Platz zwei der Weltrangliste katapultieren konnte, verdankt sie zu einem großem Teil der chemischen Industrie, die 13,8 Prozent des BIPs ausmacht. Das Staatsunternehmen Sinopec ist nicht nur Branchenführer in China, sondern laut *Forbes* auch der drittgrößte Chemiekonzern weltweit. Im Sinopec-Werk in Schanghai verloren im Mai 2017 sechs Arbeiter ihr Leben, als ein Benzoltank in die Luft flog.

In seiner Eröffnungsrede auf dem 19. Parteitag der Kommunistischen Partei Chinas am 18. Oktober 2017 räumte Xi Jinping – der selbst Chemieingenieur ist und sein Diplom an der renommierten Tsinghua-Universität in Peking erwarb – ein: „In unserer heutigen Situation zeichnet sich ein grundlegender Widerspruch ab zwischen einer unausgewogenen und unzulänglichen Entwicklung und dem wachsenden Verlangen der Chinesen nach einem besseren Leben.“ Die Angst vor einer Katastrophe begleitet die Chinesen permanent. Nach einem Bericht von Greenpeace ereignete sich in China allein zwischen Januar und August 2016 praktisch jeden Tag ein Chemieunfall. Insgesamt waren in diesem Zeitraum 199 Tote und 400 Verletzte zu beklagen.⁵ Dennoch sank nach Regierungsangaben die Zahl der Menschen, die am Arbeitsplatz zu Tode kamen, in allen Wirtschaftszweigen von 140 000 im Jahr 2002 auf 34 000 im Jahr 2018.

Der für Krisenmanagement zuständige Vizeminister Sun Huashan erklärte 2019: „In der Kohleindustrie hat die Situation sich verbessert, während in der Chemieindustrie die Zahl der schweren Unfälle tendenziell zunimmt“. Zwischen Januar und August 2019 „kamen bei drei schweren Unglücken 103 Menschen ums Leben“ – die weniger spektakulären Unfälle nicht eingerechnet.⁶

Der 13. Fünfjahresplan für den Umweltschutz (2016–2020), in dem „klares Wasser und eine blühende Gebirgswelt“ als nationale Politikziele verankert wurden, zeigt indes, dass die staatlichen Stellen in Sachen Ökologie dazugelernt haben. Der Plan hatte zum Beispiel zur Folge, dass seit 2018 die Einfuhr von Plastikmüll aus westlichen Ländern verboten ist. Außerdem führten die Machthaber eine Reihe von Genehmigungspflichten für die Errichtung von Fabriken ein und schufen Anreize für die Umsiedlung von Chemieanlagen in staatliche Industrieparks.

In Schanghai entstand der gigantische Chemiepark SCIP – der erste seiner Art in Asien –, der sich auf Feinchemikalien und petrochemische Produkte in Weltmarktqualität spezialisiert hat.

Laut Greenpeace war 2017 „das Wasser in Schanghais Flüssen zu 60 Prozent für den menschlichen Gebrauch ungeeignet“.⁷ Und nach einer Studie aus dem Jahr 2015 atmen 38 Prozent aller Chinesen Luft, die nach US-Standards als gesundheitsschädlich einzustufen ist.⁸ Die Luftverschmutzung sei für den frühzeitigen Tod „von 1,6 Millionen Chinesen pro Jahr verantwortlich – das sind 17 Prozent aller im Land gemeldeten Todesfälle“.

Permanente Angst vor der Katastrophe

Seit August 2017 gilt der vom Staatsrat verabschiedete „Runderlass Nr. 77“. Er schreibt vor, dass einheimische und ausländische Fabriken, in denen Substanzen aus dem „Katalog gefährlicher Chemikalien“ hergestellt werden, bis Ende 2020 in staatliche Chemieparks umziehen müssen. Ab 2025 wird diese Vorschrift auch für Anlagen gelten, in denen weniger gefährliche Erzeugnisse produziert werden. Der Staatsrat hat die Provinz- und Kommunalbehörden angewiesen, die Unternehmen finanziell zu unterstützen und dafür zu sorgen, dass die Arbeiter, die den Umzug an die neuen Standorte nicht mitmachen können, anderweitig beschäftigt oder umgeschult werden.⁹ Zahlen liegen hierzu allerdings nicht vor.

Für die Fabriken, die im großen Stil petrochemische Erzeugnisse, Polymere oder Zwischenprodukte herstellen und schon jetzt über Einrichtungen zur Emissionskontrolle und Abwasserbereitung verfügen, ändert sich durch die neuen Regelungen wenig. Eine schwere Belastung sind die Vorgaben jedoch für die zahllosen Kleinbetriebe, die Pestizide, Farbstoffe, Tenside, Lebensmittelzusätze und ähnliche Substanzen für die einheimischen Landwirte und Verbraucher herstellen. Tausende solcher privatwirtschaftlicher Kleinfabriken wurden ohne nennenswerte Folgen für die inländischen Produktionsmengen dichtgemacht.

In der Provinz Shandong zum Beispiel ging nach der Schließung eines Viertels aller Fabriken die Produktion insgesamt lediglich um 5 Prozent zu-

rück. Die Experten der Unternehmensberatung McKinsey & Company Chemicals gehen davon aus, dass die Behörden in den kommenden drei bis fünf Jahren in den sogenannten Zonen des radikalen Wandels – also in jenen Industrieparks, in denen die Hälfte aller chemischen Erzeugnisse im Land produziert werden – die neuen Vorschriften entschlossen durchsetzen werden.¹⁰ Bereits 2017 und 2018 ging die Produktion von Pestiziden, Natriumglutamat und Farbstoffen um 30 bis 40 Prozent zurück, mit der Folge, dass die Preise entsprechend stiegen.

In der Konsequenz werden wohl nur diejenigen Unternehmen die Neuordnung der Chemieindustrie überstehen, die mit den höheren Betriebskosten zurechtkommen. Gleichzeitig eröffnen sich für Privat- und Staatsunternehmen vielfältige Möglichkeiten, im Verbund mit multinationalen Partnern aus dem Ausland in die Herstellung von Synthesezwischenprodukten zu investieren, die bislang nicht in ausreichendem Maß produziert werden.

Außerdem werden den Unternehmen künftig neue technologische Verfahren zur Verfügung stehen, an denen in China mit Hochdruck geforscht wird¹¹ und die man sich auch von der Strategie „Made in China 2025“ verspricht. Ziel dieser Strategie ist die Entwicklung von Spitzentechnologien wie der Vanadium-Redox-Flow-Batterie, der Wasserstoffzelle oder dem Doppelschichtkondensator.

Wenn die Fabriken umziehen, werden auch die Arbeitskräfte umziehen müssen – für die Betroffenen ein schwieriges und missliches Unterfangen. In seinem Vorwort zu einer Gedichtsammlung des Wanderarbeiters Guo Jinniu beschreibt der Lyriker Yang Lian die gigantische Arbeitsmigration des chinesischen „Wanderproletariats“ wie folgt: „Eine Welt der Stummen; verlassene Dörfer, aus denen die Jungen scharenweise wegziehen. Sie kehren der Heimat, ihrem Zuhause den Rücken und ziehen in Städte, in denen sie sich nicht zurechtfinden, die unfruchtbar sind wie die Wüste. Sie ziehen in eine abstoßende Arbeitswelt für die untersten Klassen der Gesellschaft, bis ihr Gemüt noch trostloser und elender ist als die Welt, die sie umgibt.“

¹ Einige Unfälle, über die in der Presse berichtet wurde: 31. März 2019: 7 Tote in Kunshan (Provinz Jiangsu); 19. Juli 2019: 15 Tote in Yima (Provinz Henan); 15. Oktober 2019: 4 Tote in einer Kleinstadt in der autonomen Region Guangxi; 3. Dezember: 9 Tote in Longzhou (Guangxi) und 4 Tote in Niulanshan (Peking).

² Die Dioxinkatastrophe in der lombardischen Stadt Seveso ereignete sich am 10. Juli 1976 in der Fabrik Icmesa.

³ Andrew Jacobs, Javier C. Hernández und Chris Buckley, „Behind deadly Tianjin blast, shortcuts and lax rules“, *The New York Times*, 30. August 2015.

⁴ John Woodside, Si Chen, Xu Wenjuan und Liu Huilan: „Too fast, too soon: how China’s growth led to the Tianjin disaster“, *The Guardian*, 23. Mai 2017.

⁵ Jean-François Tremblay, „Chemical blast kills dozen in China“, *Chemical and Engineering News*, Bd. 97, Nr. 13, Washington, D.C., 1. April 2019.

⁶ „Hou Liqiang, Casualties from natural disasters, workplace accidents fall sharply“, *China Daily*, 19. September 2019.

⁷ „Nearly half of Chinese provinces miss water targets, 85% of Shanghai’s river water not fit for human contact“, Greenpeace East Asia, 1. Juni 2017.

⁸ „Killer Air“, Berkeley Earth, August 2015.

⁹ Jean-François Tremblay, „Relocating chemical plants in China“, *Chemical and Engineering News*, Bd. 95, Nr. 38, 25. September 2017.

¹⁰ Sheng Hong, Yifan Yie, Xiaosong Li und Nathan Liu, „China’s chemical industry: New strategies for a new era“, McKinsey & Company Chemicals, März 2019.

¹¹ „US and China in close race for top spot on global R&D“, *Chemical and Engineering News*, Bd. 98, Nr. 3, 15. Januar 2020.

Aus dem Französischen von Andreas Bredenfeld

Mohamed Larbi Bouguerra ist Chemiker und Mitglied der Tunesischen Akademie für Wissenschaft, Literatur und Kunst (Beit al-Hikma) in Karthago.

Als Jair Bolsonaro am 1. Januar 2019 Staatspräsident von Brasilien wurde, schaffte er in einer seiner ersten Amtshandlungen das Kulturministerium ab. Das war zwar nichts unbedingt Neues – 1990 verzichtete für zwei Jahre Staatspräsident Fernando Collor darauf, 2016 ganz kurz Michel Temer –, aber es war hochsymbolisch. Denn seit Präsident José Sarney (1985–1990) nach dem Ende der Militärdiktatur das Kulturministerium aus dem vorherigen Ministerium für Bildung und Kultur herausgelöst hatte, spielte es eine zentrale Rolle für die Demokratisierung der brasilianischen Gesellschaft nach 21 Jahren Repression und Zensur. Als bekennender Bewunderer des Militärregimes zeigte Bolsonaro unverblümt, dass er mit der Abschaffung des Kulturministeriums die Uhr zurückzudrehen gedenkt.

Der berühmteste Kulturminister des Landes, der Sänger und Komponist Gilberto Gil, der unter Präsident Luis Inácio Lula da Silva von 2003 bis 2008 amtierte, sorgte durch seine Bekanntheit für ein nie da gewesenes Maß an medialer Aufmerksamkeit. Seine Ernennung war ein machtvolles Bekenntnis zur Diversität. Als einer der ersten afrobrasilianischen Minister in der Geschichte des Landes und Mitglied der kleinen Grünen Partei stand Gil für das Engagement, mit dem sich die regierende Arbeiterpartei (PT) dem Thema Minderheiten widmete. Unter Lula und seiner Nachfolgerin Dilma Rousseff wurden die Bürgerrechte für Frauen, Homosexuelle und People of Color hochgehalten und gestärkt. Solch Fortschrittlichkeit bot Bolsonaro eine willkommene Angriffsfläche. Die Rolle von Minderheiten sei es, sich dem Willen der Mehrheit zu beugen, erklärte er in seinem Präsidentschaftswahlkampf.

Die Abwertung der Kultur in der Regierungsarbeit – indem man das zuständige Ministerium zu einem zweitrangigen Staatssekretariat herabstufte – zeigt, wie tief das neue Regime Künstler und Intellektuelle verabscheut, die in Brasilien weitgehend mit Anliegen der Linken identifiziert werden. Teils aus purer Bosheit, teils aus Gleichgültigkeit brauchte Bolsonaro geschlagene zehn Monate, um den Posten des Kulturstaatssekretärs zu besetzen. Im November 2019 berief er den Theaterdirektor Roberto Alvim, der jedoch kaum zwei Monate später, am 17. Januar 2020, seine Stelle schon wieder los war. Bei der Ankündigung eines neuen Nationalpreises für Kunst hatte er, untermalt von Klängen aus Wagners „Lohengrin“, zur Erschaffung „heroischer“ und „nationaler“ Kunst aufgerufen und sich in der Wortwahl eng an eine Rede von Goebbels angelehnt.¹

Die ungenierte Bezugnahme auf den Nationalsozialismus entfachte helle Empörung bei Presse, jüdischen Gemeinden und sogar politischen Verbündeten aus dem Mitte-rechts-Lager. Aber der Ausrutscher war nur ein Fehler im Ton, nicht im Tenor. Denn Alvims Einstellung entspricht genau dem Denken Bolsonaros, der nur Stunden vor der Veröffentlichung des anstößigen Videos in den sozialen Medien von sich gab: „Nach Jahrzehnten haben wir endlich einen echten Kulturstaatssekretär, der den Interessen der Mehrheit der brasilianischen Bevölkerung dient, einer konservativen, christlichen Bevölkerung.“²

Der Aufstieg des nun in Ungnade gefallenen Staatssekretärs ist bezeichnend für das Vorgehen der Regierung gegen die Kultur. Alvim wurde im Juni 2019 zum Direktor der Abteilung Darstellende Künste in der Nationalen Kunststiftung Brasiliens ernannt. Als bald nutzte er mit dem Eifer eines Kreuzfahrers seine Facebook-Seite, um „konservative Künstler“ aufzufordern, ihm beim Bau einer „Kriegsmaschine für den Kulturkampf“ zu helfen.³

Drei Monate später machte er landesweit Schlagzeilen, als er die allseits verehrte Schauspielerin Fernanda Montenegro attackierte. Aus Protest gegen die zunehmenden Angriffe auf Kunst



Vibeke Slyngstad, Hotel Savoy, 2010, Öl auf Leinwand, 70 x 92 cm

Kulturkampf in Brasilien

von Rafael Cardoso

und Kultur hatte sich die 90-jährige große alte Dame des brasilianischen Theaters für einen Zeitschriftentitel fotografieren lassen, auf dem sie, schwarz gekleidet und gefesselt mit einem schweren Tau, auf einem Bücherstapel zu sehen ist. Stinkwütend über die Anspielung auf Hexenjagden und Bücherverbrennungen, schmähte Alvim, wieder über die sozialen Medien, die Schauspielerin als „verkommen“ und die Theaterzunft als „verrottet“. „Jetzt herrscht Krieg. Unwiderruflich!“, ließ er seine Follower wissen.⁴ Die Welt des Theaters, des Films und Fernsehens stellte sich geschlossen hinter Fernanda Montenegro, doch Alvims Attacke kam bestens beim Regime an, und er wurde prompt befördert.

In seiner zwei Monate währenden Amtszeit besetzte er die Verwaltung mit Getreuen, die seine Vision eines Kulturkriegs teilten. Verwaltungsämter und strategisch wichtige Institutionen wie die Nationale Filmbehörde, das Nationalinstitut für das historische und künstlerische Erbe und sogar die 210 Jahre alte Nationalbibliothek, vermutlich die ehrwürdigste kulturelle Einrichtung Brasiliens, wurden Personen anvertraut, die fast ausnahmslos weder im öffentlichen Dienst noch in den Bereichen, in denen sie nun leitende Positionen bekleideten, Erfahrung hatten.

Fast alle aber haben Verbindungen zu konservativen Wirtschaftskreisen und christlichen Gruppen. Manche sind Influencer, die ihre fragwürdige Berühmtheit mit der Verbreitung von Verschwörungstheorien erlangt haben. Der derzeitige Direktor der Nationalen Kunststiftung hängt allen Ernstes der Überzeugung an, Rockmusik sei gleichbedeutend mit Propagierung von Abtreibung und Satanismus.⁵

Diese neuen Beamten kommen übrigens zum großen Teil nicht aus den Eliten der Metropolen wie São Paulo und Rio de Janeiro, was bedeutet, dass

sie Loyalität nur ihren politischen Herren in Brasilia schulden. Trotz aller Empörung im kulturellen Establishment war die allgemeine Reaktion verhalten, die meisten Berufungen gingen glatt über die Bühne. Jedoch nicht die des neuen Präsidenten der Fundação Palmares, der bundesstaatlichen Organisation zur Förderung der afrobrasilianischen Kultur. Da erfolgte geradezu ein Aufschrei, als er verkündete, dass die Schwarzen von der Sklaverei profitiert hätten.⁶

Und als der neue Direktor der Fundação Casa de Rui Barbosa – eines Forschungszentrums zu Geschichte, Literatur und Recht in Rio de Janeiro – fünf der verdientesten Forscher aus leitenden Positionen entfernte, wurde das als politische Säuberung angesehen und führte sofort zu einem entsprechenden Echo in Presse und sozialen Medien.⁷ Aber alle Proteste waren bisher nicht sehr effektiv, und die Regierung fährt fort, bewährte Beamte durch ideologisch überprüfte Neulinge zu ersetzen.

Künstler werden als Parasiten beschimpft

Eines haben Alvim und praktisch alle, die er berufen hat, ebenfalls gemein: Sie sind Anhänger desselben Internet-Gurus. Der Rasputin hinter Bolsonaros Kulturpolitik ist Olavo de Carvalho, ein Knarre schwingender, Kraftausdrücke liebender Irrer, der sich als Philosoph geriert und seinen Lebensunterhalt mit Onlinekursen verdient, die Brasilianer auf ideologischer Sinnsuche in immer größeren Scharen belegen. Er lebt in den USA und verbringt die meiste Zeit damit, über einen eingebildeten Feind zu schimpfen, den er „kulturellen Marxismus“ nennt. Den Westen sieht er bedroht, und er findet auch nicht abwegig, dass die Erde eine Scheibe sei.⁸

Wie Bolsonaro war Carvalho jahrzehntelang eine Randerscheinung und

wurde bis vor Kurzem als intellektueller Witz gehandelt. Doch mit dem Aufkommen der sozialen Medien hat er sich eine neue Fangemeinde geschaffen, die zu ihm als ihrem Führer aufsieht (*siehe auch den Artikel auf Seite 18*).

Schon vor der Internet-Ära war er das analoge Pendant zum digitalen Troll. Heute sind seine Bücher Bestseller: etwa „Wie wenig du wissen musst, um kein Idiot zu sein“ oder „Wie man eine Debatte gewinnt, ohne Recht zu haben“. Zu seinen prominentesten Jüngern gehört Eduardo Bolsonaro, Kongressabgeordneter und Präsidentensohn, dessen Einfluss auf seinen Vater bewirkte, dass andere *Olavistas* in noch einflussreichere Positionen gehievt wurden.

Der derzeitige Außenminister Ernesto Araújo – der den globalen Klimawandel für eine chinesische Erfindung hält und einen jüdisch-christlichen Kreuzzug gegen den Islam predigt – wurde von Carvalho selbst erwählt. Ebenso der ehemalige Bildungsminister, dessen vollkommene Inkompetenz aber dann doch dafür sorgte, dass er nur drei Monate im Amt blieb. Kürzlich hat Steve Bannon sein Interesse bekundet, den streitbaren Brasilianer als Ideologen der Alt-Right-Bewegung aufzubauen.⁹

Das kulturelle Milieu Brasiliens ist tief gesunken seit jenem Höhepunkt im September 2003, als Gilberto Gil die UN-Generalversammlung mit seinem Hit „Toda menina baiana“ mitriss, begleitet von Generalsekretär Kofi Annan an der Percussion.¹⁰ Damals war George W. Bush Präsident der USA, nur wenige Leute außerhalb von Illinois hatten von Barack Obama gehört, und der Anblick zweier schwarzer Männer aus dem globalen Süden, die sozusagen auf der Bühne der Welt musizierten, schien anzuzeigen, dass Macht im 21. Jahrhundert vielleicht anders ausgeübt werden würde.

Damals waren die Veränderungen der politische Landschaft schwerlich vorauszusehen: die Dominanz eines separatistischen Nationalismus, die Renaissance der Ideologie von der überlegenen weißen Rasse, den wachsenden Einfluss des religiösen Fundamentalismus und die zunehmend autoritären Regierungssysteme. Ein aggressiver Urfaschismus ist im Kommen, und das wird nirgends so deutlich wie im Brasilien Bolsonaros, wo eine antikommunistische Hysterie gedeiht und Künstler immer öfter als Parasiten und Feinde des Volkes angeschwärzt werden.

Am 24. Dezember 2019 flogen Molotowcocktails in die Räume der Produktionsgesellschaft des Comedy-YouTube-Kanals Porta dos Fundos (Hintertür) in Rio de Janeiro. Der Anschlag war insofern nicht erfolgreich, als die Räume nicht ausbrannten; ein Sicherheitsmann löschte das Feuer. Porta ist einer der brasilianischen Renner im Internet. Bei jedem der wöchentlich zweimal auf YouTube eingestellten Sketche gibt es durchschnittlich eine Million Aufrufe. Dabei geht es um ein breites Spektrum an Themen – von eher leichtgewichtigen bis zu existenziell wichtigen und politischen –, die aber stets in schöner Respektlosigkeit daherkommen.

Der Humor der Truppe äußert sich seit Langem in beißenden Satiren über Religion, zum Beispiel in den alljährlichen Weihnachtsspecials, wobei das von 2019 mit einem schwulen Jesus in der Hauptrolle nicht respektloser war als frühere, mit dem Unterschied allerdings, dass es über Netflix ein Massenpublikum erreichte.

Am ersten Weihnachtstag postete eine obskure Gruppe, die sich „Nationales Volksaufstandskommando der Integralisten-Großfamilie Brasiliens“ nennt, ein Video, in dem sie die Verantwortung für den Anschlag übernahm. Zu sehen waren drei Gestalten, eine saß und verlas die Verlautbarung, zwei



Vibeke Slingstad, Democracy Part 1, 2017, Öl auf Leinwand, 165 x 200 cm

standen, alle trugen schwarze Schlupfmützen, grüne Militärjacken und Armbinden mit den Zeichen des brasilianischen *integralismo*, einer faschistischen Bewegung der 1930er Jahre.¹¹

Hinter dem Trio hing ein Banner mit dem integralistischen Symbol, den Tisch vor ihnen bedeckte die Flagge des Kaiserreichs Brasilien, das 1889 von einer Republik abgelöst wurde. Die krude Ästhetik erinnerte an Videos der baskischen Separatistengruppe ETA, die Botschaft war unmissverständlich: Sich im Namen der Redefreiheit über religiöse Werte lustig zu machen, werde nicht mehr geduldet.

Und das in einer Gesellschaft, die eine reichhaltige Komiktradition aber keinen einheimischen Terrorismus hervorgebracht. Doch in diesem Brasilien gibt es heute humorlose Fanatiker, die bereit sind, in ihrem Rachefeldzug gegen alles, was sie als blasphemisch ansehen, Bomben zu werfen.

In diesem Fall war ein Verdächtiger bald gefasst: ein Anhänger Bolsonaros, eingetragenes Mitglied der Partido Social Liberal (PSL), für die der Präsident kandidiert hatte und mit der er jetzt zerstritten ist. Der Brandstifter wurde schnell ausgeschlossen, und selbst Vertreter der Frente Integralista Brasileira, die heutigen Erben der faschistischen Bewegung, distanzieren sich öffentlich von ihm.

Doch Bolsonaro, der sich sonst bei jeder Bedrohung der öffentlichen Sicherheit unverzüglich zu Wort meldet, hat zu dem Vorfall bislang beredt geschwiegen. Ähnlich peinlich verhält sich sein Minister für Justiz und Öffentliche Sicherheit, Sérgio Moro.

Die Art der Attacke ist so weit von dem entfernt, wie sich die Brasilianer gern selbst sehen, nämlich als warmherzig und unbekümmert, dass anfangs manche Leute glaubten, das Video sei ein Fake. In Wirklichkeit ist es der jüngste Beweis dafür, dass Brasilien

eben keine sorglose Gesellschaft mehr ist (wenn sie das überhaupt je war). Seit den Ereignissen, die 2016 zur Amtsenthebung von Dilma Rousseff führten – und denen in einflussreichen Medien der Mainstream-Presse eine jahrelange fanatische Kampagne gegen die PT vorausgegangen war –, sind die Brasilianer in feindliche politische Lager gespalten.

Die eine Hälfte ist überzeugt, dass Rousseffs Entfernung aus dem Amt ein Coup des Parlaments war und dass Lula zu Unrecht ins Gefängnis geworfen wurde, damit er 2018 nicht bei den Wahlen kandidieren konnte. Die andere Hälfte glaubt, die PT habe nicht nur einen riesigen Korruptionsapparat aufgebaut, sondern auch eine Verschwörung angezettelt, um die Moral der Nation zu untergraben. Anhänger beider Lager finden sich quer durch alle Geschlechter und Klassen, unabhängig von Hautfarbe, Bildung, Einkommen und Wohnort.

Bolsonaro ließ sich im Jordan taufen

Wer sich wo tummelt, ist am verlässlichsten vielleicht an der Einstellung gegenüber Homorechten abzulesen. Wer für sexuelle Freiheit und Diversität ist, bewegt sich wohl eher im Lager der „Roten“. Diejenigen, die in den Nationalfarben Grün und Gelb auf die Straße gehen, sind eher der Meinung, Homosexualität sei eine Sünde, eine Geißel der Menschheit und Grund zur Scham. Die Behauptung, dass die PT-Regierung Gehirnwäsche betrieben habe, um die traditionellen Geschlechterkonzepte auszuhöhlen, trifft bei ihnen auf offene Ohren.

Oft verächtlich gemacht als „Genderideologie“, war diese Anschuldigung eine von Bolsonaros wirksamsten Waffen im Wahlkampf. Er setzte sie vor allem über WhatsApp ein und verbreitete

massenhaft Fake News wie die, dass die PT plane, Familien ihre Kinder wegzunehmen und sie vom Staat erziehen zu lassen; dass in Kinderkrippen der PT Babyflaschen mit Schnullern in Form eines Penis in Gebrauch seien; oder dass Fernando Haddad, der PT-Kandidat, der gegen Bolsonaro kandidierte, ein Kinderschänder sei.

Der berüchtigt niedrige Bildungsstand der Brasilianer war für die primitive Propaganda ein fruchtbarer Boden. Und Bolsonaro nutzte dabei die neuesten Methoden der Desinformation, die von Cambridge Analytica auch woanders in der Welt angewendet wurden.

Es besteht wohl kaum ein Zweifel daran, dass Organisationen auf der extremen Rechten wie der Movimento Brasil Livre oder die Escola sem Partido (Schule ohne Partei) eifrig die öffentliche Aufregung um sensible Themen schüren – mit finanzieller Unterstützung durch zahlreiche Konzernchefs im In- und Ausland.¹²

Und doch wäre der Schluss, dass die ideologische Kluft in Brasilien erst im Wahlkampf erzeugt und ausgebeutet wurde, ein großer Irrtum. Diese Kluft ist tiefer und existiert schon seit Längerem. Ähnlich wie in Europa und den USA ist sie auch Resultat des vollkommenen Auseinanderdriftens derjenigen, die Kosmopolitischen als wünschenswert, und derer, die es als Bedrohung ansehen. Die Spaltung verläuft auch entlang religiöser Vorgaben.

Die spektakuläre, immer weitere Verbreitung von Pfingstgemeinden während der letzten drei Jahrzehnte verändert die politische Landschaft.¹³ Von den 513 Mitgliedern der derzeitigen Legislative gehören 91 Kongressabgeordnete zur sogenannten evangelikalen Fraktion, darunter auch ein paar aus der PT. Evangelikale – also fundamentalistische, „wiedergeborene“ Christen – stimmten 2018, ganz unabhängig von anderen demografischen

Faktoren, massenhaft für den jetzigen Präsidenten.

Bolsonaro, der sich als Katholik bezeichnet, hat keine Mühe gescheut, um sich bei ihnen anzubiedern. So hat er sich im Jordan taufen lassen, ist bei allem dabei, das proisraelisch ist, und veranstaltet evangelikale Gottesdienste im Präsidentenpalast. Darüber hinaus hat er sich mit Edir Macedo zusammengetan, dem allmächtigen Führer der Universalkirche des Königreichs Gottes, einer der größten brasilianischen Pfingstkirchen und allemal der umstrittensten, weil sie die sogenannte Wohlstandstheologie, den Zusammenhang von Reichtum und rechtem Glauben, predigt.

Derzeit zählen etwa 20 bis 25 Prozent der Brasilianer zu den Evangelikalen. Aber sie nehmen an Zahl unaufhörlich zu, und manche Fachleute prophezeien, dass sie bis 2030 die Katholiken überflügeln werden. Wenn sich die Anhänger der verschiedenen Kirchen für eine Sache verbünden, sind sie eine beachtliche politische Kraft. Evangelikale und Katholiken sind sich bei Themen wie Abtreibung und Homosexualität ja auch durchaus einig.

Eine weitere Gemeinsamkeit zwischen Fundamentalisten beider Konfessionen ist der Widerstand gegen künstlerische Ausdrucksformen, die sie als Gefahr für religiöse und Familienwerte ansehen. Antônio Obá, der 2015 in einer Performance einen Gipsabdruck von „Unserer Lieben Frau von Aparecida“ zerraspelte und das weiße Pulver über seinen nackten schwarzen Körper streute, bekam so viele Todesdrohungen, dass er das Land verlassen musste. Auch Wagner Schwartz' Performance „La Bête“, bei der das Publikum zur Interaktion mit dem Künstler aufgefordert wurde (es sollte seinen nackten Körper in verschiedene Posen rücken), zog eine Flut von Todesdrohungen und Beschimpfungen im Internet

nach sich, zumal Schwartz auch noch fälschlicherweise beschuldigt wurde, zur Pädophilie zu animieren.

Die religiöse Intoleranz in Brasilien wächst, besonders in Form von Überfällen auf *terreiros* (Orte für afrobrasilianische religiöse Riten). Ebenso wächst die Gewalt gegen Frauen, Homo- und Transsexuelle und ebenso die Zensur von Künstlern und Museen, Büchern, Filmen und Sendern, die konservative Ideale von Nation und Religion antasten. Diese drei Aspekte brasilianischer Bigotterie – die sich bisweilen überschneiden, aber, analytisch betrachtet, verschieden sind – verschmelzen zunehmend im öffentlichen Bewusstsein und werden als Kampf zwischen Freiheit und Familie, Diversität und Patriotismus, Demokratie und Gottesfurcht oder jedem anderen schlaue zurechtgedrehten Gegensatzpaar geschluckt.

Als Folge verschanzt man sich auf beiden Seiten des ideologischen Grabens immer tiefer in seinen jeweiligen Vorstellungen von Identität und identitärer Haltung. Das eine Lager hat seinen Helden in Bolsonaro gefunden, dessen intellektuelle Schlichtheit und moralische Leere ihn geradezu prädestinieren, den Anführer eines imaginären Kreuzzugs zu spielen. Das andere Lager stolpert umher bei der Suche nach einer Botschaft, die seine disparaten Kräfte, die bei jeder kleinen Kurve schon auseinanderfliegen, irgendwie zusammenhalten könnte.

Roberto Alvims Rauswurf und die Reaktion auf seine unverhohlenen nationalsozialistischen Anleihen könnten einen Hoffnungsschimmer andeuten. Doch einerlei, wer Alvims Platz einnimmt, die Regierung Bolsonaro steht fest zu ihrem Bekenntnis, die „künstlerische und kulturelle Wiedergeburt“ – mit den Säulen Gott, Vaterland und Familie – zu fördern und den „Kampf gegen all diese Entarteten“ zu führen.

So hat sie es in ihren Plänen und Zielen für 2020 festgelegt.¹⁴ Und das war ja auch Sinn und Zweck der Übung mit dem neuen Nationalpreis für Kunst, dessen Ankündigung dermaßen schief ging. Für die olavistischen Kader, die Alvim als seine Erben hinterlässt, sind die Worte aus dem Erlass eherne Glaubenssätze, die verwirklicht werden müssen. Der Krieg „gegen den Kulturmarxismus“ tobt in Brasilien weiter, und es sieht nicht danach aus, als werde er in nächster Zeit abflauen.

¹¹ Sam Cowie, „Brazil Culture Secretary fired after echoing words of Nazi Goebbels“, *The Guardian*, 17. Januar 2020.

¹² „Secretário de Cultura é demitido após discurso semelhante ao de ministro de Hitler“, *GI*, 17. Januar 2020.

¹³ Jan Niklas, Alessandro Giannini und Gustavo Maia, „Roberto Alvim convoca ‚artistas conservadores‘ para criar uma ‘máquina de guerra cultural‘“, *O Globo*, 18. Juni 2019.

¹⁴ „Apoiador de Bolsonaro, dramaturgo Roberto Alvim ataca Fernanda Montenegro“, *Folha de S. Paulo*, 23. September 2019.

¹⁵ Lucas Brêda und Manoella Smith, „Brazil's New Arts Foundation Head Promotes Conspiracy Theories on YouTube Channel“, *Folha de S. Paulo*, 3. Dezember 2019.

¹⁶ „Negro de direita“, presidente da Fundação Palmares disse que escravidão foi benéfica“, *Folha de S. Paulo*, 27. November 2019.

¹⁷ Gustavo Fioratti, „Governo desfaz núcleo que era considerado a ‚alma‘ da Casa de Rui Barbosa“, *Folha de S. Paulo*, 8. Januar 2020.

¹⁸ Leticia Duarte, „Meet the intellectual founder of Brazil's far right“, *The Atlantic*, 28. Dezember 2019.

¹⁹ John Paul Rathbone, „The mask of Bolsonaro's guru, Olavo de Carvalho, slips“, *Financial Times*, 22. März 2019.

²⁰ www.youtube.com/watch?v=C5-33YIVYC4.

²¹ Die Ação Integralista Brasileira, gegründet 1932 und angeführt von dem Schriftsteller Plínio Salgado, war eine ultranationalistische, katholische traditionellistische Bewegung. Ihr Symbol war der Buchstabe *Σ*.

²² Vgl. Lee Fang, „Sphere of Influence: How American Libertarians Are Remaking Latin American Politics“, *The Intercept*, 9. August 2017.

²³ Siehe auch: Claudia Zilla, „Die Evangelikalen und die Politik in Brasilien. Die Relevanz des religiösen Wandels in Lateinamerika“, Studie der Stiftung Wissenschaft und Politik, Dezember 2019.

²⁴ Amanda Audi, „Documento confidencial mostra que Cultura vai continuar pregando ideais nazistas mesmo sem Roberto Alvim“, *The Intercept Brasil*, 18. Januar 2020.

Aus dem Englischen von Sigrid Ruschmeier

Rafael Cardoso ist Kunsthistoriker und Schriftsteller. Zuletzt erschien von ihm „Das Vermächtnis der Seidenraupen. Geschichte einer Familie“, Frankfurt am Main (S. Fischer) 2016. In diesem Jahr erscheint „Modernity in Black and White: Art and Image, Race and Identity in Brazil, 1890–1945“, Cambridge University Press.

© LMD, Berlin

Olavo de Carvalho, erklärte 2001 der linke Soziologe Emir Sader, „existiert nicht“. Die ultrareaktionären Thesen dieses Philosophenpamphletisten und Astrologen schienen weit weg von dem, was die breite Öffentlichkeit beschäftigte. Deshalb ging man im progressiven akademischen Milieu davon aus, dass dieser Carvalho lediglich an den radikalsten Rändern der brasilianischen Rechten „existierte“, wo er laut bellen mochte, aber anderswo kaum Gehör fand.

Als Jair Bolsonaro im Oktober 2018 die Präsidentschaftswahlen gewann, ergriffen die Außenseiter von gestern die Macht. Vier Bücher seien für ihn wichtig, erklärte Bolsonaro kurz darauf in den sozialen Medien: die Bibel, die brasilianische Verfassung, eine Churchill-Biografie – und ein Buch von Olavo de Carvalho.

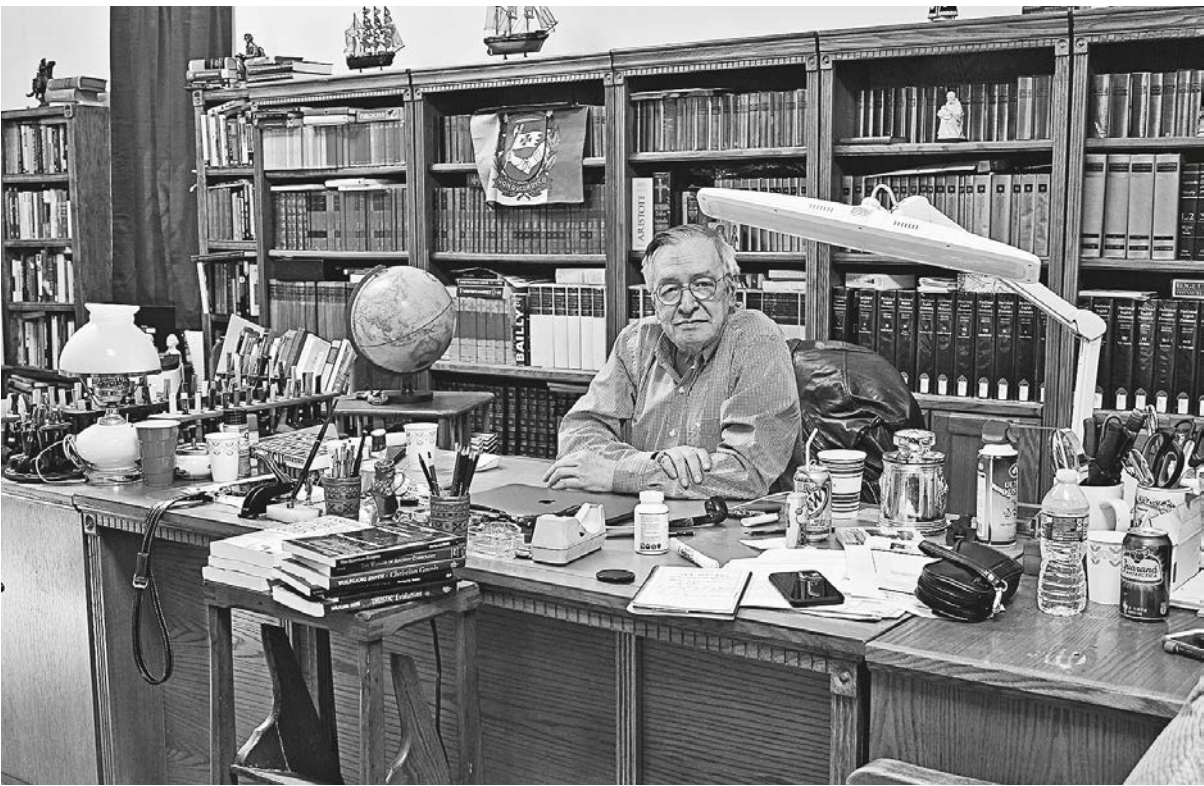
Carvalho, Jahrgang 1947, engagierte sich in den 1960er Jahren kurzzeitig in der Kommunistischen Partei Brasiliens. Er studierte Philosophie, brach aber das Studium wegen der „miserablen Lehre“ wieder ab. 1967 begann er für große Zeitungen zu schreiben. Er wandte sich der Astrologie zu, einer, in seinen Augen, „Grunddisziplin“: „Diejenigen, die sie nicht studiert haben, wissen nichts. Es sind Analphabeten.“¹

Carvalho brachte es zum gutbezahlten konservativen Leitartikler, der das „Gutmenschentum“ geißelte, das sich seit Ende der Diktatur (1964–1984) des Landes bemächtigt habe. So erklärt sich der Titel eines seiner wichtigsten Bücher, das 1996 erschien: „O imbecil coletivo. Atualidades inculturais brasileiras“ (Das dumme Kollektiv. Neuigkeiten zur brasilianischen Unkultur).

Dass sich Carvalho als Intellektueller einen Namen machen konnte, verdankt sich auch der Unterstützung von Ronaldo Levinsohn. Dem Bankier, der auf wundersame Weise eine Reihe von Finanzskandalen überstand, gehört die private Universität UniverCidade, an der Carvalho zwischen 1997 und 2001 Philosophie lehrte und zudem von 1999 bis 2001 den Universitätsverlag leitete.

1998 startete er eine Internetseite, auf der er seine Gesellschaftsanalysen veröffentlichte und um Spenden bat. Seine Thesen, die er 2009 erneuerte, lauten in etwa so: Da „der bürgerliche ‚ideologische Apparat‘, von dem die Marxisten reden, nicht existiert“, seien die oberen Klassen „wehrlos“ gegenüber der kommunistischen Gefahr. „Wenn sie es wagen, für ihre eigenen Interessen einzutreten, tun sie dies so zurückhaltend und vorsichtig, dass sie den Eindruck vermitteln, gegen den wohlwollendsten und verständnisvollsten Gegner der Welt zu kämpfen und nicht gegen jene ‚Killermaschinen‘, die zu sein sich die Revolutionäre rühmen.“²

Carvalho präsentierte sich zwar als Intellektueller, der sich der Sache der Vermögenden annahm. Doch das Bürgertum, das sich der eigenen Bedrohung wohl zu wenig bewusst war, gewährte ihm nicht die pekuniäre Unterstützung, die er zu verdienen meinte. Plínio Salgado (1895–1975), der historische Anführer des brasilianischen Faschismus, hatte auch jahrzehntelang lamentiert: „Das Bürgertum hilft uns nicht.“ Die Sprache Carvalhos zeichnet sich durch einen Hang zur Vulga-



TERRENCE MCCOY/picture alliance/ap photos

Der Bolsonaro-Flüsterer

Olavo de Carvalhos Aufstieg vom kauzigen Außenseiter zum einflussreichen Berater des brasilianischen Präsidenten

von Gilberto Calil

rität und einen martialischen Ton aus. Die Aggressivität soll als Authentizität verstanden werden, was an Bolsonaros Stil erinnert. Carvalho behauptet, sein Geflüche drücke lediglich „die schlichte Absage an eine falsche Feierlichkeit“ aus. Für angebracht hält er eine solche Rhetorik „in Situationen, in denen eine zaghafte Reaktion eine Form von Komplizenschaft mit dem Nichttolerierbaren wäre“.³

Eine der bevorzugten Techniken Carvalhos besteht darin, seine Gegner damit zu disqualifizieren, dass er ihnen sexuell oder fäkal konnotierte Spitznamen verpasst. Er behauptet, das „Personal der Linken“ sei prinzipiell bereit zum Völkermord, und empfiehlt für den Umgang mit einem Linken: „Wenn Sie höflich mit ihm sprechen, verleihen Sie nur seinen Ideen Würde.“ Er rät dazu, bloß keine Hemmungen zu haben vor Äußerungen wie „Scheißbildung! Verpiss dich, Arschloch!“⁴

Doch wenn er sich über die Arroganz der progressiven Intellektuellen aufregt, die ihm vorhalten, keinen Universitätsabschluss zu besitzen, kann er allerdings mit großem Applaus rechnen. 83 Prozent der Bevölkerung haben nämlich ebenfalls keinen Uniabschluss.

2002 gründete Carvalho die Website Mídia Sem Máscara (Medien ohne Masken, MSM). Obwohl er damals regelmäßig Kolumnen für die wichtigsten Zeitungen des Landes schrieb, setzte sich seine Plattform zum Ziel, die Einflussnahme der Kommunisten auf die Presselandschaft zu entlarven. Dieser Kreuzzug, der in einem Land, in dem sich die Medien in der Hand der Oligarchie befinden, einigermaßen albern anmutet, machte Carvalho zur Be-

zugsgröße für die extreme Rechte, die seinen „Mut“ bewunderte.

In den Augen Carvalhos schließt das Etikett „kommunistisch“ die lauwarmen Reformisten ebenso ein wie die waschechten Sozialdemokraten und die Neoliberalen von der (rechten) Partei der Sozialdemokraten Brasiliens (PSDB). Die Letztgenannten, die sich für eine Öffnung der Wirtschaft und eine gesellschaftliche Modernisierung einsetzen, sind für Carvalho die zentralen Akteure eines ideologischen Projekts, das er als „Gramsciismus“ bezeichnet und das laut Carvalho darauf abziele, die brasilianische Gesellschaft zu schwächen, um einen Umsturz vorzubereiten.

Klimaleugner unter sich

Seit der Veröffentlichung von „A Nova Era e a Revolução Cultural“ (Die neue Ära und die kulturelle Revolution, 1994) ist Carvalho von den Schriften Antonio Gramscis geradezu besessen. Laut Leonardo Puglia wird der italienische Kommunist – von Carvalho als „Prophet der Dummheit, Führer der dummen Horden“⁵ titulierte – „318-mal in den vier wichtigsten Werken des Autors“ namentlich zitiert.⁶ Die Gramsci'sche Revolution verhält sich zur Lenin'schen Revolution wie die Verführung zur Vergewaltigung“, erklärt Carvalho.⁷

Die Gramsci-Strategie, die sich unmerklich immer mehr verbreite, ziele drauf ab, die christlichen und moralischen Fundamente der Gesellschaft zu unterhöhlen, um den Weg für die kommunistische Revolution freizumachen. Deshalb lieferten „die Kommu-

nisten“ die brasilianische Gesellschaft einem „kulturellen Krieg“ aus, um Abtreibung, Homosexualität und sexuelle Freiheit zu fördern. Diese Argumentation wurde 2011 fast Wort für Wort von der Senatorin Kátia Abreu übernommen: „Die Hegemonie des linken Denkens, die die Gramsci-Strategie der kulturellen Revolution den Universitäten eingepfimpft hat, hat eine Gedankendiktatur etabliert.“⁸ Vier Jahre später integrierte Dilma Rousseff Abreu als Landwirtschaftsministerin in ihre Regierung der „Öffnung“.

Paradoxerweise beruht Carvalhos Erfolg auf Kommunikationsinstrumenten, die denen ähneln, die Gramsci den Kommunisten für den „Stellungskrieg“, das heißt, den Kampf um die Hegemonie der Ideen vorschlug. Carvalho beteiligte sich an einer Art kulturellen Revolution von rechts, die Bolsonaro an die Macht brachte. Dessen Regierung entspricht nun tatsächlich Carvalhos zentralen Positionen – mit ihrem Antikommunismus, ihrer Leugnung des Klimawandels, ihrer Infragestellung der Menschenrechte und ihren Attacken gegen Frauen, Farbige und sexuelle Minderheiten.

Inzwischen ist bekannt, dass Carvalho bei der Ernennung des Bildungsministers und des Außenministers eine zentrale Rolle gespielt hat. Sein Einfluss auf den Präsidenten und dessen Söhne Flávio (Senator), Eduardo (Bundesabgeordneter) und Carlos (Stadtverordneter von Rio de Janeiro) ist groß.

Unter den Regierungen von Luiz Inácio Lula da Silva (2003–2010) und Dilma Rousseff (2011–2016) gelang es den verschiedenen rechten Randgruppen, sich zu verbünden, um gemeinsam die linken Präsidenten zu stür-

zen: Mit der Inhaftierung (ohne klare Beweise) Lulas und der (zweifelhaften) Amtsenthebung Rousseffs erreichten sie ihr Ziel.⁹

Doch als Bolsonaro gewählt war, traten die Unterschiede und Unstimmigkeiten wieder zutage, auch innerhalb der Regierung.¹⁰ Grob gesagt gibt es drei Fraktionen: die Militärs (die acht Ministerien leiten), die Ultraliberalen (angeführt von Finanzminister Paulo Guedes) und die ideologischste Fraktion aus dem Umfeld von Carvalho, zu der etwa die Ministerin für Menschenrechte, Familie und Frauen, die Pastorin Damares Alves, gehört, die zum Beispiel der Ansicht ist, dass Jungen blaue und Mädchen rosa Kleidung tragen sollen.

Vizepräsident General Antônio Hamilton Mourão hat die Cavalho-Anhänger ebenso im Visier wie die ultraliberalen Gruppen – etwa die Bewegung Freies Brasilien (MBL). Cavalho wütet seinerseits gegen die „Moderaten“ in der Regierung, deren Zaghaflichkeit Bolsonaro daran hindere, sein Programm durchzuziehen. Der größte Hemmschuh ist laut Carvalho General Mourão, ein „ungebildeter Kerl“.¹¹

Carvalho propagiert die politische Radikalisierung. Die großen Demonstrationen in 350 Städten am 26. Mai 2019, bei denen Bolsonaros Unterstützer die Schließung beider Kammern der Legislative und des Verfassungsgerichts verlangten, da sie „nicht den Willen des Volkes“ verträten, unterstützte er ausdrücklich. Ebenso befürwortete er die Kundgebungen vom 30. Juni zur Unterstützung des Justizministers und Ex-Richters Sérgio Moro, der für Lula da Silvas Verurteilung nach einem nachweislich politischen Prozess verantwortlich ist.

Bei den Aufmärschen tönte von Lkw-Lautsprechern die Botschaft Carvalhos: „Vier oder fünf Jahrzehnte lang haben die Kommunisten und ihre Mitstreiter Brasilien beherrscht: die Medien, die Universität, die Kunstwelt und die Unterhaltungsbranche. Alles, absolut alles!“ Die Demonstranten wurden aufgefordert, sich von den „Hofnarren und Verrätern“ zu distanzieren, „die mit der anderen Seite zu verhandeln begonnen haben und sich gemäßigt nennen“. Jetzt sei die Stunde gekommen, „diesen Pennern die Knochen zu brechen“.

¹ „Um acerto de contas com a astrologia“, Porto do Céu, Recife, Juni 2000.

² *Diário do Comércio*, São Paulo, 17. August 2009.

³ „Coleção de frases com Cu e cia“, Olavo de Carvalho, 20. April 2015, olavodecarvalho.org.wordpress.com.

⁴ Zitiert nach: Lucas Patschiki, „Os litores da nossa burguesia: o Mídia Sem Máscara em atuação partidária (2002–2011)“, Magisterarbeit in Geschichte, Universidade Estadual do Oeste do Paraná, 2012.

⁵ Olavo de Carvalho, „A Nova Era e a Revolução Cultural“, Kapitel 2: www.olavodecarvalho.org.

⁶ Leonardo Seabra Puglia, „Gramsci e os intelectuais de direita no Brasil contemporâneo“, *Teoria e Cultura*, Juiz de Fora, Bd. 13, Nr. 12, Dezember 2018.

⁷ „A nova era e a revolução cultural“, siehe Anmerkung 5.

⁸ Zitiert nach: Lucas Patschiki, „Os litores da nossa burguesia“, siehe Anmerkung 4.

⁹ Siehe Laurent Delcourt, „Hexenjagd in Brasilien“, *LMd*, Mai 2016.

¹⁰ Siehe Raúl Zibechi, „Bolsonaro und das Militär“, *LMd*, Februar 2019.

¹¹ „Olavo de Carvalho retruca Mourão via redes sociais; Carlos Bolsonaro apoia“, *Poder 360*, 23. April 2019, www.poder360.com.br.

Aus dem Französischen von Uta Rüenauer

Gilberto Calil lehrt Geschichte an der Universidade Estadual do Oeste do Paraná (Unioeste).

ANZEIGE



NEU
AM KIOSK ODER
GRATIS TESTEN

Die 20er Jahre

Goldene Zwanziger? Eher eine zerrissene Zeit, tief gespalten und voller Widersprüche. Ekstase und Elend, Vergnügen und Verbrechen – davon erzählt diese ZEIT GESCHICHTE-Ausgabe.

Hier testen: www.zeit.de/zg-lemonde ☎ 040/42237070*

*Bitte die Bestellnummer 1920965 angeben. Anbieter: Zeitverlag Gerd Bucerius GmbH & Co. KG, Buceriusstraße, Hamburg.

ZEIT Geschichte

Enttäuschte Hoffnung auf Frieden

Der Krieg in der Ostukraine droht zu einem eingefrorenen Konflikt zu werden

von Igor Delanoë



Rückkehr nach Luhansk ULF MAUDER/dpa

Der bewaffnete Konflikt zwischen der ukrainischen Armee und den prorussischen Separatisten im Donbass geht in diesem Februar ins siebte Jahr. Zwei Jahre lang bemühten sich Frankreich, Deutschland, die Ukraine und Russland um eine Lösung, doch seit Oktober 2016 gab es kein Treffen mehr in diesem sogenannten Normandie-Format. Dass die Gespräche im Sommer 2019 wieder aufgenommen wurden, ist sowohl Wolodimir Selenskis Wahlsieg als auch Präsident Emmanuel Macrons Diplomatie zu verdanken.

Am 21. April 2019 hatte Selenski mit 73 Prozent der Stimmen gegen den bisherigen ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko gewonnen. Und bei den vorgezogenen Parlamentswahlen im Juli errang Selenskis Partei „Diener des Volkes“ mit 43 Prozent die absolute Mehrheit der Sitze. Das hatte es seit der Einführung des Mehrparteiensystems 1991 noch nie gegeben. Das starke Mandat zeigt, dass Selenskis Wähler viel von ihm erwarten, vor allem eine Lösung des Donbass-Konflikts.

Hatte Poroschenko die Separatistengebiete abgeschottet, geht sein Nachfolger mit dem Konflikt anders um. Im Wahlkampf äußerte er sich in ukrainischen Medien auf Russisch,¹ und als Präsident verkneift er sich die Bezeichnung „russische Aggression“.² Gleich nach seiner Wahl signalisierte er aber auch seine Absicht, die abtrünnigen Provinzen in Kiews Schoß zurückzuholen. Im September 2019 präsentierte seine Regierung einen Plan zur Wiederaufnahme wirtschaftlicher und humanitärer Beziehungen. So soll unter anderem die Auszahlung der Renten in den Separatistengebieten erleichtert werden.³

Macron nutzte den Regierungswechsel in Kiew, um sich dafür einzusetzen, dass Russland nach fünf Jahren Pause seit Ende Juni 2019 wieder an den Parlamentarischen Versammlung (PV) des Europarats teilnehmen kann – die Entscheidung, das russischen Stimmrecht zu suspendieren, war in der PV sowieso umstritten gewesen.

Anfang September tauschten Russland und die Ukraine 70 Gefangene aus, und einige Tage später einigte sich die trilaterale Kontaktgruppe aus Vertretern der Ukraine, Russlands und der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) auf drei „Testzonen“ entlang der Demarkationslinie, aus denen schwere Waffen abgezogen werden sollen. In den betroffenen Ortschaften Petriwskie, Stanyzja Luhanska und Solote war es ohnehin nur sporadisch zu Zusammenstößen gekommen.⁴

Während in Frankreich die Zuversicht wuchs, sich schon im Oktober zu einem „Normandie“-Gipfel zu treffen, rechnete Moskau frühestens im November damit. Schließlich trafen sich die vier Staatschefs am 9. Dezember in

Paris. Zuvor hatte Kiew am 1. Oktober die „Steinmeier-Formel“ akzeptiert, die vorschlägt, dass in den Separatistengebieten unter Aufsicht der OECD gewählt werden kann. Die OECD war schon mit einer Beobachtermission betraut worden, bevor das ukrainische Parlament (Werchowna Rada) ein Gesetz über den Sonderstatus des Donbass beschlossen hatte. Moskau nahm das wohlwollend zur Kenntnis und gab als Zeichen seiner Verhandlungsbereitschaft drei Kriegsschiffe an die Ukraine zurück, die die russische Armee im November 2018 vor der Krim beschlagnahmt hatte.

Der Pariser Gipfel lässt zwar auf Fortschritte hoffen, doch abgesehen von der militärischen Deeskalation sind die Ergebnisse bislang bescheiden. So konnten sich Moskau und Kiew immer noch nicht dazu durchringen, wie im Minsker Abkommen vor fünf Jahren vereinbart, die schweren Waffen komplett abzurufen. Aber sie haben sich immerhin darauf geeinigt, bis März 2020 drei weitere entmilitarisierte „Testzonen“ zu schaffen, und die OECD erhielt den Auftrag, einen neuen Plan zur Beseitigung von Landminen auszuarbeiten.

Neues Gasabkommen zwischen Kiew und Moskau

Ende Dezember wurden noch einmal etwa 200 Gefangene ausgetauscht. Außerdem sollen neue Übergänge geöffnet werden, um die Lebensbedingungen im Donbass zu verbessern und die zwischenmenschlichen Kontakte diesseits und jenseits der Grenze der Separatistengebiete zu erleichtern. Und schließlich soll im April 2020 ein weiterer Normandie-Gipfel in Berlin stattfinden.⁵

Aus Moskauer Sicht ändert Selenskis Präsidentschaft nichts an den Grundlagen des Konflikts im Donbass: Der Ball bleibt im Feld Kiews, das die Minsker Abkommen umsetzen muss. Putins Beschluss, zu dem Treffen nach Paris zu kommen, hatte wahrscheinlich zwei Gründe: Erstens wollte er sich wohl beim französischen Präsidenten dafür revanchieren, dass dieser sich unermüdlich darum bemüht hatte, das Spiel in Richtung Russland zu öffnen, obwohl er damit einen Teil seines diplomatischen und militärischen Apparats gegen sich aufgebracht hat.

Zweitens wollte Putin die Gelegenheit nutzen, mit seinem ukrainischen Amtskollegen über Gas zu sprechen: Der russisch-ukrainische Zehnjahresvertrag über die Lieferung und den Transit von russischem Gas lief Ende 2019 aus. Der russische Energieminister Alexander Nowak und Gazprom-Direktor Alexei Miller begleiteten den Kremlchef nach Paris.

Neben Lieferumfang und Tarif war vor allem die Laufzeit des neuen Ver-

trags lange umstritten gewesen. Die Ukraine wollte zehn Jahre, Russland nur ein Jahr. Am 20. Dezember verkündeten beide Parteien, sie hätten sich auf fünf Jahre geeinigt. Gazprom verpflichtete sich außerdem, die 2,9 Milliarden US-Dollar zu begleichen, die es dem ukrainischen Gasunternehmen Naftogaz nach der Entscheidung des Stockholmer Schiedsgerichts schuldet.

Die Überweisung erfolgte am 27. Dezember. Im Gegenzug verzichtet Kiew auf die Fortsetzung eines Gerichtsverfahrens gegen Gazprom wegen Nichteinhaltung des Transitvertrags – hier geht es vor allem um Klauseln zum Mindestvolumen des durch die Ukraine geleiteten russischen Gases. Im Raum standen 12,2 Milliarden US-Dollar Entschädigung. Auf diesem Feld waren die Pariser Gespräche also ganz sicher konstruktiv, haben sie doch dafür gesorgt, dass der Streit nicht wieder in einen „Gaskrieg“ ausartet.

Man hat Russland oft vorgeworfen, nicht genug auf seine Protégés in Luhansk und Donezk einzuwirken, um die Umsetzung der Minsker Abkommen zu erleichtern. Doch auch die Ukraine verhielt sich zögerlich. Meinungsumfragen zeigen, dass zwar eine Mehrheit der Ukrainerinnen und Ukrainer Frieden will, aber nicht um jeden Preis. Anfang Oktober sprachen sich 56,2 Prozent der Befragten gegen einen Sonderstatus für den Donbass und 59 Prozent gegen jede Amnestie für die Separatistenkämpfer aus.⁶

Anfang Oktober protestierten in Kiew tausende Ukrainer gegen Kiews Unterschrift unter die Steinmeier-Formel, die offiziell den Weg für den Pariser Gipfel frei gemacht hat. Die von Ex-Präsident Poroschenko auch als „Putin-Formel“ bezeichnete Vereinbarung mache Moskau gewaltige Zugeständnisse und käme für die Ukraine einer Kapitulation gleich. Schließlich habe man Kiew nicht garantiert, dass es die Souveränität über die Grenze zwischen dem Donbass und dem russischen Territorium zurückbekommt. Das sei aber die unverzichtbare Bedingung dafür, dass Kiew die Kommunalwahlen im Donbass anerkennt, sagte Selenski bei seiner Pressekonferenz nach dem Pariser Gipfel.⁷

Kiew sieht sich nicht dazu verpflichtet, den Minsker Prozess fortzusetzen, wenn dieser vorsieht, dass die EU ihre Sanktionen gegen Russland auch ohne Zugeständnisse des Kremls aufheben könnte. Moskau wiederum pocht darauf, dass die festgelegte Abfolge eingehalten wird. Bei seinem Besuch in Paris wollte Putin außerdem daran erinnern, dass Frankreich und Deutschland das Minsker Abkommen schließlich auch unterschrieben haben.

Während sich Macron und Merkel vor allem als Mittler verstehen, betrachtet sie Putin als Kiews Paten

und wirft ihnen vor, zu wenig Druck auf den ukrainischen Präsidenten auszuüben, die Verpflichtungen zu erfüllen, die Kiew einst mit der Unterzeichnung des Minsker Abkommens eingegangen ist.

Im Sommer 2019 wollte sich Kiew einen größeren Handlungsspielraum gegenüber seinen europäischen Paten verschaffen und versuchte – vergeblich –, das Normandie-Format auf die USA und Großbritannien auszuweiten, die gegenüber Moskau eine härtere Haltung vertreten.

Russische Pässe für die Donbass-Bewohner

Seitdem der Inhalt eines Telefongesprächs zwischen Donald Trump und Selenski im Juli 2019 durchgesickert ist, steht der Verdacht im Raum, Trump habe versucht, seinen Amtskollegen zu erpressen, um kompromittierende Informationen über seinen demokratischen Rivalen Joe Biden zu erhalten.

Trotz oder vielleicht sogar wegen des „Ukrainegates“⁸ haben Kiew und Washington einen neuen Liefervertrag für Javelin-Panzerabwehrraketen abgeschlossen und Kiew bekommt militärische Hilfe im Wert von 300 Millionen US-Dollar.

Angesichts der abwartenden Haltung Russlands stellt sich die Frage, welches Ziel Moskau verfolgt. Es hat sich seit 2014 nicht geändert: Russland will die Ukraine daran hindern, sich der euroatlantischen Gemeinschaft anzuschließen, vor allem aber soll sie nicht Nato-Mitglied werden. Bisher schien Putin davon auszugehen, dass er seinen Einfluss auf die ukrainische Innenpolitik bewahren könne, wenn die Separatistengebiete reintegriert würden, aber einen Sonderstatus behielten.

Ob er diesen Kurs noch verfolgt, ist völlig offen, nachdem er im Frühjahr 2019 beschlossen hat, im Donbass russische Pässe auszugeben. Das hatte er schon in den international nicht anerkannten Republiken Transnistrien, Abchasien und Südossetien praktiziert, die sich von der Republik Moldau be-

ziehungsweise Georgien abgespalten haben.

Bis Ende 2019 hatten rund 200 000 von 2 Millionen Einwohnern im Donbass einen russischen Pass erhalten oder beantragt.⁹ Das entfernt die Separatistengebiete noch weiter vom Rest der Ukraine und schafft eine kontrollierte Instabilität, die ausreicht, um einen Nato-Beitritt zu vereiteln.

Nur wenn die Nato offiziell darauf verzichtet, die Ukraine aufzunehmen – was derzeit unwahrscheinlich ist –, könnte Moskau dafür sorgen, dass sich die Donbass-Gebiete in die Ukraine reintegrieren lassen. Alle anderen Szenarien, etwa dass die Ukraine auf ihren assoziierten Status in der Nato oder auf Donezk und Luhansk verzichtet, erscheinen noch illusorischer. Wenn sich der Status quo nicht ändert, hätte Präsident Macron mit seiner diplomatischen Offensive genau das Gegenteil von dem erreicht, was er wollte: Das Normandie-Format würde den Konflikt nicht lösen, sondern *à la longue* dazu beitragen, dass er einfriert.

¹ Siehe Nikita Taranko Acosta, „Ukrainisch für Anfänger“, *LMD*, Mai 2019.

² Arkady Moshes, „The Normandy Summit on Ukraine: no winners, no losers, to be continued“, *FIIA Comment*, Nr. 14, Finnish Institute for International Affairs, Helsinki, Dezember 2019.

³ „Die Ukraine will die Rentenzahlungen für die Bewohner des Donbass wieder aufnehmen“ (Russisch), *Nesawissimaja Gaseta*, Moskau, 25. September 2019.

⁴ „Disengagement: OSCE is monitoring how sides in eastern Ukraine deliver on agreement“, *OSZE*, 19. Oktober 2016.

⁵ „Sommet de Paris en format ‚Normandie‘“, *Élysée*, Paris, 9. Dezember 2019.

⁶ Umfrage bei einer repräsentativen Gruppe der ukrainischen Bevölkerung. Krim und Donbass ausgenommen. Fabrice Deprez, „Ukraine remains split over how to achieve peace in contested Donbas region“, *Public Radio International*, 6. November 2019.

⁷ „Selenski verlangt die Grenzkontrolle vor Wahlen im Donbass“ (Russisch), *Rossija Segodnja*, Moskau, 10. Dezember 2019.

⁸ Siehe Aaron Maté, „Schlammeschlacht in Washington“, *LMD*, November 2019.

⁹ „Die Zahl der russischen Staatsbürger in der LNR ist bekannt“ (Russisch), *Lenta*, 13. November 2019.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

Igor Delanoë ist Historiker und stellvertretender Leiter des französisch-russischen Beobachtungsdienstes in Moskau.

ANZEIGE

Gut, sauber und fair: das Slow Food Magazin

Jetzt im Zeitschriftenhandel oder im Abonnement: www.slow-food-magazin.de

Kopenhagen radelt

Fahrradbrücken, immergrüne Ampeln und andere Ideen für eine neue urbane Verkehrspolitik

von Philippe Descamps



Die berühmte „Fahrradsschlange“ MATTHEW JAMES HARRISON/alamy

Das Ende der autogerechten Stadt

„Man muss schon sehr konservativ sein, wenn man behauptet, Städte könnten sich nicht ändern. Gerade in Europa hat man doch die Erfahrung gemacht, dass sich Städte ständig wandeln“, sagt Klaus Bondam, seit 2014 Direktor des dänischen Radfahrverbands und von 2006 bis 2009 als stellvertretender Bürgermeister verantwortlich für Kopenhagens Verwandlung in eine veritable Fahrradstadt. Schon vor einem Jahrhundert, zwischen den 1920er bis in die 1940er Jahre, prägten Fahrräder das Straßenbild der damaligen Arbeiterstadt – wie übrigens in den meisten europäischen Industrieländern. Das änderte sich radikal, als Kopenhagen seit den 1950er Jahren immer mehr an den Autoverkehr angepasst wurde. 1946 fuhren auf der „Dronning Louises Bro“ (Königin-Luise-Brücke) noch 62 000 Fahrräder am Tag, 1970 waren es nur noch 8000. Inzwischen sind es wieder 48 000. 1965 sollte eine zwölfspurige Stadtautobahn gebaut werden, die das lebendige Viertel Vesterbro völlig verunstaltet hätte. Doch dann reichte das Geld nicht, und das Projekt wurde 1972 schließlich aufgegeben. Ein Jahr später sorgte die erste globale Ölkrise dafür, dass die Umweltschützer mehr Aufmerksamkeit erhielten. Wie in Berlin oder Paris fanden regelmäßig große Fahrraddemos vor dem Rathaus statt. „Die Kopenhagener wollten mitbestimmen können, was aus ihrer Stadt wird. Fußgänger und Fahrräder sollten

wieder den Vorrang haben“, erzählt Marie Kåstrup, Leiterin des Kopenhagener Fahrradreferats. „Hier hat man schließlich auf sie gehört.“ Die Sozialdemokraten, die die Stadt seit mehr als einem Jahrhundert regierten, wurden offener für Umweltfragen. Sie koalitierten mit den Sozialliberalen oder auch den Ökologischen Linken. Erleichtert wurde die Rückkehr des Fahrrads durch die noch vorhandene Infrastruktur und eine Verkehrsregel vom Beginn des 20. Jahrhunderts: den Schutz der Fahrradfahrer durch eigene Strecken, die ursprünglich neben der Fahrbahn für die Pferdefuhrwerke verliefen. Der erste Radweg wurde in Kopenhagen im Jahr 1915 angelegt. Seit 1982 beschäftigte sich auch die Politik verstärkt mit dem Fahrradverkehr, der immer mehr Anhänger gewann. Vor den Kommunalwahlen von 2005 waren die Staus auf den Radwegen eines der dringlichsten Themen. Ritt Bjerregaard, die erste Bürgermeisterin Kopenhagens (2006–2009), präsentierte einen ehrgeizigen Investitionsplan für den Bau eines Fahrradwegenetzes. Schon vor der ergebnislosen Weltklimakonferenz von 2009 beschlossen Kopenhagens Stadträte, die übrigens selbst fast nur Fahrrad fahren, bis 2025 CO₂-neutral zu werden. Bjerregaards Nachfolger Frank Jensen, ebenfalls Sozialdemokrat, setzt dieses Programm fort und wird dabei auch von der rechten Opposition unterstützt.

Eine Fahrradbremse quietscht, jemand ruft etwas, eine Möwe schreit – in Kopenhagen nimmt man Geräusche wahr, die in anderen Städten im Motorlärm untergehen. Auf dem Radweg über die Langebro (Lange Brücke) zwischen Seeland und Amager saust ein Mittfünziger in Anzug und mit Schlips auf seinem Mountainbike vorbei. Ein älterer Herr mit Gehstock auf dem Gepäckträger radelt in etwas gemächlicherem Tempo über die Brücke. Ein Mann in abgewetzten Jeans balanciert auf seinem Rad eine Kiste Bier und wird von einer jungen Frau in Kostüm und Pumps überholt.

In der dänischen Hauptstadt gibt es nicht den klassischen Radfahrertypus: Alle oder fast alle – nämlich vier von fünf – fahren Rad. Und zwar unter allen Umständen, wie die Frau, die mit ihrem Lastenrad vier Kinder befördert. Auch Mogens Lykketoft schwingt sich auf seinen Sattel. Der Ex-Minister (Finanzen und Außenpolitik) leitete 2015 die 70. Generalversammlung der Vereinten Nationen. Er ist fest davon überzeugt, dass man allein mit Radfahren 11 der 17 Nachhaltigkeitsziele erreichen könnte, die sich die Vereinten Nationen ab dem 1. Januar 2016 bis 2030 gesetzt haben.

Die orangefarbene *Cykelslangen* (Fahrradsschlange), eine 235 Meter lange Brücke über das Becken des Hafenbads von Fisketorvet, wird seit ihrer Eröffnung im Juni 2014 von Fernsehteams aus der ganzen Welt gefilmt. Die elegante Brücke im schlichten dänischen Design (der Entwurf stammt von dem „Brückenbüro“ Dissling & Weitling), die eigens für den Fahrradverkehr gebaut wurde, verkörpert geradezu idealtypisch ein neues Verständnis innerstädtischer Verkehrsplanung, in der nicht mehr das Auto im Zentrum steht. Mit 19 000 Rädern pro Tag übertrifft der Verkehr auf der *Cykelslangen* sämtliche Erwartungen. Die Stadt Kopenhagen hat beschlossen, dass im Jahr 2025 jeder zweite Weg zur Arbeit, Uni oder Fachhochschule auf dem Rad zurückgelegt werden soll. Das Ziel ist schon fast erreicht: 2018 betrug der Anteil des Fahrrads an den täglich zurückgelegten Wegen 49 Prozent, 6 Prozent entfielen auf Fußwege, 18 Prozent auf öffentliche Verkehrsmittel und 27 Prozent auf das Auto.¹ Zum Vergleich: In Paris beträgt der Fahrradanteil nur 4 Prozent, und in den vergleichsweise fahrradfreundlichen französischen Städten Bordeaux, Grenoble und Straßburg sind es 12 bis 16 Prozent.² Selbst in der grünen Stadt Berlin lag der zuletzt 2013 gemessene Anteil des Radverkehrs bei 13 Prozent.

Nach der letzten Meinungsumfrage fühlen sich 77 Prozent der Kopenhagener sicher, wenn sie Fahrrad fahren – auch das dürfte in Paris oder Berlin anders sein. „Das Fahrrad gilt als bequem und praktisch. Die Leute mögen auch, dass es ein bisschen bescheiden wirkt“, erklärt Marie Kåstrup, Leiterin des Kopenhagener Fahrradreferats. „Es ist ein Symbol für Freiheit, ein gesundes Leben und ein einfaches, für jede und jeden erschwingliches Vergnügen. Das macht es auch so demokratisch.“ Die Kopenhagener Fahrradbegeisterung hat weniger mit der Sorge um die Umwelt zu tun (nur 16 Prozent der Antworten bei der jährlichen Fahrradumfrage), auch nicht mit den geringen Kosten (26 Prozent) oder Bewegungsdrang (46 Prozent), sondern vor allem damit, dass Radfahren in der zwar flachen, aber windigen Stadt schnell und praktisch ist (55 Prozent der Antworten) – dank der fahrradfreundlichen Infrastruktur.

Mikael Colville-Andersen, früher Filmemacher, heute Mobilitätsexperte und Autor vieler Bücher über Fahrräder in der Stadt, zeigt uns einige der wichtigsten Radstrecken in Kopenhagen. An der Kreuzung von Søtorvet bleibt er stehen: „Das war der gefährlichste Ort der Stadt mit fünfzehn Schwerverletzten oder Toten im Jahr.“ Viele Radfahrer hätten sich nicht um die Straßenverkehrsordnung gekümmert, erklärt Colville-Andersen. „Andererseits sind sie aber auch die Experten: Sie fahren hier jeden Tag entlang! Also mussten wir auf sie hören.“ Die Ampeln wurden zeitversetzt geschaltet, mit vier Sekunden Vorsprung für die Radfahrer, und der Bürgersteig wurde zum Radweg. „Seitdem passieren praktisch keine Unfälle mehr.“

Will man eine aktive Fortbewegung in der Stadt fördern, die zudem weniger Platz kostet als Autofahren – auch angesichts der steigenden Zahl von SUVs, die für viele Straßen viel zu groß sind –, muss man das genaue Gegenteil von dem anstreben, was sich seit den 1950er Jahren überall durchgesetzt hat: Man muss die Fortbewegung im Auto erschweren und die für Fußgänger und Radfahrer erleichtern.

„Man muss sich auf das Design konzentrieren“, sagt Colville-Andersen. Die Schönheit des Kopenhagener Netzes beruhe auf einem einfachen, einheitlichen und geschlossenen Infrastrukturkonzept. „Es gibt vier verschiedene Arten

von Radwegen, die sich jeweils an der Geschwindigkeitsbegrenzung für die Autos orientieren. Dieses Modell ließe sich auf alle Straßen des Landes und jede Stadt der Welt anwenden.“

In den Wohngebieten, wo Tempo 30 vorgeschrieben ist, teilen sich Autos und Fahrräder eine Fahrbahn. Das funktioniert in Dänemark gut, weil sich alle an die Geschwindigkeitsbegrenzung halten und diese Straßen nicht als Durchfahrtsstraßen dienen. Wo für Autos eine Begrenzung von 40 km/h gilt, verlaufen die Fahrradwege immer rechts vom Verkehr oder von den Parkplätzen, wenn es welche gibt. Entlang der Hauptstraßen mit 60 Kilometer pro Stunde sind die Fahrradspuren mindestens durch einen Bordstein vom Autoverkehr getrennt.

Die letztgenannten Fahrradwege sind auch deswegen bemerkenswert, weil die Spuren immer breiter werden, um sich der Nutzung anzupassen. Die 2011 eingeführte Norm PLUSnet sieht vor, dass zwei nebeneinander fahrende Personen von einer dritten überholt werden können. Die Spur muss also drei Meter breit sein, und zwar auf jeder Seite. Wenn die erlaubte Geschwindigkeit noch höher ist, verlaufen die Fahrradstraßen gänzlich getrennt von denen der Autofahrer.

Mit diesem Prinzip weiß man immer genau, wo die Fahrräder fahren. Das verschafft allen Verkehrsteilnehmern Sicherheit und Klarheit. Meinungsumfragen zeigen auch eine große Zufriedenheit bei den Fußgängern, die oft selbst Radfahrer sind. Laut Colville-Andersen müssen Verkehrsplaner, die es wirklich ernst meinen mit dem Fahrradfahren in der Stadt, einen Grundsatz beachten: „Du musst verstehen, wie der Radfahrer funktioniert. Nichts ist für ihn schlimmer als anhalten oder gar den Fuß auf den Boden setzen zu müssen!“ Bei einem richtig eingestellten Sattel muss man absteigen, wenn man anhalten muss, und das kostet Zeit und Energie.

Aber wie lässt sich das Problem mit den Kreuzungen lösen? Die Antwort entdecken wir entlang der Hauptstraßen Østerbrogade und Nørrebrogade. Stadtauswärts kann man drei Kilometer ohne Unterbrechung fahren. Die Ampeln sind auf grüne Welle bei 20 Kilometer pro Stunde eingestellt, also auf den Rhythmus der Radfahrer geschaltet. Und wenn man doch einmal anhalten muss, braucht man dank Geländer und erhöhtem Bordstein wenigstens nicht ganz vom Sattel zu steigen. An jeder Kreuzung gibt es auf dem Boden genaue Markierungen, die allgemein respektiert werden. Und wenn die Autos die für Radfahrer reservierten blauen Spuren kreuzen, müssen sie auf jeden Fall warten, bis sie an der Reihe sind (oft per Ampel geregelt), vor allem wenn sie rechts abbiegen.

Nørrebrogade ist inzwischen die meistbefahrene Fahrradstraße Europas. Als man 2007 beschloss, den Autoverkehr einzuschränken, war das nicht ganz einfach, erinnert sich Klaus Bondam, der damals als stellvertretender Bürgermeister für Bau und Umwelt zuständig war: „Ich habe massenweise Hassmails bekommen und wurde in der Presse kritisiert. Die Leute waren wütend, weil Fußgänger, Radfahrer und der öffentliche Nahverkehr Vorrang haben sollten. Viele Einzelhändler glaubten wohl, dass nur Autofahrer Klamotten und Lebensmittel kaufen. Aber heute haben wir hier eine attraktive Straße mit neuen Geschäften.“

Die Liebe zum Detail erkennt man zum Beispiel an den Mülleimern, deren Öffnung auf der Østbanegade zum Radweg hin zeigt. Oder an den speziellen Schranken auf der Nygårdsvej, die dafür sorgen, dass der Fahrradverkehr auch in größeren Baustellenbereichen sicher weiterfließen kann. Und weil die Zahl der Radfahrer vielerorts die der Autos übersteigt, werden im Winter bei Schneefall zuerst die Fahrradwege geräumt.

Und dann gibt es außerhalb der Innenstadt noch die sogenannten Supercykelstier (Fahrradautobahnen). Die Behörden der Hauptstadtregion (Hovedstaden) – 27 Kommunen mit zusammen 1,7 Millionen Einwohnern – hatten festgestellt, dass man vor allem in Kopenhagen (600 000 Einwohner) wieder mehr Fahrrad fuhr. Was allerdings fehlte, war die Anbindung der städtischen Randgebiete über ein Radschnellwegenetz.

Die ersten neuen Verbindungen gewannen schnell Anhänger, ein Viertel von ihnen ehemalige Autofahrer. Wer bisher nur Staus kannte, hat dank dieser Fahrradsuperstraßen ein ganz neues Erlebnis auf dem Weg in die Stadt. Die Nord-West-Strecke durchquert zum Beispiel fernab des Autoverkehrs den Vestkoven-Wald. Die Straße ist breit, gut in Schuss, schattig und kommt auch dem benachbarten Fußgängerverkehr nicht die Quere. Und wenn man nach mehreren Kilometern eine Autostraße überqueren muss, springt die Fahrradampel sofort auf Grün. Sensoren unter der Fahrbahn registrieren die herankommenden Radfahrer.

Bis 2022 soll der Bau des insgesamt 750 Kilometer langen Netzes der Superfahrradstraßen abgeschlossen sein. Die Kosten – 300 Millionen Euro – sind beträchtlich, betragen aber nur ein Zwanzigstel des 18 Kilometer langen Fehmarnbelttunnels, der zwischen der Insel Lolland und Fehmarn gebaut werden soll.

Eine Investition, die zur regelmäßigen Nutzung des Fahrrads ermutigt, sei auch deswegen besonders rentabel, weil man die potenziell eingesparten Kosten, etwa für die Behandlung von Herz-Kreislauf-Erkrankungen, berücksichtigen müsse, meint Sidsel Birk Hjuler, zuständig für Mobilität in Hovedstaden. Wer sich regelmäßig bewegt, lebt gesünder: „Im Mai 2018 haben wir eine sozioökonomische Analyse der Fahrrad-schnellstraßen durchgeführt und dabei die Normen des Finanzministeriums angewandt, an die man sich halten muss, wenn man Geld vom Staat bekommt.“³ Der sozioökonomische Nutzen der Fahrradinfrastrukturen liegt bei 11 Prozent, das ist weit mehr als bei allen anderen Investitionen: 3 Prozent bei der U-Bahn und 5,4 Prozent beim Fehmarnbelttunnel.“

Dieses Kalkül rechtfertigt auch den Bau zahlreicher Fahrradbrücken oder Übergänge in der Hauptstadt. „Durch Bewegungsmangel reduziert sich die Lebenserwartung von Frauen um 7, die von Männern um 6,9 Jahre“, erklärt Gitte Laub Hansen. Sie ist in der Dänischen Krebsgesellschaft für das Projekt „Körperliche Betätigung und Ernährung“ zuständig und Mitglied der Dänischen Fahrrad-Botschaft (Cycling Embassy of Denmark, CED), die 2009 gegründet wurde, um das Radfahren überall auf der Welt zu fördern.

Dass alle Arten von Bewegung, von Radfahren bis Yoga, bei Krebserkrankungen helfen können und den Genesungsprozess beschleunigen, ist medizinisch längst anerkannt. Beim Radfahren sei der durchschnittliche Gewinn für die Gesundheit zwanzigmal höher als der Schaden durch Unfälle, meint Marie Kåstrup: „Natürlich muss man

sich wegen der Unfälle Gedanken machen, aber man muss vor allem das Fahrrad fördern.“

Laut einer aktuellen Studie begehen die dänischen Radfahrer viel weniger Verkehrsdelikte als die Autofahrer, erst recht, wenn es Radwege gibt.⁴ Zwischen 1995 und 2016 hat sich die Zahl der auf dem Fahrrad zurückgelegten Kilometer in Kopenhagen verdoppelt und die der Unfallopfer halbiert. Ein schwerer Unfall ereignet sich statistisch nur alle 5,7 Millionen Kilometer. Das Risiko nimmt also rasant ab, was die Schlussfolgerungen diverser internationaler Studien bestätigen: Je mehr Fahrräder, desto weniger Unfälle.⁵

Um die Nutzung der Stadtrandanbindungen zu fördern, auf denen die Radfahrer längere Strecken zurücklegen, hat das dänische Parlament im Juni 2018 beschlossen, die Geschwindigkeitsbegrenzung von E-Bikes nicht wie in Frankreich auf 25, sondern auf 45 Kilometer pro Stunde festzulegen.

200 überdachte Stellplätze mit Fahrrad-Waschanlage

Wer weit weg vom Zentrum wohnt oder das schlechte Wetter fürchtet, darf sein Rad auch in die öffentlichen Verkehrsmittel, den Zug, den S-Tog (Regionalzug) und außerhalb der Spitzenzeiten sogar in die U-Bahn mitnehmen. Seitdem dieses Angebot gratis ist, hat die Nutzung der öffentlichen Verkehrsmittel stark zugenommen. „Das Verkehrsmittel Fahrrad muss ernst genommen werden“, sagt Hjuler. „Es ist nicht nur ein Freizeitvergnügen oder ein dänischer Spleen. Viele europäische Länder treten auf der Stelle, weil das Rad als Fortbewegungsmittel nicht ausreichend berücksichtigt wird.“

Nicht nur die Stadt, auch die Privatwirtschaft leistet ihren Beitrag. Das Unternehmen Rambøll in Ørestad zum Beispiel liegt fünf Kilometer südlich vom Stadtzentrum. Obwohl es per Autobahn, Zug und U-Bahn zu erreichen ist, hat Rambøll keine Kosten gescheut, um seine Mitarbeiter zur

Nutzung des Fahrrads zu motivieren. Sie können eine „grüne Route“ abseits des Verkehrs benutzen. Auf dem Firmengelände gibt es zahlreiche Abstellmöglichkeiten im Freien. An Regentagen gelangt man über eine Rampe zu 200 überdachten Plätzen mit Schließfächern für die Kleidung, Schuhtrocknern, Duschen und Waschanlage für das Fahrrad.

Um die Fahrradinfrastruktur noch weiter zu verbessern, gibt es Kopenhagen zahlreiche Baustellen, etwa für bessere Abstellmöglichkeiten, oder um die Bildung von Fahrradstaus zu vermeiden, in denen man zum Beispiel nahe den Bahnhöfen oft steckenbleibt. In den ländlichen Regionen mit unterentwickelter Fahrradinfrastruktur wird hingegen immer weniger geradelt. Besonders Aufmerksamkeit richten die Verkehrsplaner jetzt auf die Kinder, die im Durchschnitt ebenfalls immer weniger Fahrrad fahren – und das ist in allen europäischen Ländern so. Neue Viertel, wie Ejby, planen ein völlig vom motorisierten Verkehr getrenntes Radwegenetz zwischen den Wohngebieten und den Schulen.

Um den starken politischen Willen auch umzusetzen, braucht es eine hochwertige, kompetente und an den Bedürfnissen der Nutzer orientierte städtische Bauaufsicht. Mit der Leitung des Fahrradreferats wurde in Kopenhagen allerdings kein Ingenieur betraut. Marie Kåstrup hat Literatur studiert und gerade ihre Doktorarbeit über die Rolle der Fahrradkultur für die nationale Identität Dänemarks abgeschlossen.

Ihre Vision ist allerdings global: „Es geht nicht darum, Fahrradstraßen zu bauen, nur um Fahrradstraßen zu haben“, erklärt sie. „Meine literarische Ausbildung hilft mir, die Vision einer besseren Stadt für alle im Auge zu behalten. Das Fahrrad ist nur ein Hilfsmittel, das in den öffentlichen Nahverkehr, die Stadtentwicklung, die kulturellen Gewohnheiten, kurz, in alle Aktivitäten in der Stadt integriert werden muss.“

Für einen Ausflug ins historische Viertel Christiania und zur Uferpromenade an der Oper

setzen wir uns in ein E-Dreirad, das mit einer bequemen Bank für zwei Personen ausgestattet ist, einem faltverdeck, falls es regnet, und Decken, wenn es kühl wird. Am Lenker dieser Fahrradrikscha sitzt Pernille Bussone vom Verein „Radeln ohne Alter“, den der Marketingexperte Ole Kassow 2012 gegründet hat. Regelmäßig holt sie Finn Vikke, der nur noch schlecht laufen kann, vor seinem Altersheim ab. Dann machen sie einen Ausflug von ein oder zwei Stunden, und Vikke genießt wieder das „Recht auf Wind im Haar“, direkt auf der Straße, ohne Windschutzscheibe.

Auf die Idee mit dem Verein kam Ole Kassow nach der Begegnung mit einer Dame, die im Altersheim lebte. Die 84-Jährige wollte noch einmal die wichtigsten Orte ihres Lebens sehen, und Ole nahm sie mit. „Nach unserer Tour hat sie wieder angefangen zu reden“, erinnert er sich. „Ein paar Tage später rief mich der Heimdirektor an. Ich hatte schon Angst, dass er mir ihren Tod mitteilt. Aber keineswegs! Sie hatte den anderen Bewohnern von ihrer Tour erzählt, und die wollten das Gleiche machen!“

Unser Ausflug endet auf der neuen Holzpromenade von Kalvebod an einem *Cykelkoken*, einem Fahrradimbiss auf drei Rädern mit Kühlschranks und Kocher, an dem 20 Gäste im Stehen essen. Kaum sind sie fertig, springen die meisten der Anwesenden an diesem schönen Sommertag in das aufwendig gereinigte frühere Hafenbecken und genießen ein Bad mitten im Stadtzentrum.

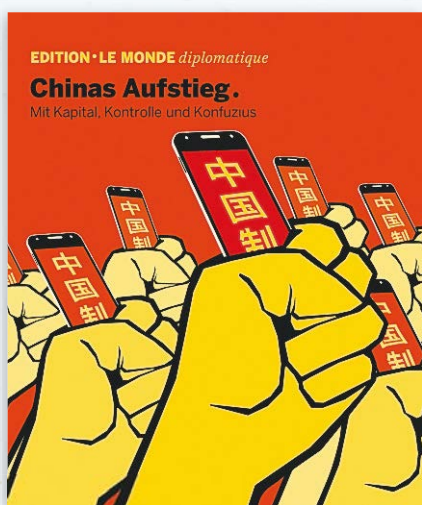
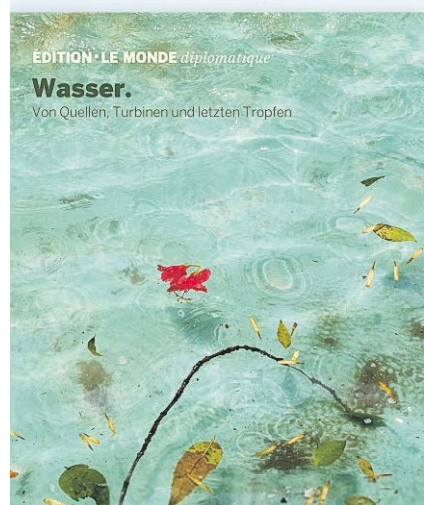
¹ Wenn nicht anders angegeben, kommen alle Statistiken aus „Copenhagen City of Cyclists, The Bicycle Account 2018“, Kopenhagen, Mai 2019.
² Frédéric Tallet und Vincent Vallès, „Partir de bon matin, à bicyclette ...“, *Insee Première*, Nr. 1629, Paris, Januar 2017.
³ „Samfundsøkonomisk analyse af supercykelstierne“, Incentive, Holte, 30. Mai 2018.
⁴ „Cyklisters adfærd i signalregulerede Kryds“, Rambøll, Kopenhagen, 1. März 2019.
⁵ Siehe zum Beispiel Peter Jacobsen, „Safety in Numbers: More Walkers and Bicyclists, Safer Walking and Bicycling“, *Injury Prevention*, Bd. 9, Nr. 3, London, September 2003.

Aus dem Französischen von Claudia Steinitz

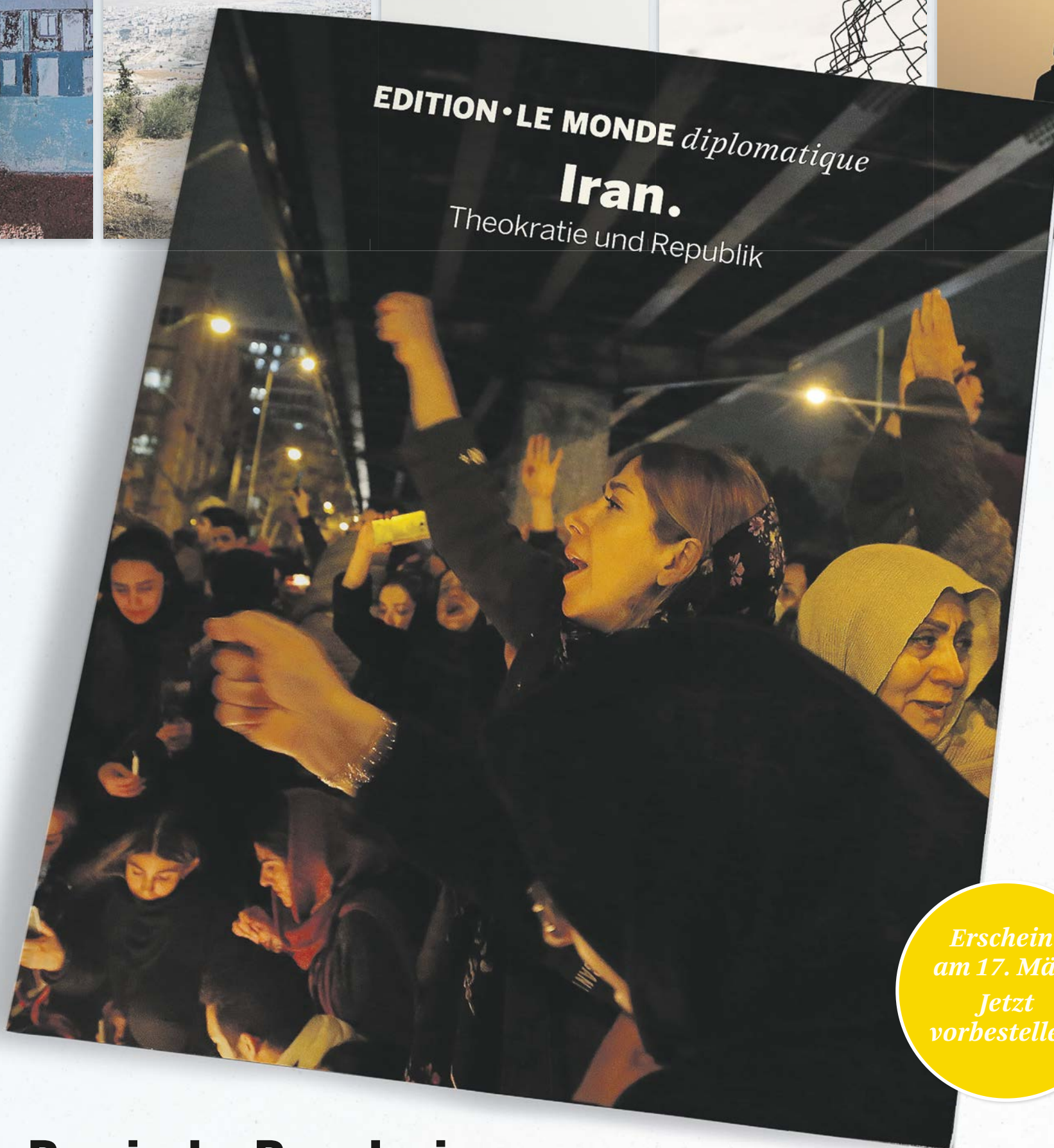


Auf der Vesterbrogade, 1922 picture alliance/heritage images





EDITION • LE MONDE *diplomatique*



Erscheint
am 17. März
Jetzt
vorbestellen!

Persische Paradoxien

Offiziell genießt Ayatollah Chamenei unumschränkte Macht, doch auf den Strassen fordern die Menschen seinen Rücktritt. Offiziell ist Iran eine Theokratie, doch im Parlament liegt der Anteil der Geistlichen nur noch bei sechs Prozent. Offiziell herrscht für Frauen Kopftuchpflicht, doch die Mehrheit der Bevölkerung ist dagegen. Offiziell hat der Regisseur Jafar Panahi Berufsverbot, doch er dreht weiter Filme, und das staatliche Filmmuseum in Teheran stellt seine internationalen Preise aus. Gebeutelt von Sanktionen, Korruption und Misswirtschaft, gilt Iran trotzdem nicht als *failed state*, sondern als mächtiger Gegenspieler Israels, Saudi-Arabiens und der USA.

Katajun Amirpur, Amir Hassan Cheheltan, Parastou Forouhar, Navid Kermani, Bahman Nirumand, Charlotte Wiedemann und andere über Iran und seine Widersprüche.

16 Franken, broschiert, 112 Seiten, ISBN 978-3-937683-85-0

Le Monde diplomatique • Hardturmstrasse 66 • 8031 Zürich
Telefon 044 448 14 14 • Fax 044 448 14 15
shop@woz.ch • www.woz.ch/shop

LE MONDE
diplomatique

Wissenschaft für Arme?

von Paul Lagneau-Ymonet

Kenianische Schüler schwänzen nicht so oft den Unterricht, wenn an den Schulen Wurmknuren und Mittagessen angeboten werden. Ihr Lernerfolg verbessert sich dadurch jedoch nicht. Die Ärmsten der Armen verwenden Medikamente und Moskitonetze nicht öfter, wenn sie die bezahlen müssen. Im Gegenteil: Die Nutzungsrate sinkt drastisch, sobald etwas Geld kostet. Mikrokredite entlasten Schuldner nicht wirklich, dagegen haben Programme, die Bargeld, Sachkapital und persönliche Unterstützung kombinieren, langfristige positive Effekte.

So lauten einige der Forschungsergebnisse, die Abhijit V. Banerjee, Esther Duflo und Michael R. Kremer vorgelegt haben. Die drei wurden 2019 für ihre Arbeiten von der Schwedischen Reichsbank mit dem Alfred-Nobel-Gedächtnis-Preis für Wirtschaftswissenschaften ausgezeichnet.

Banerjee und Duflo haben mit ihrem 2003 gegründeten internationalen Netzwerk J-PAL, das sich dem Thema Armutsbegrenzung widmet, die wissenschaftliche Disziplin Entwicklungsökonomie revolutioniert. Ihre Bücher „Poor Economics“ (Public Affairs, 2012) und „Good Economics for Hard Times“ (Public Affairs, 2019) verkaufen sich wie warme Semmeln. Inzwischen setzen mehrere Regierungschefs, führende internationale Organisationen und wohltätige Vereine auf ihre Expertise.

In ihrer pragmatischen Nüchternheit erinnert das Forschungsteam an die britischen Sozialreformer wie Sidney und Beatrice Webb oder Charles Booth, die in den Jahrzehnten vor 1914 mit ihren Feldstudien die Lage der Armen in England verbessern wollten.

Auch die gewaltige politische und wissenschaftliche Leistung, die das Ökonomentrio vollbracht hat, scheint von ähnlicher Bedeutung zu sein. Auch sie haben mit den Gewohnheiten ihres akademischen Milieus gebrochen und befassen sich nicht mit allgemeinen Fragestellungen der Entwicklungsökonomie, etwa der Güterproduktion, den internationalen Handelsbeziehungen oder der Umverteilung des erzeugten Reichtums. Stattdessen interessieren sie sich vor allem für individuelle Verhaltensweisen, die sie mittels raffinierter Experimente untersuchen.

Das erklärte Ziel von J-PAL, „Forschung in praktisches Handeln umzusetzen“, bezieht sich auf eine Annahme und auf eine Methode. Die Grundannahme lautet, dass es kein Wundermittel gegen Armut gibt, wohl aber möglich ist, Mechanismen zu entwickeln, die das Leid armer Menschen mindern. Die Effektivität dieser Mechanismen wird mit der Methode der Randomisierung, als einer „Zufallszuteilung“ kontrolliert.¹

Hinter diesem komplizierten Begriff verbirgt sich ein recht simples und geläufiges Verfahren, das etwa in der Pharmakologie verwendet wird, um die Wirkung eines Medikaments zu testen. Dabei werden Probanden aus einer Versuchspopulation nach dem Zufallsprinzip in zwei Gruppen unterteilt. Eine Gruppe erhält eine Behandlung, die andere ein Placebo. Außer den Versuchsleitern weiß niemand, wer was erhält. Anschließend werden die Reaktionen

der Studienteilnehmer beider Gruppen miteinander verglichen, um daraus den mittleren Wirkungsgrad der jeweiligen Behandlung zu ermitteln.

Allerdings ist die Anwendung dieses in Psychologie und Medizin seit Langem eingeführten Testverfahrens im Bereich der angewandten Ökonomie keineswegs selbstverständlich. Medizinische und sozialwissenschaftliche Forschung sind eben verschiedene Dinge. Deshalb haben Duflo und ihre Kollegen bei ihren Experimenten immer wieder Probleme, etwa wenn sich Probanden nicht an die Einteilung in Experimental- und Kontrollgruppe halten. Zudem hängt die Qualität der erhobenen Daten von den Bedingungen vor Ort ab, zum Beispiel in Ländern ohne zuverlässige Statistiken.

Der Hauptunterschied aber liegt darin, dass es auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe und der Sozialleistungen keine Placebos gibt. Bei medizinischen Versuchen bekommen alle Probanden Tabletten verabreicht, wobei die Placebos keinen Wirkstoff enthalten. Bei ökonomischen Experimenten wissen die Betroffenen natürlich, wenn sie den zu evaluierenden Mikrokredit nicht bekommen. Familien, die ihn erhalten, wissen wiederum, dass sie beobachtet, sprich: beurteilt werden. Deshalb neigen sie dazu, ihr Verhalten zu ändern, was die Ergebnisse verzerrt.² Solche Fehlerquellen zwingen häufig zu weiteren statistischen Erhebungen.

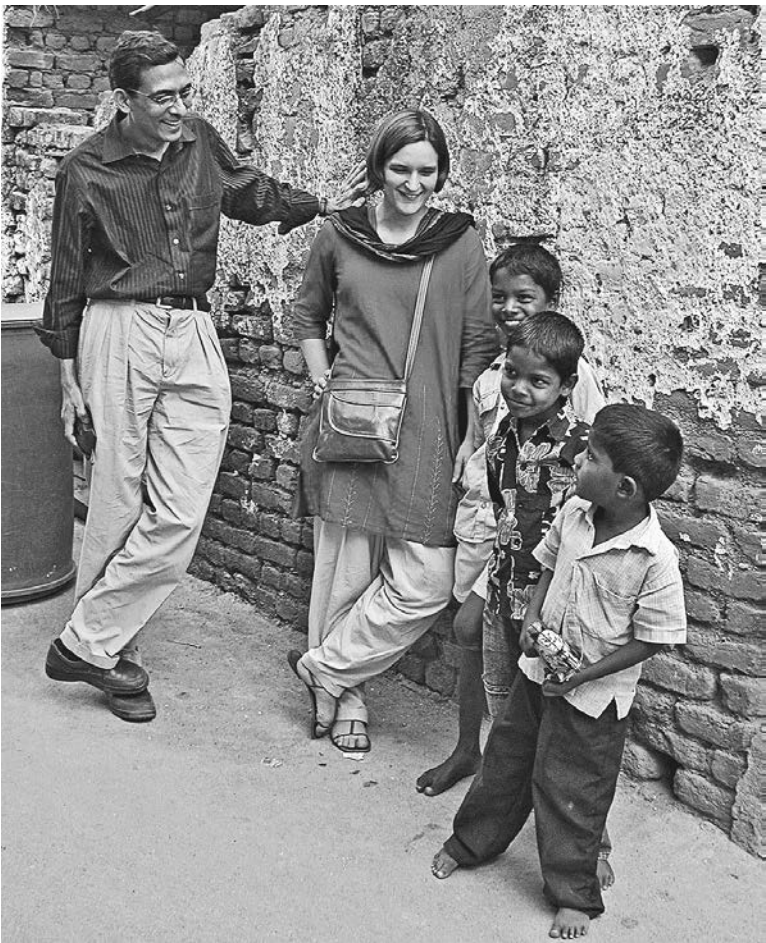
Für die Geldgeber ist die Eindeutigkeit der Ergebnisse jedoch ein entscheidendes Argument. Sie wollen vor allem wissen, ob „es funktioniert“ oder nicht, welche Mechanismen für Erfolg oder Misserfolg verantwortlich sind, interessiert sie eher nicht. „Politische Programme benötigen Kausalmodelle“, argumentiert der Ökonom Angus Deaton, der 2015 die gleiche Auszeichnung wie Duflo und ihre Kollegen erhielt.³ Man sollte also wissen, warum etwas funktioniert.

Eine nicht ganz unschuldige Methode

Um die Überlegenheit ihrer Methode zu behaupten, verweisen die „Randomistas“ gern auf die Anwendungserfolge in der Medizin. Dabei schweigen sie allerdings über die in diesem Bereich aufgetretenen wissenschaftlichen und ethischen Kontroversen.⁴

Die Zufallszuteilung entwickelte sich zu Beginn des 20. Jahrhunderts im Kontext der experimentellen Psychologie und der modernen Statistik. Im Zweiten Weltkrieg wurde die Methode dann durch die Propagandaabteilung der US-Armee perfektioniert; allgemeine Verbreitung fand sie dann im Zuge des „Kriegs gegen die Armut“, der 1964 vom damaligen US-Präsidenten Lyndon B. Johnson ausgerufen wurde.

Die Erkenntnisse des britischen Statistikers Ronald A. Fisher („The Design of Experiments“, 1935) flossen aber nicht direkt in die Evaluierung staatlicher Politik. Der entscheidende Zwischenschritt waren die umfassenden Experimente von Militärpsychologen mit Soldaten, um die Wirksamkeit der vom US-Generalstab geplanten Maßnahmen zur Kontrolle und Stärkung der Truppenmoral zu evaluieren.



Abhijit Banerjee und Esther Duflo mit economics/j-pal

Damals wurden viele Leute in den Forschungsabteilungen des US-Militärs (Research Branch of the Army's Information and Education Division) ausgebildet, bevor sie ihre Karrieren im zivilen Sektor als Psychologen, Soziologen, Marketing- oder Kommunikationsspezialisten fortsetzten. Der Psychologe Donald Campbell, Koautor eines Standardhandbuchs für Sozialexperimente in den 1960er und 1970er Jahren, war zum Beispiel im Zweiten Weltkrieg als „Propagandaforscher“ eingesetzt.

Was ist das Gemeinsame an der Militärpropaganda und dem Kampf gegen Armut, wie ihn die Randomistas betreiben wollen? Beide vernachlässigen die Machtverhältnisse – so als würden ihre eigenen guten Absichten ein Nachdenken über die politischen Zusammenhänge überflüssig machen.

Dabei gelten Zufallsexperimente in den USA schon seit dem Ende der 1960er Jahre als Ausweis von Wissenschaftlichkeit bei der Bewertung staatlicher Politik. Insbesondere konservativen Kräften diene die Methode dazu, gegen Aktivisten und Sozialarbeiter vorzugehen, die auf die sogenannte Empowerment-Strategien setzten.

Diese Bewegung hatte damals zum Ziel, arme Menschen zum bestmöglichen Umgang mit den ihnen verfügbaren Ressourcen und Infrastrukturen zu befähigen. „Empowerment“ zielte auf eine Verdichtung von Vereinsstrukturen sowie die Einrichtung lokaler öffentlicher Dienstleistungsangebote, vornehmlich in afroamerikanisch geprägten Stadtteilen.

Die herrschende Beihilfelogik sollte ersetzt werden durch den Zugang zu medizinischer Versorgung und zu öffentlichen Bildungseinrichtungen, zudem wollte man die juristische Diskriminierung abbauen und die allgemeine Politisierung dieser sozialen Randgruppen fördern.

Die republikanischen Abgeordneten und die Bundesbehörden hatten

keine Mühe, diese progressiven Programme mit dem Argument zu zerschlagen, deren Wirksamkeit ließe sich weder schnell genug noch mit hinreichender Sicherheit evaluieren – im Gegensatz zur streng limitierten Auszahlung kleiner Beihilfen.⁵

Ein letzter Einwand: Die von Duflo und Kollegen betriebene ökonomische Forschung impliziert stets eine Unterordnung der Probanden unter die Forschungsinstitute und deren Sponsoren. Konzernchefs oder reiche Steuerzahler dürften wohl kaum eine Studie finanzieren, die die segensreichen Wirkungen einer höheren Einkommensteuer untersucht. Dabei haben die Handlungen dieser mächtigen Akteure großen Einfluss auf die Lebensbedingungen der Armen.

Letztens Endes begünstigt die Arbeit mit Zufallszuweisungen eine Methode der Armutsbekämpfung, die das Problem Armut entpolitisiert, also von der rechtlichen Diskriminierung, von der ungleichen Verteilung der Vermögen und von der Veränderung unserer Produktionsverhältnisse entkoppelt.

Dieser entpolitisierende Ansatz, der die Forschung auf die Suche nach Notlösungen beschränkt, ist so alt ist wie die Armut selbst.

¹ Siehe Arthur Jatteau, „Les Expérimentations aléatoires en économie“, Paris (La Découverte, Reihe Repères) 2013.
² Siehe Claire Vivès, „L'objectivité sous contrôle: analyse d'une évaluation randomisée de programmes d'accompagnement des demandeurs d'emploi“, *Revue française de sociologie*, Bd. 60, Nr. 1, Paris, Januar–März 2019.
³ Angus Deaton, „Instruments, randomization, and learning about development“, *Journal of Economic Literature*, Nr. 48, Nashville, Juni 2010.
⁴ Siehe Bruno Falissard, „Soigner le malade ou la malade?“, *LMd* (Paris), Juni 2014.
⁵ Daniel Breslau, „In Search of the Unequivocal. The Political Economy of Measurement in US Labor Market Policy“, Westport/Connecticut (Praeger) 1998.

Aus dem Französischen von Richard Siegert

Paul Lagneau-Ymonet ist Lehrbeauftragter an der Universität Paris-Dauphine.

Meldungen des Monats

Schlechte Nachrichten

Journalistinnen und Journalisten im Irak sind einem Klima von Angst und Gewalt ausgesetzt. Seit Jahresbeginn wurden drei Medienarbeiter getötet, die über die seit Monaten andauernden Proteste gegen die Regierung berichteten. Am 21. Januar starb der Pressefotograf Jussef Satar in Bagdad, als Sicherheitskräfte eine Demonstration unter Beschuss nahmen. In Basra wurden am 10. Januar der Fernsehreporter Ahmed Abdul Samad und sein Kameramann Safaa Ghali von Unbekannten erschossen, die das Feuer auf ihr Auto eröffneten. Abdul Samad hatte kurz vor seinem Tod ein Video veröffentlicht, in dem er willkürliche Verhaftungen durch Armee und Sicherheitskräfte kritisiert. In Basra wurden am selben Tag mindestens drei Reporter festgenommen, darunter ein Kameramann der Nachrichtenagentur Reuters. Schon Ende letzten Jahres waren drei weitere Medienschaffende in Ausübung ihres Berufs ermordet und zwei weitere entführt worden. Der einschüchternde Terror geht meist von Milizen aus, die

REPORTER OHNE GRENZEN FÜR INFORMATIONSFREIHEIT

unabhängig von den staatlichen Sicherheitskräften operieren. Von diesen Milizen wurden seit Beginn der Unruhen zahlreiche Journalisten bedroht und aufgefordert, nicht mehr über die Demonstrationen zu berichten. Auch die Regierung in Bagdad reagiert auf die Proteste mit Repressalien. Ende November suspendierte die Medienaufsicht die Lizenzen von neun Fernsehsendern, vier Radiosender wurden dauerhaft geschlossen.

In Iran hat nach dem Abschuss des ukrainischen Flugzeugs vom 8. Januar eine Einschüchterungskampagne gegen Medien begonnen. Damit will das Regime verhindern, dass Kritik an seiner Verschleierungspolitik geübt wird. Mindestens 21 Journalisten wurden vom Geheimdienst verhört und verwarnt, aber noch nicht verhaftet. Zahlreiche Medienarbeiter bekamen Besuch von Agenten der Revolutionsgarden, die deren Wohnungen und Büros durchsuchten und Computer, Handys und Manuskripte konfiszierten. Der Druck auf die Medien sorgt dafür, dass über den Flugzeugabschuss nur noch Informationen der Regierungsseite veröffentlicht werden. Auch Interviews mit Angehörigen der Opfer vom 8. Januar sind verboten. Mehrere offizielle und halboffizielle Instanzen, wie die Generalstaatsanwaltschaft und der Geheimdienst der Revolutionsgarden, haben den Chefredakteuren von Zeitungen und Sendern eine Liste von Tabuthemen übermittelt, um sie zu zwingen, ihre Mitarbeiter zu kontrollieren. Die Revolutionsgarden haben es insbesondere auf soziale Medien abgesehen, die Informationen von im Ausland lebenden iranischen Journalisten verbreiten. Bislang wurden im ganzen Land mindestens 20 Internet-User verhört und festgenommen.

Gute Nachricht

Am 29. Januar wurde in Marseille der frühere Sprecher der islamistischen Dschaisch al-Islam verhaftet. Der Haftbefehl gegen Islam Allusch (Kampfname) bezieht sich auch auf eine Serie von Entführungen seiner Milizen in Syrien. Zu deren Opfern zählt die Journalistin und Menschenrechtsanwältin Rasan Saituneh, die im Dezember 2013 gekidnappt wurde und seitdem verschwunden ist.

Impressum

Redaktion Barbara Bauer | Leitung
Anna Lerch | verantwortlich f. d. Ausgabe, Dorothee D'Aprile, Katharina Döbler, Jakob Farah, Niels Kadritzke
Produktion Claudia Benders, Karoline Bofinger, Aletta Lübbers, Stefan Mahlike, Franziska Özer
Redaktion Comic Karoline Bofinger
Redaktion Kunst Wilhelm Werthern
Dokumentation Sigrid Deitelhoff, Almuth Müller
Verlag Deutschland
taz Entwicklungs GmbH & Co. Medien KG,
Friedrichstr. 21, D 10969 Berlin,
☎ +49 30 25 90 2-0, www.monde-diplomatique.de

Anzeigen Daniel Schwertfeger, ☎ +49 (0) 30 25 902-127
dschwert@monde-diplomatique.de
Le Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Freitag im Monat der taz bei.
Separates Abonnement
Jahrespreis Inland 56,40 €, Ausland 66,00 €, ermäßigt Inland 36,00 €, Ausland 45,60 € (alle Preise inkl. Versandkosten).
abo-lmd@taz.de
☎ +493025902-211
A. Beig Druckerei GmbH & Co.,
25421 Pinneberg

ISSN: 1434-2561
LMd Audio Download im eKiosk
www.monde-diplomatique.de/pm/ekiosk/ekiosk
Einem Teil der Auflage liegen Flyer von Plan International und Lettre International bei.
Verlag Schweiz
WOZ – Internationale Medienerzeugnisse AG,
Zürich, Daniel Hackbarth | verantwortlich,
Camille Roseau,
Postfach: CH 8031 Zürich,
☎ +41(0) 44 448 14 14, diploabo@woz.ch,
www.monde-diplomatique.ch

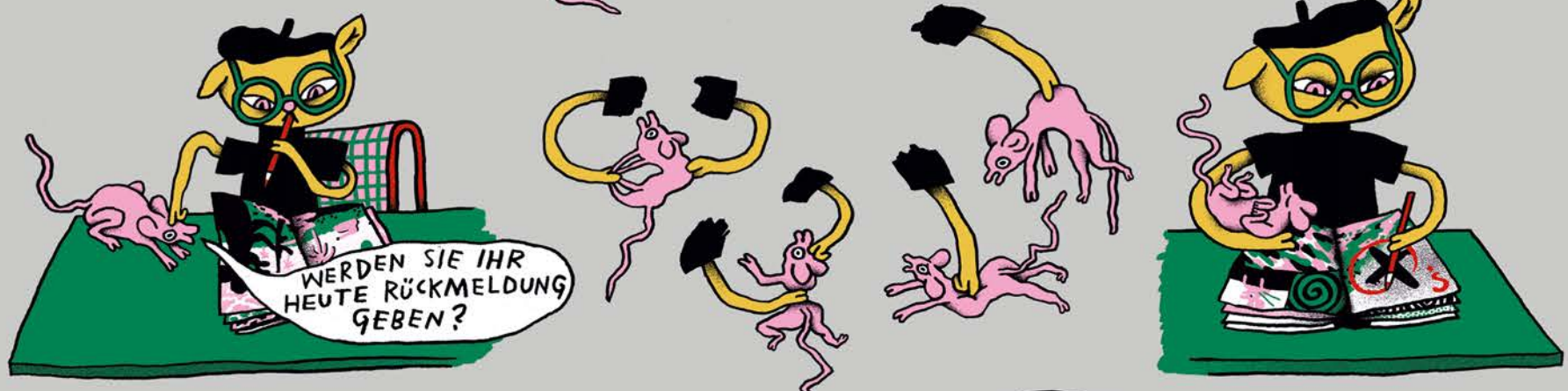
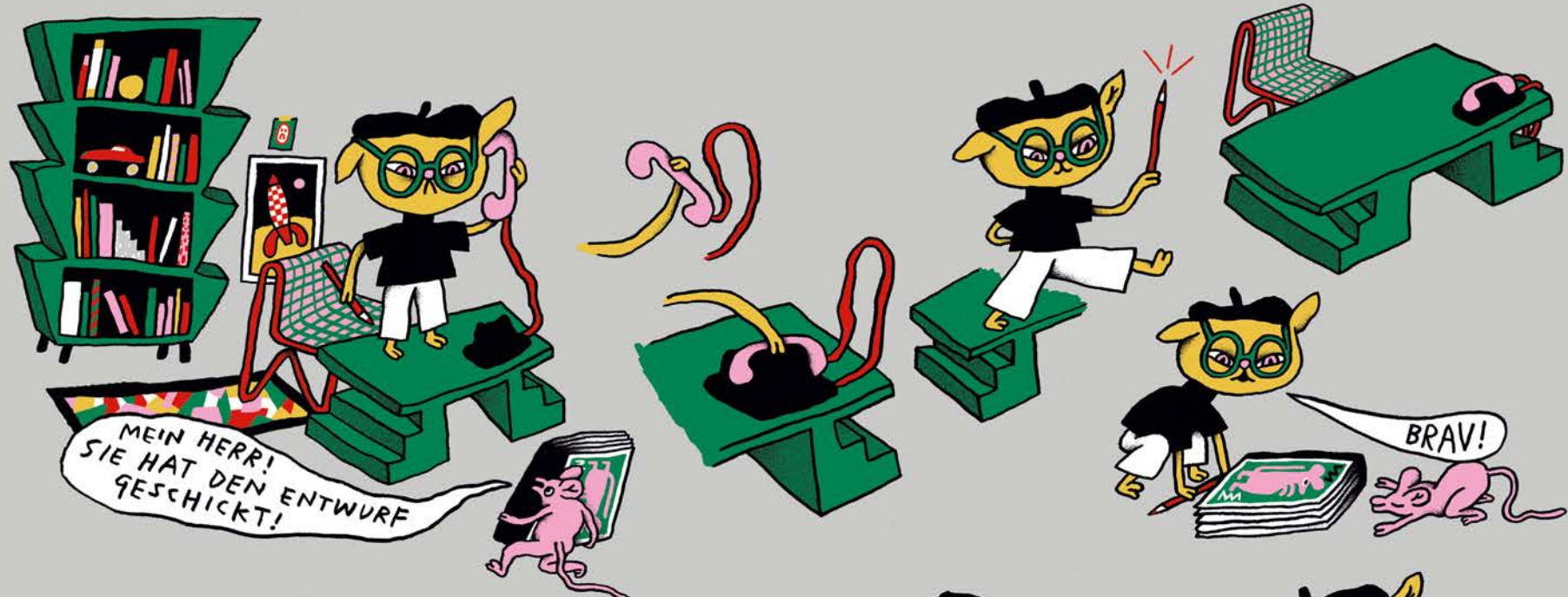
Inserate WOZ-IMAG, Vasco Rasi,
☎ +41(0) 44 448 14 03/23,
diploinserat@woz.ch
Mittelland Zeitungsdruck AG, Aarau
Le Monde diplomatique liegt jeweils am zweiten Donnerstag im Monat der WOZ bei.
Separates Abonnement
Jahrespreis 72 sFr. | zzgl. Versandk. ins Ausland.

Die nächste Ausgabe erscheint mit der taz am 13. 3. 2020 und der WOZ am 12. 3. 2020.
In Deutschland separat am Kiosk ab 12. 3. 2020.

Le Monde diplomatique, Paris
Direktor Serge Halimi
Chefredakteur Benoît Breville
Stellvertreter Martine Bulard, Renaud Lambert
Redaktion Mona Chollet (Textchefin), Akram Belkaid, Philippe Deschamps, Evelynne Pieiller, Hélène Richard, Pierre Rimbert, Anne-Cécile Robert
Dokumentation Olivier Pironet
1, avenue Stephen-Pichon, F-75013 Paris
Die deutsche Ausgabe von *Le Monde diplomatique* geht auf eine Initiative der taz Genossenschaft im Jahr 1994 zurück. Mehr über die Genossenschaft erfahren Sie unter: www.taz.de/genossenschaft

LE MONDE DIPLOMATIQUE

F E B R U A R 2 0 2 0



N A N D O V O N A R B